

Die Diskussion um eine allgemeine urheberrechtliche Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Masterarbeit

Studiengang Bibliotheks- und Informationswissenschaft (MA LIS)

Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaft

Fachhochschule Köln

vorgelegt von:

Franziska Belabas

Matr.- Nr.: 11080197

am 04.11.2013

Erstgutachter: Prof. Klaus Peters

Zweitgutachter: Prof. Dr. Haike Meinhardt

Abstract:

Schon immer sind Bildung und Wissenschaft darauf angewiesen, urheberrechtlich geschützte Werke zu nutzen. Damit auch im digitalen Zeitalter eine zeitgemäße Bildungsarbeit geleistet und ein innovativer Wissenschaftsbetrieb aufrechterhalten werden kann, sind entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen in Form von angemessenen urheberrechtlichen Schrankenregelungen nötig. Die Frage, inwieweit die Schranken an das digitale Zeitalter anzupassen sind, ist jedoch heftig umstritten. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der in diesem Zusammenhang eröffneten Diskussion um die Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke. Um einen vollständigen Überblick über die Debatte zu bieten, werden zunächst die Gründe dargestellt, die zur Forderung einer solchen Schranke geführt haben. Dazu wird neben technischen und gesellschaftlichen Veränderungen, vor allem auf die Veränderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich und die derzeit geltenden spezifischen Schrankenregelungen geblickt. Im Anschluss daran werden die verschiedenen Positionen, die im Zusammenhang mit der Forderung nach einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke vertreten werden, dargestellt. Dabei werden nicht nur die Meinungen von Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen berücksichtigt, sondern auch die Positionen von Urhebern, Verwertern und Politik. Zuletzt werden die verschiedenen Positionen vergleichend analysiert und unter rechtlichen Aspekten bewertet.

Schlagwörter: *Urheberrecht, Informationsgesellschaft, digitale Welt, Bildung und Wissenschaft, allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke*

Education and science have always depended on the use of copyrighted works. To ensure contemporary educational work and maintain innovative academic activities also in the digital era, an appropriate legal framework in the form of adequate copyright limitations is necessary. The question to what extent limitations need to be adapted to the digital era is strongly debated. This master thesis focuses on the discussion on the introduction of a general copyright limitation for education and science, which has been opened in this context. To provide a complete overview of the discussion, first, the reasons that have resulted in the demand for such limitation are set out. For this purpose, in addition to the technical and social changes, particularly the changes in the field of education and science and the currently applicable specific limitations are looked at. Then, the different views held in connection with the introduction of a general copyright limitation for education and science are presented. In this respect, not only the opinions of education and science organisations, but also the positions of authors, publishers and politics are taken into consideration. Finally, the different positions are compared and evaluated under legal aspects.

Keywords: *copyright law, information society, digital era, education and science, general copyright limitation for education and science*

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung	1
2. Gründe für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke	3
2.1 Technische und gesellschaftliche Entwicklungen	3
2.2 Veränderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich	7
2.3 Unzureichende urheberrechtliche Schrankenbestimmungen	11
2.3.1 Die Schranken im System des deutschen Urheberrechtsgesetzes	11
2.3.2 Die Schranken für Bildung und Wissenschaft	16
2.3.2.1 § 52a UrhG	17
2.3.2.2 § 52b UrhG	21
2.3.2.3 § 53 UrhG	27
2.3.2.4 § 53a UrhG	32
2.4 Der ausgefallene „Dritte Korb“	36
2.5 Zwischenergebnis	39
3. Positionen zur allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke	40
3.1 Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen	40
3.1.1 Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“	40
3.1.2 Allianz der Wissenschaftsorganisationen	42
3.1.3 Deutscher Bibliotheksverband e.V.	44
3.1.4 Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur	45
3.1.5 Deutscher Kulturrat	46
3.1.6 Kultusministerkonferenz	46
3.2 Urheber	48
3.2.1 Initiative Urheberrecht	48
3.2.2 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft	49
3.3 Verwerter	50
3.3.1 Börsenverein des deutschen Buchhandels	50
3.3.2 Verwertungsgesellschaft Wort	52
3.4 Politik	52
3.4.1 Bundesregierung	52
3.4.2 Bundestag	53
3.4.2.1 Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“	53
3.4.2.2 Die einzelnen Fraktionen	57
3.4.2.2.1 CDU/ CSU	57
3.4.2.2.2 SPD	58
3.4.2.2.3 FDP	58
3.4.2.2.4 Bündnis 90/ Die Grünen	59
3.4.2.2.5 Die Linke	60

3.4.3 Bundesrat.....	61
3.4.4 Exkurs: Europäische und internationale Schrankendiskussion	61
3.5 Sonstige Positionen.....	65
3.5.1 Prof. Dr. Thomas Dreier	65
3.5.2 Wolfgang Schimmel.....	66
3.5.3 Prof. Dr. Karl-Nikolaus Pfeifer	66
3.5.4 Prof. Dr. Gerald Spindler.....	67
3.5.5 Prof. Dr. Rolf Schwartmann.....	68
3.6 Vergleichende Analyse der Positionen	68
3.7 Rechtliche Aspekte zu den Positionen.....	74
4. Gesamtergebnis und Ausblick.....	79
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	81

1. Einleitung

Das erstmals am 01.01.1966 in Kraft getretene Urheberrechtsgesetz¹ (im Weiteren: UrhG) ist „eines der meist veränderten Gesetze Deutschlands“². Hauptursache der häufigen Novellierungen ist die rasante technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte³, die nach und nach dazu geführt hat, dass sich die einstmals „analoge Welt“ zu einer „digitalen Welt“ gewandelt hat. Diese digitale Welt ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass es völlig neue Werkarten oder früher kaum vollstellbare Nutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten gibt, sondern infolge der breiten Nutzung des Internets und seinen vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten kommt nun auch der Normalbürger⁴ immer häufiger mit dem Urheberrecht in Berührung. Das allgemeine Interesse am Urheberrecht hat deutlich zugenommen – es ist längst nicht mehr nur ein „Nischenthema für Spezialisten“⁵. Damit das UrhG gegenwärtig und auch zukünftig effektiven Schutz für die Urheber und gleichzeitig praxistaugliche Regelungen für die Nutzer gewährleisten kann, muss es unstreitig die neuen technischen Entwicklungen berücksichtigen⁶. Die notwendige Anpassung des ursprünglich auf eine analoge Welt zugeschnittenen UrhG gestaltet sich jedoch äußerst schwierig, da der technische Fortschritt immer noch anhält und die ohnehin langwierigen Gesetzesverfahren noch zusätzlich durch den teils extremen Lobbyismus der verschiedenen Interessensgruppen ausgedehnt werden. Trotz zahlreicher Novellierungen ist die Diskussion um eine angemessene und zeitgemäße Modernisierung des UrhG daher längst noch nicht abgeschlossen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Teil der Diskussion, der die zeitgemäße Ausgestaltung des UrhG zugunsten Bildung und Wissenschaft betrifft. Schon immer sind Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen darauf angewiesen, urheberrechtlich geschützte Werke zu nutzen, um ihre wichtigen gesellschaftlichen Funktionen effektiv erfüllen zu können. Bildungsinstitutionen benötigen die Werke, um der Gesellschaft im Rahmen ihres staatlichen Bildungs- und Kulturauftrages den Zugang zu Informationen und Wissen zu ermöglichen⁷. Die Wissenschaft, die schon von Natur aus „von wechselseitigem Konsumieren und Produzieren [...] geprägt“⁸ ist, kann ebenfalls ohne die Kenntnisnahme, Erörterung und Rezeption fremder Werke kaum neue wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnen, die wiederum Grundlage für weitere wissenschaftliche Er-

¹ Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 09.09.1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Siebentes Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 14.12.2012 (BGBl. I S. 2579).

² Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 938 Rn. 6.

³ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 938 Rn. 6.

⁴ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

⁵ Steinhauer, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. 38.

⁶ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 938 Rn. 6.

⁷ Vgl. Pflüger/ Heeg, ZUM 2008, 654.

⁸ Hilty/ Bajon, ZfBB 2008, 257.

kenntnisprozesse sind⁹. Damit Bildung und Wissenschaft urheberrechtlich geschützte Werke gemäß ihren Aufgaben und Funktionen nutzen können, müssen sie jedoch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen in Form von angemessenen und ausgewogenen urheberrechtlichen Schrankenregelungen vorfinden, die insbesondere auch der digitalen Welt gerecht werden. In diesem Zusammenhang ist die Forderung nach Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke erhoben worden. Da sich an der Diskussion viele verschiedene Akteure beteiligen, ist die Bezeichnung einer solchen Schranke nicht immer einheitlich. Ähnliche Bezeichnungen, wie z.B. „spezielle Wissenschaftsschranke oder –klausel“¹⁰, „allgemeine Wissenschaftsschranke“¹¹, „einheitliche Wissenschaftsschranke“¹² oder „bereichsspezifische Wissenschaftsschranke“¹³ sind alle auf dasselbe Ziel ausgerichtet: eine neue urheberrechtliche Schrankenregelung zu schaffen, die vollumfänglich einen zeitgemäßen Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken für Bildung und Wissenschaft ermöglicht¹⁴.

Die vorliegende Arbeit ist darauf ausgerichtet, einen umfassenden Überblick über diese spezielle Diskussion zu bieten. Deshalb setzt sie zunächst an den Gründen an, aus denen die Forderung zur Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke resultiert. Dazu wird nicht nur auf die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen geblickt, sondern auch auf die Veränderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Damit die erhobene Forderung besser in ihrem Kontext verstanden werden kann, erfolgt danach erst einmal eine allgemeine Darstellung des urheberrechtlichen Schrankensystems, bevor die derzeitigen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranken hinsichtlich ihrer Problembereiche betrachtet werden. Im Anschluss werden die verschiedenen Positionen dargestellt, die im Zusammenhang mit der Forderung nach einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke vertreten werden. Dabei werden neben den Meinungen von Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen auch die Positionen von Urhebern, Verwertern, Politik sowie sonstige bedeutsame Auffassungen berücksichtigt. Zuletzt werden die verschiedenen Positionen vergleichend analysiert und anschließend unter rechtlichen Aspekten bewertet.

Obwohl im Rahmen der deutschen Diskussion um die Modernisierung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen sehr häufig Vergleiche zur US-amerikanischen Fair-Use-

⁹ Vgl. Ball, in: Die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens, S. 120 ff.

¹⁰ Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“: Pressemitteilung 03/10 vom 15.06.2010.

¹¹ Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

¹² CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 5.

¹³ Die Linke – Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Chancen der Digitalisierung erschließen – Urheberrecht umfassend modernisieren, S. 5.

¹⁴ Streng davon zu unterscheiden ist der Begriff der Wissenschaftsschranke, mit dem häufig § 52a UrhG bezeichnet wird.

Doktrin¹⁵ gezogen werden, ist aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit eine eingehende Betrachtung dieser Schranke leider nicht möglich. Aufgrund der zeitlichen Terminierung sind nur Gesetze, Ereignisse bzw. Veröffentlichungen bis einschließlich Februar 2013 berücksichtigt.

2. Gründe für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Die Forderung nach Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke lässt sich nicht nur auf einen bestimmten Grund zurückführen, sie ist vielmehr vor dem Hintergrund verschiedener Entwicklungen und Rahmenbedingungen entstanden, die überaus vielschichtig sind.

2.1 Technische und gesellschaftliche Entwicklungen

Der erste wichtige Grund ist die rasante technische Entwicklung innerhalb der letzten Jahrzehnte, die zur Erfindung völlig neuer Informations- und Kommunikationstechnologien geführt hat.

Ausgangspunkt der neuen Technologien war zunächst die Erfindung des ARPANET¹⁶ durch ein Forschungsprojekt des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu Beginn der 1960er Jahre. Damals wurden erstmals verschiedene Computer an verschiedenen Standorten miteinander vernetzt. Das Potential solcher Vernetzungen zwischen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen wurde schnell erkannt: die in den jeweiligen Einrichtungen vorhandenen Daten können nicht nur übergreifend genutzt werden, sondern ermöglichen auch einen überregionalen Informationsaustausch¹⁷. In der Folgezeit entstanden immer weitere Netzwerkprojekte, die verschiedene Computernetze teils auf nationaler teils auf internationaler Ebene miteinander verbanden. Bereits 1972 wurde ein erstes Programm zum Senden und Empfangen von E-Mails entwickelt¹⁸ - eine bis heute noch überaus populäre und wichtige Anwendung für die globale Kommunikation. Durch die zahlreichen Zusammenschlüsse der verschiedenen Datennetze entstand schließlich Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre weltweit *ein* großes Datennetz: das Internet als „Netz der Netze“. Anfang der 1990er Jahre begann der Durchbruch des Internet als globales Massenkommunikations- und Informationsmedium. Zum einen öffneten sich zu dieser Zeit viele bis dahin ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke

¹⁵ Die Fair-Use Doktrin ist in § 107 des US-amerikanischen Copyright Act normiert und erlaubt bei bestimmten Fallgruppen des „fair use“ eine vergütungsfreie Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke.

¹⁶ Vgl. im Folgenden sowie ausführlich zum ARPANET (= Advanced Research Projects Agency Net) als Vorläufer des heutigen Internet: Naumann: Vom Abakus zum Internet, S. 229 ff. sowie Matis: Die Wundermaschine, S. 303 ff.

¹⁷ Vgl. Naumann: Vom Abakus zum Internet, S. 231.

¹⁸ Vgl. Naumann: Vom Abakus zum Internet, S. 238; Matis: Die Wundermaschine, S. 307.

vorgesehene Datennetze auch für kommerzielle Zwecke. Zum anderen wurden zahlreiche neue Netzwerkdienste entwickelt, die nun auch Nutzern ohne besondere Informatikkenntnisse das Navigieren und Durchsuchen von verfügbaren Informationen im Internet ermöglichten¹⁹. Zu den wichtigsten dieser Dienste gehört das World Wide Web (WWW)²⁰. Dieses beruht auf dem sogenannten Hypertextsystem, bei dem die verfügbaren Informationen, ohne umständliche Suche, durch Hyperlinks, d.h. elektronische Verweise auf andere Dokumente, miteinander verknüpft werden und das Lesen und Suchen der einzelnen in HTML²¹ formatierten Webseiten mittels eines einfach zu bedienenden Browsers geschieht²². Schon 1992 überschritt die Anzahl der weltweit an das Internet angeschlossenen Computer die Millionengrenze und bereits ein Jahr später die Zwei-Millionen-Grenze²³. Inzwischen ist die Zahl der globalen Internetnutzer auf über zwei Milliarden gestiegen²⁴. Der Erfolg des Internet beruht vor allem auf seinen vielfältigen Anwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten, die auch heute noch ständig erweitert werden. Zu den beliebtesten Anwendungen gehören neben der „klassischen“ Datenverwaltung und Datenübertragung z.B. Diskussionsforen, E-Mail, Peer-to-Peer-Systeme²⁵, Video-Chats, Internet-Telefonie, Internetradio, vor allem aber das WWW. Letzteres hat sich mittlerweile zu einer partizipativen und dynamischen Plattform mit Interaktionsmöglichkeit gewandelt, in der Nutzer nicht nur Informationen abfragen, einkaufen, Bankgeschäfte erledigen, Onlinespiele spielen, Musik hören oder Filme ansehen können, sondern auch durch Online Communities und sozialen Netzwerken zum aktiven Mitgestalten angeregt sind²⁶.

Ein weiterer bedeutender Meilenstein war das Aufkommen der digitalen Informationsverarbeitung Anfang der 1990er Jahre. Bei dieser werden Daten nicht mehr durch Signal, sondern durch eine mathematisch beschriebene Zahlenfolge verarbeitet, gespeichert und übertragen, so dass im Ergebnis ein einheitliches Datenformat entsteht²⁷. So können Daten viel schneller und ohne Qualitätsverlust verarbeitet werden²⁸. Der Nachteil ist, dass es nun viel leichter ist, „urheberrechtlich geschützte Werke ohne Genehmigung der Berechtigten in digitaler Form perfekt zu kopieren und mit Hilfe des Internet auf der ganzen Welt zu verbreiten“²⁹. Es reichen „nur wenige Datensätze eines geschützten

¹⁹ Vgl. Naumann: Vom Abakus zum Internet, S. 238, 240.

²⁰ Fälschlicherweise wird im allgemeinen Sprachgebrauch häufig das WWW als Internet bezeichnet. In Wirklichkeit stellt das WWW nur einen Informationsdienst des Internet dar.

²¹ HTML steht für Hypertext Markup Language.

²² Vgl. Matis: Die Wundermaschine, S. 311 sowie Naumann: Vom Abakus zum Internet, S. 240.

²³ Vgl. Hobbes' Internet Timeline 10.2. <http://www.zakon.org/robert/internet/timeline/>.

²⁴ Stand: Juni 2012 – Vgl. World Internet Users Statistics Usage and World Population Stats. <http://www.internetworldstats.com/stats.htm>.

²⁵ Peer-to-Peer-Systeme werden häufig bei Tauschbörsen genutzt, da in diesen Netzwerken alle Computer gleichberechtigt sind und im Gegensatz zum Client-Server-Modell sowohl Dienste anbieten als auch Dienste in Anspruch nehmen können.

²⁶ Vgl. Kneifel: Mit Web 2.0 zum Online Katalog der nächsten Generation, S. 14 ff.

²⁷ Vgl. Hans-Bredow Institut: Medien von A bis Z, S. 95.

²⁸ Vgl. Hans-Bredow Institut: Medien von A bis Z, S. 95.

²⁹ Gottschalk, MMR 2003, 149 m.w.N.

Werkes [aus], um die gesamte weltweite Nachfrage zu befriedigen“³⁰. Im Zuge der Digitalisierungstechnik sind auch nicht nur neue Speicher- und Datenträger entwickelt worden, wie z.B. CDs oder DVDs, sondern auch völlig neue Medientypen, wie z.B. E-Books oder E-Journals, die sogar ganz ohne physischen Datenträger auskommen.

Da viele Innovationen der Informationstechnologie auch im Telekommunikationssektor genutzt werden können, kam es auch hier in den letzten Jahrzehnten zu gravierenden Entwicklungen, die im Ergebnis zu immer besseren und schnelleren Internetanschlüssen, Mobilfunk und mobilem Internet geführt haben. Heute ist die zeitlich und räumlich unabhängige Nutzung sämtlicher Inhalte und Funktionen des Internets geradezu selbstverständlich. Infolge der Verwendung derselben Technologien sind auch die Branchen Telekommunikation und Informationstechnologie in den letzten Jahren immer mehr zusammengewachsen - meist ist gar keine klare Trennung mehr zwischen den verschiedenen Sparten möglich³¹. Beispielhaft für diese Konvergenz sind moderne Multifunktionsgeräte, die allesamt digitale Daten verarbeiten können und häufig Computer, Radio, Fernseher, Mobiltelefon und Fotoapparat in einem sind³². Neben internetfähigen Mobiltelefonen mit integrierten Kameras und Diktiergeräten, gibt es Smartpens, mit denen gleichzeitig geschrieben und aufgenommen werden kann, Laptops, die Mini-Objektive zum Filmen enthalten und vieles mehr.

Die Nutzung der neu entwickelten Informations- und Kommunikationstechnologien hat zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel geführt, nämlich dem Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Eine Informationsgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass „die Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Informationen und Wissen einschließlich wachsender technischer Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation eine entscheidende Rolle spielen“³³. Da die neuen Technologien anfangs noch sehr kostenintensiv waren, setzte der Wandel zunächst in der Wirtschaft ein. Unternehmen konnten dank der neuen Technologien plötzlich viel einfacher Geschäftsbeziehungen zu weit entfernt liegenden Märkten aufbauen. Der technischen Vernetzung folgte eine weltweite wirtschaftliche Vernetzung, die zu einer Verschärfung des globalen Wettbewerbs geführt hat. Um sich im Wettbewerb behaupten zu können, begannen Unternehmen die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen, z.B. über Kundenwünsche oder fachliches Knowhow, effizient und systematisch zu nutzen. Informationen und in der Folge auch Wissen³⁴ sind

³⁰ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 23.

³¹ Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen, S. vii.

³² Vgl. Zimmermann, Bibliotheksdienst 2012, 378, 380.

³³ Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF): Informationsgesellschaft, S. 9 f.

³⁴ Die Begriffe Information und Wissen sind nicht identisch. Wissen basiert auf Informationen, kann aber erst entstehen, wenn die Informationen in einem persönlichen Erkenntnisprozess analysiert bzw. überdacht sind. – Vgl. Plassmann/ Rösch/ Seefeldt/ Umlauf: Bibliotheken und Informationsgesellschaft in Deutschland, S. 7.

heute zu unverzichtbaren Ressourcen geworden und genauso wichtig wie die klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital³⁵. Im Vergleich zu früher stellen Unternehmen heutzutage meist wesentlich höhere Ansprüche an das Wissen bzw. die Bildung ihrer Mitarbeiter. Das in Schule, Ausbildung oder Studium erworbene formale Wissen reicht alleine nicht mehr aus, um auf Dauer am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Vielmehr ist es nötig, das jeweilige individuelle Wissen in ständiger Weiterbildung zu erweitern und zu vertiefen. Um aus der Masse an verfügbaren Informationen die jeweils relevanten Informationen herausfiltern zu können, ist ein selektiver Umgang sowohl hinsichtlich der Informationen selbst als auch hinsichtlich der neuen Informationsmedien, unabdingbar geworden, der ohne Informations- und Medienkompetenz nicht bewältigt werden kann. Zudem hat infolge der globalen wirtschaftlichen Verflechtung, auch der Stellenwert von fremdsprachlichen, kulturellen und sozialen Kompetenzen zugenommen. Da die Aneignung all dieser Fähigkeiten, die heute als sogenannte Schlüsselkompetenzen gelten, nicht in einer bestimmten Lebensphase erfolgt, sondern sich infolge der andauernden Entwicklungen über den gesamten Bildungsverlauf des Menschen erstreckt³⁶, wird heute zunehmend vom lebenslangen Lernen gesprochen. Lebenslanges Lernen ist jedoch nicht nur im Berufsleben, sondern auch im privaten Bereich unerlässlich geworden, da auch hier die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend genutzt werden und insofern ebenfalls Informations- und Medienkompetenz nötig ist, um die für den privaten Bedarf relevanten Informationen auffinden, bewerten und effektiv verwenden zu können³⁷. Die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gehört heute zum Alltag der meisten Menschen, so dass der technischen und wirtschaftlichen Vernetzung schließlich auch die private Vernetzung gefolgt ist. Dies lässt sich für Deutschland anhand konkreter Zahlen belegen: „Seit [...] 2001 gibt es [...] mehr mobile als feste Telefonanschlüsse“³⁸. 2008 nutzten 76% aller Privathaushalte Computertechnik, 69% davon besaßen bereits Internetzugang, der wiederum von 66% täglich oder fast täglich benutzt wurde³⁹. Bildung, lebenslanges Lernen und die breite Anwendung der neuen Technologien sind jedoch nicht nur für die Wirtschaft oder Existenz des Einzelnen elementar, sondern auch für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft im Ganzen, insbesondere im Hinblick auf ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext. Gerade Deutschland, das über keine großen natürlichen Ressourcen verfügt, kann sich im globalen Wettbewerb nur dann erfolgreich behaupten, wenn es einen Vorsprung an Wissen in Form von allgemeiner und beruflicher Bildung und wissenschaftlichen Er-

³⁵ Vgl. Plassmann/ Rösch/ Seefeldt/ Umlauf: Bibliotheken und Informationsgesellschaft in Deutschland, S. 24 f.

³⁶ Vgl. Lux/ Sühl-Strohmenger: Teaching Library in Deutschland, S. 31.

³⁷ Vgl. Gantert/ Hacker: Bibliothekarisches Grundwissen, S. 382.

³⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BWA)/ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 5.

³⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Informationsgesellschaft in Deutschland, S. 23, 25.

kenntnissen hat, die in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt werden⁴⁰. In der Informationsgesellschaft wird somit Bildung zur Basis und die wissenschaftliche Information als Ergebnis des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses zum Motor für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes⁴¹. Neben der entsprechenden Bildungsvermittlung ist auch eine funktionierende und leistungsstarke Wissenschaft wichtig. Je mehr wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden, desto eher können diese in wirtschaftliche Innovationen umgesetzt werden. Zu beachten ist jedoch, dass sich mündige und aktive Bürger, die das Gemeinwesen durch viele Innovationen und Erfindungen positiv voranbringen, nur dann entwickeln können, wenn Informationen, Bildung und die modernen Technologien möglichst vielen Gesellschaftsmitgliedern zugänglich sind und von diesen auch genutzt werden können⁴². Insofern spielen gerade öffentliche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in der Informationsgesellschaft eine entscheidende Rolle, da sie sich nicht nur darauf beschränken, die nötigen Informationen und das erforderliche Wissen vorzuhalten, sondern auch aktiv Bildung an die Allgemeinheit vermitteln bzw. in wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen neues Wissen hervorbringen.

2.2 Veränderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich

Infolge der gesteigerten Bedeutung von Bildung und Wissen sowie des neuen technischen Potentials hat sich auch der Bildungs- und Wissenschaftsbereich grundlegend geändert. Auch diese Veränderungen spielen bei der Forderung nach einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke eine wichtige Rolle.

Da „nur ein qualitativ hoher Bildungsstandard [...] die nachwachsende Generation mit dem Rohstoff „Wissen“ versorgen“⁴³ kann, der für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Gemeinwesens nötig ist, sind die Anforderungen an den Bildungssektor qualitativ gestiegen. Neben dem reinen Faktenwissen müssen heute auch die sogenannten Schlüsselkompetenzen vermittelt werden, die zum lebenslangen Lernen befähigen. Infolgedessen hat sich in Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen eine neue Lehr- und Lernkultur entwickelt. Statt des jahrzehntelang praktizierten Frontalunterrichts, in dem der Lehrer oder Dozent im Mittelpunkt der Stoffvermittlung steht und diese nur auf die Unterrichtsstunde oder Vorlesung ausgelegt ist, wenden Bildungsinstitutionen heute zunehmend die Didaktik des sogenannten handlungsorientierten Unterrichts⁴⁴ an. Dabei erschöpft sich die Wissensvermittlung nicht nur auf die Unterrichtsstunde oder Vorlesung, sondern animiert dazu, selbständig und selbstorientiert zu lernen

⁴⁰ Vgl. Pflüger/ Heeg, ZUM 2008, 649.

⁴¹ Vgl. BMWA/ BMBF: Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 23, 45.

⁴² Vgl. Pflüger/ Heeg, ZUM 2008, 653.

⁴³ Vgl. Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 49.

⁴⁴ Vgl. Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 57.

und so auf das lebenslange Lernen vorzubereiten⁴⁵. Verstärkt finden handlungs- und projektorientierte Arbeitsformen statt, wie z.B. Projektwochen oder Projektsemester, die auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, insbesondere Team- und Methodenkompetenz, ausgerichtet sind. Um die dringend benötigte Informations- und Medienkompetenz zu fördern, nutzen Bildungseinrichtungen zunehmend die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese haben den Vorteil, dass der Stoff nicht nur vielschichtig präsentiert, sondern auch verschiedene Lernstile und Lerngeschwindigkeiten berücksichtigt werden können⁴⁶. Im Schulbereich sind mittlerweile sämtliche Schulen mit Computern und Internetzugang ausgestattet⁴⁷ und zahlreiche Lernplattformen im Internet für die verschiedenen Schüler und Schularten eingerichtet worden⁴⁸. In den Hochschulen werden Vorlesungsskripte oder Dokumente zur Vertiefung bzw. Nacharbeitung meist gar nicht mehr ausgeteilt, sondern sind online abrufbar, z.B. von einem elektronischen Semesterapparat oder der Website des Lehrstuhls. Neben klassischen Vorlesungen bieten viele Hochschulen nun auch vermehrt virtuelle Lehrangebote an: meist in Form von Lernplattformen, die neben der Wissensvermittlung auch der Kommunikation zwischen Professoren und Studenten oder den Studenten untereinander dienen⁴⁹. Vor allem im Weiterbildungsbereich wird zunehmend das Konzept des sogenannten Blended-Learning umgesetzt, bei dem die Wissensvermittlung durch Kombination von klassischen Präsenzveranstaltungen mit E-Learning erfolgt, was gerade für die berufsbegleitende Weiterbildung den Vorteil des räumlich und zeitlich flexiblen Lernens bietet.

Auch das wissenschaftliche Arbeiten hat sich infolge des technischen Fortschritts grundlegend verändert, da die wissenschaftliche Kommunikation durch schnelle Netze und Digitalisierung wesentlich effektiver geworden ist⁵⁰. Die Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse ist heutzutage nicht mehr nur auf Bücher oder gedruckte Zeitschriften beschränkt, sondern auch elektronisch möglich - mit oder ohne Verleger. Infolge des einfacheren Herstellungsprozesses verursacht die elektronische Publikation nicht nur weniger Kosten, sondern verkürzt auch erheblich den Zeitraum zwischen Erkenntnisgewinn und Veröffentlichung, so dass neue Publikationen heute viel schneller weltweit von Fachwelt und Öffentlichkeit wahrgenommen werden können⁵¹. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf die Reputation des einzelnen Wissenschaftlers aus, sondern auch auf die regionale, überregionale und zunehmend interdisziplinäre Zusammenarbeit. Umgekehrt können Wissenschaftler auch im Rahmen ihres eigenen Erkenntnisgewinns

⁴⁵ Vgl. Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 57 f.

⁴⁶ Vgl. Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 87.

⁴⁷ Vgl. BMWA/ BMBF: Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 17.

⁴⁸ Vgl. z.B. die Lernplattform „Mauswiesel“ für Schüler von Grund- und Förderschulen. <http://mauswiesel.bildung.hessen.de/>.

⁴⁹ Vgl. z.B. die Lernplattform Moodle. <http://moodle.de/>.

⁵⁰ Vgl. Rösch, B.I.T.online 2004, 120 ff.

⁵¹ Vgl. Ball, in: Die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens, S. 123.

vermehrt auf fremde elektronische Veröffentlichungen zugreifen und deren höheren Informationswert nutzen. Dieser ergibt sich vor allem daraus, dass infolge Digitalisierungstechnik nicht nur dynamische Medien, wie z.B. Bilder oder Töne, eingebunden werden können, sondern auch Zusatzfunktionen, wie z.B. individuelle Such- und Nutzungsmöglichkeiten, einen gezielten und schnelleren Zugriff auf die gewünschten Inhalte bieten und somit die Retrievalfähigkeit außerordentlich verbessert ist⁵². Digitale Daten können zudem viel leichter „in die eigene Arbeitsumgebung importiert und ohne Medienbruch weiterverarbeitet werden“⁵³. Durch die effizienteren Publikationssysteme ist der Wissenstransfer heute insgesamt wesentlich beschleunigt⁵⁴.

Infolge des neuen technischen Potentials sind auch die Anforderungen der Wissenschaftler an die ihrer Arbeitsumgebung zugrundeliegenden Informationsinfrastrukturen⁵⁵ erheblich angestiegen. Gerade angesichts des bestehenden globalen Wettbewerbs nationaler Wissenschaftssysteme sind innovative und leistungsstarke Informationsinfrastrukturen die Voraussetzung für den wissenschaftlichen Fortschritt⁵⁶. Wichtig ist vor allem ein schneller, ungehinderter und dauerhafter Zugriff auf die für Forschung und Lehre relevanten weltweiten wissenschaftlichen Informationen, Objekte, Daten, Quellen und Wissensbestände - unabhängig von Zeit und Ort⁵⁷. Damit sich die wissenschaftliche Arbeit ganz auf den Erkenntnisprozess konzentrieren kann, sollten die nötigen Informationen nicht nur möglichst aus „einer Hand“ stammen, sondern bereits qualitativ aufbereitet bzw. abgesichert sein und transparenten, fairen, einfachen Nutzungsbedingungen unterliegen, so dass sie leicht in die eigene Arbeitsumgebung integriert werden können⁵⁸. Angesichts der zunehmenden Interdisziplinarität gehört z.B. auch der Aufbau virtueller Forschungsumgebungen, in denen mithilfe fachspezifischer Portale oder fachübergreifender Metaportale der Zugang zu Forschungsdaten zum Zwecke der kollaborativen Nachnutzung, z.B. durch data sharing, geboten wird, zu den neuen innovativen und zeitgerechten Formen des wissenschaftlichen Publikationswesens⁵⁹.

Eine überaus wichtige Funktion für Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen üben Bibliotheken und Archive aus, da sie als sogenannte „Informationsvermittler“⁶⁰ fungieren. Bildungsinstitutionen greifen auf das in Bibliotheken und Archiven vorgehaltene Wis-

⁵² Vgl. Ball, in: Die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens, S. 122 f.; Rösch, B.I.T.online 2004, 120.

⁵³ Rösch, B.I.T.online 2004, 120.

⁵⁴ Vgl. BMWA/ BMBF: Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 45.

⁵⁵ Informationsinfrastruktur bezeichnet ein nationales, disziplinübergreifendes Netz von Einrichtungen, das die Wissenschaft mit Informationen und damit zusammenhängenden Dienstleistungen versorgt und so den gesamten wissenschaftlichen Erkenntnisprozess nachhaltig unterstützt. - Vgl. Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII): Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. 14 f. Rn. 55.

⁵⁶ KII: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. 16 Rn. 110.

⁵⁷ Vgl. BMWA/ BMBF: Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 45.

⁵⁸ Vgl. BMWA/ BMBF: Informationsgesellschaft Deutschland 2006, S. 45.

⁵⁹ Vgl. Dallmeier-Tiessen, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. 76; Reimer, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. 88.

⁶⁰ Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 11.

sen zurück, um Bildung zu vermitteln. Wissenschaftsinstitutionen werden vornehmlich von wissenschaftlichen Bibliotheken und Archiven mit allen für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess nötigen Informationen, Quellen etc. versorgt. Bibliotheken, die schon länger für sich konstatiert haben, „unverzichtbare Einrichtungen der Kultur, Bildung, Information, Wissenschaft und Forschung“⁶¹ zu sein, sind seit 2008 durch das Thüringer Bibliotheksgesetz⁶² endlich auch gesetzlich als Bildungseinrichtungen anerkannt.

Infolge der veränderten Informationsbedürfnisse von Bildungsinteressierten und Wissenschaftlern haben Bibliotheken ihr Aufgabenspektrum modifiziert und ihr Dienstleistungsangebot den neuen technischen Möglichkeiten angepasst. Bibliotheken sammeln, erschließen und vermitteln heute nicht mehr nur gedruckte Informationen, sondern publizierte Informationsquellen jeglicher Art, wie z.B. DVDs, E-Books oder Netzpublikationen. Neben ihren eigenen Beständen ermöglichen vor allem wissenschaftliche Bibliotheken über ihre Webseiten häufig den Zugriff auf externes Informationsmaterial⁶³, z.B. auf fachliche Datenbanken. Um ihren Nutzern Informations- und Medienkompetenz vermitteln zu können, bieten sie nicht nur spezielle Schulungen an, sondern haben auch ihre technische Infrastruktur erheblich verbessert, z.B. durch aufgestellte PCs mit Internetzugang oder der Ausleihe von E-Book-Readern. Lebenslanges Lernen ist von vielen Bibliotheken als Konzept aufgegriffen und die aktive Zusammenarbeit mit den verschiedensten schulischen und außerschulischen Einrichtungen, z.B. Kindergärten, Schulen, Ausländerbehörde oder Volkshochschulen, ausgebaut worden.

Vor allem wissenschaftliche Bibliotheken haben infolge des technischen Fortschritts weitere neue Informationsdienstleistungen entwickelt, die speziell auf die Bedürfnisse ihrer wissenschaftlichen Nutzer zugeschnitten sind. Dazu gehört z.B. die Nutzerberatung für den Umgang mit fachlichen Datenbanken oder Datennetzen, SDI-Dienste, Recherchedienste zu bestimmten Themen, Entwicklung von Online-Tutorials zur Vermittlung von Recherchekompetenz, Ermöglichung des Zugriffs auf elektronische Medien, Betreiben von Repositorien, interner/ externer Dokumentenlieferdienst und überregionaler Leihverkehr bzw. Fernleihe. In zahlreichen Digitalisierungsprojekten werden zudem nicht nur alte Bibliotheksbestände erhalten und leichter zugänglich gemacht, sondern auch Texte, Lehr- und Lernmaterialien in elektronischen Semesterapparaten und an elektronischen Leseplätzen verfügbar gemacht. Um dem schnellen und gesteigerten Informationsbedarf von Wissenschaftlern nachzukommen, wurden außerdem in Zusammenarbeit mit verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen, wie z.B. den Fachgesellschaften oder der Deutschen Forschungsgesellschaft, sogenannte virtuelle Fachbibliotheken aufgebaut. Dabei handelt es sich um „Internetportale, [...] auf denen der Zugang zu den wissenschaftlich relevanten Informationen und Dokumentationen eines

⁶¹ Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93, S. 11.

⁶² Vgl. Art. 1 § 3 Thüringer Bibliotheksgesetz vom 16.7.2008 (GVBl. 2008, 243).

⁶³ Vgl. Gantert/ Hacker: Bibliothekarisches Grundwissen, S. 14.

Faches gebündelt ist, unabhängig vom Typ dieser Dokumente, von der Speicherform und vom Speicherort⁶⁴. Zunehmend engagieren sich Bibliotheken auch auf dem Gebiet der Langzeitarchivierung elektronischer Daten, um den Wunsch der Wissenschaftler nach einem dauerhaften Zugriff auf relevante Informationen zu unterstützen⁶⁵.

Zu beachten ist, dass sämtliche Veränderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich letztlich erst durch den technischen Fortschritt möglich, aber auch nötig geworden sind. Sie zielen darauf ab, Bildungs- und Wissenschaftsprozesse effizienter, effektiver und flexibler zu gestalten und den Zugang zu Bildung und Wissen erheblich zu verbessern, um daraus schließlich den größtmöglichen Nutzen sowohl für den Einzelnen als auch die Gesellschaft zu ziehen. Damit der Wandel zu einem modernen und effizienten Bildungs- und Wissenschaftssystem, welches insbesondere auch das technische Potential vollständig ausschöpft, endgültig und abschließend vollzogen werden kann, müssen jedoch auch die entsprechenden Rahmenbedingungen, z.B. in finanzieller oder rechtlicher Hinsicht, gegeben sein.

2.3 Unzureichende urheberrechtliche Schrankenbestimmungen

Einer der Hauptgründe für die Forderung nach Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke sind die für Bildung und Wissenschaft bestehenden urheberrechtlichen Schrankenregelungen.

Sowohl zur Bildungsvermittlung als auch zur Unterstützung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses ist der Gebrauch urheberrechtlich geschützten Materials unerlässlich. Eine Verwendung dieser Werke ist jedoch nur nach Maßgabe des UrhG, insbesondere den einschlägigen Schrankenbestimmungen zulässig. Gerade die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind aber für die Verwirklichung eines effizienten und effektiven Bildungs- und Wissenschaftssystems unzureichend. Um die geltenden spezifischen Schrankenregelungen zugunsten Bildung und Wissenschaft besser verstehen zu können, müssen diese zunächst einmal allgemein im Gesamtzusammenhang des UrhG betrachtet werden.

2.3.1 Die Schranken im System des deutschen Urheberrechtsgesetzes

Das Urheberrecht bezweckt gemäß § 1 UrhG primär den Schutz des Urhebers in Bezug auf sein Werk bzw. in Bezug auf die Rechte, die ihm an seinem Werk zustehen. Hintergrund dieser Schutzfunktion sind die verfassungsrechtlich gesicherten Rechtspositionen des Urhebers. Dieser kann sich nämlich im Hinblick auf die ideellen und materiellen Interessen an seinem Werk nicht nur auf das allgemeine Persönlichkeitsgrundrecht nach Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG berufen, sondern auch auf die Kunst- und Wissenschafts-

⁶⁴ Gantert/ Hacker: Bibliothekarisches Grundwissen, S. 336. Beispiele sind z.B. die Virtuelle Fachbibliothek Recht oder die Virtuelle Fachbibliothek Biologie.

⁶⁵ Vgl. Gantert/ Hacker: Bibliothekarisches Grundwissen, S. 253.

freiheit nach Art. 5 III 1 GG sowie das Eigentumsgrundrecht nach Art. 14 I GG⁶⁶. Auch das Urheberrecht erfasst deswegen gemäß § 11 UrhG grundsätzlich sowohl die ideellen als auch die materiellen Interessen des Urhebers. Die ideellen Interessen werden vor allem durch die Urheberpersönlichkeitsrechte nach §§ 12 ff. UrhG geschützt, die materiellen Interessen hauptsächlich durch die Verwertungsrechte nach §§ 15 ff. UrhG und die sonstigen Rechte nach §§ 25 ff. UrhG. Dabei geht das UrhG von der sogenannten monistischen Theorie aus, wonach die persönlichkeitsrechtlichen und vermögensrechtlichen Interessen eines Urhebers „untrennbar ineinander verflochten“⁶⁷ sind. Da sich „bei sämtlichen Rechten [...] sowohl ideelle als auch materielle Interessen des Urhebers [überlappen]“⁶⁸, liegt im Ergebnis ein einheitliches Urheberrecht zugrunde.

Daneben erfüllt das UrhG auch eine Vergütungsfunktion⁶⁹. Ein in Rechtsprechung und Lehre anerkannter Leitsatz des Urheberrechts besagt, „dass der Urheber tunlichst angemessen an den wirtschaftlichen Früchten zu beteiligen sei, die aus seinem Werk gezogen werden“⁷⁰. Diesem Grundsatz entsprechen die gesetzlichen Vergütungsregelungen der §§ 32 ff., 54 ff. UrhG, die dem Urheber eine angemessene Vergütung als Gegenleistung für Nutzung und Verwertung seines Werkes zusprechen.

Die dritte wichtige Funktion des Urheberrechts ist die Verwertungsfunktion⁷¹. Diese besteht in erster Linie zugunsten des Urhebers, der durch die aus der Verwertung resultierenden Vergütungsansprüche seine wirtschaftlichen Interessen absichert. Deshalb sind die Verwertungsrechte nach §§ 15 ff. UrhG auch als ausschließliche Rechte gestaltet, d.h. sie stehen ausschließlich dem Urheber zu, der allein darüber entscheiden soll, ob und wie das Werk verwertet wird⁷². Aufgrund ihres ausschließlichen Charakters kann der Urheber die Verwertungsrechte gemäß § 29 I UrhG in der Regel nicht rechtsgeschäftlich übertragen. Er kann aber anderen Personen durch Vertrag einfache oder ausschließliche Nutzungsrechte gemäß §§ 31 ff. UrhG an dem Werk einräumen, so dass diese gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung berechtigt sind, das Werk auf einzelne oder alle Nutzungsarten zu nutzen. In diesem Fall verbleiben die Verwertungsrechte als Mutter- bzw. Stammrecht beim Urheber während das Nutzungsrecht als Tochterrecht übergeht⁷³. Da die Regelungen der §§ 31 ff. UrhG auch die wirtschaftliche Auswertung aufgrund eines oder mehrerer Nutzungsrechte schützen, können sich auch Verwerter auf die Verwertungsfunktion des Urheberrechts berufen⁷⁴. Neben Urhebern und Verwertern gilt die Verwertungsfunktion aber auch für die Allgemeinheit⁷⁵, da es in

⁶⁶ Vgl. Poeppel: Die Neuordnung der urheberrechtlichen Schranken im digitalen Umfeld, S. 131, 134 ff.

⁶⁷ Schulze, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 11 Rn. 2 m.w.N.

⁶⁸ Schulze, in: Dreier/ Schulze: UrhG § 11 Rn. 2.

⁶⁹ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 943 f. Rn. 22, 24.

⁷⁰ BGHZ 17, 266 (282).

⁷¹ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 943 f. Rn. 22, 25.

⁷² Vgl. Heerma, in: Wandtke/ Bullinger: UrhG, § 15 Rn. 1.

⁷³ Vgl. Wandtke/ Grunert, in: Wandtke/ Bullinger: UrhG, Vor §§ 31 ff. Rn. 21.

⁷⁴ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 944 Rn. 25.

⁷⁵ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 944 Rn. 26.

ihrem Interesse liegt, „möglichst viele und möglichst schöpferische Werke und Leistungen zu erhalten“⁷⁶, um diese zur Bildung und Wissenserweiterung zu nutzen. Sinn des Urheberrechts ist es nämlich nicht, das geistige Eigentum als Selbstzweck zu schützen, sondern vielmehr, den geistigen und kulturellen Fortschritt der Gesellschaft zu sichern, indem zwar einerseits kreative Leistungen geschützt, aber andererseits auch bestimmte Nutzungszwecke privilegiert gefördert werden⁷⁷.

Um die Interessen der Allgemeinheit an urheberrechtlich geschützten Werken zu berücksichtigen, hat der Gesetzgeber die eigentlich ausschließlichen Verwertungsrechte⁷⁸ des Urhebers bzw. die Rechte des ausschließlich Nutzungsberechtigten in bestimmten Fällen, nämlich durch die Regelungen der §§ 44a ff. UrhG, eingeschränkt, mit der Folge, dass andere von der Verwertung nicht ausgeschlossen werden dürfen⁷⁹. Die urheberrechtlichen Schrankenregelungen sind im UrhG als enumerativer Schrankenkatalog gestaltet, der nur für die jeweils detailliert beschriebene Verwertungssituation eine zustimmungsfreie Werknutzung gestattet. Auch die Existenz der Schrankenregelungen hat einen verfassungsrechtlichen Hintergrund, da sich die Allgemeinheit im Hinblick auf ihr Interesse an der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke auf Verfassungsrecht berufen kann. Dafür kommt neben dem Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit nach Art. 5 I 1 GG, auch die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit nach Art. 5 I 2 GG, das Sozial- und Kulturstaatsprinzip⁸⁰ nach Art. 20 I GG, vor allem aber die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 III 1 GG in Betracht⁸¹. Denkbar sind darüber hinaus auch Grundrechtspositionen aus dem Gleichheitsgebot nach Art. 3 I GG oder der Berufsfreiheit nach Art. 12 I GG⁸².

Die im Bereich der urheberrechtlichen Schrankenregelungen aufeinander treffenden Grundrechtspositionen von Urheber und Allgemeinheit in einen angemessenen Ausgleich miteinander zu bringen, gestaltet sich in der Praxis häufig schwierig. Zu berücksichtigen ist zunächst, dass das geistige Eigentum zwar vom Schutzbereich des Art. 14 I 1 GG erfasst ist⁸³, dieses aber gemäß Art. 14 I 2 GG inhaltlich bestimmt und beschränkt

⁷⁶ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 1.

⁷⁷ Vgl. BT-Drs. IV/270, S. 28; Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 9.

⁷⁸ Regelungstechnisch setzen die Schrankenregelungen ausschließlich an den Verwertungsrechten an, das Urheberpersönlichkeitsrecht und die sonstigen Rechte des Urhebers bleiben unberührt. – Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 19.

⁷⁹ Vgl. Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 944 Rn. 26 sowie Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 77.

⁸⁰ Die Kulturstaatlichkeit wird vom BVerfG als Staatszielbestimmung qualifiziert und bestimmt, dass „der Staat in gewissem Umfang den Zugang zu kulturellen Gütern unter zumutbaren Bedingungen sicherstellen muss“ - Poeppel: Die Neuordnung der urheberrechtlichen Schranken im digitalen Umfeld, S. 153 m.w.N.

⁸¹ Vgl. Poeppel: Die Neuordnung der urheberrechtlichen Schranken im digitalen Umfeld, S. 131.

⁸² Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 39.

⁸³ Vgl. BVerfG, GRUR 1972, 481. Obwohl sich der Urheber auf verschiedene Grundrechte berufen kann, prüft jedenfalls das BVerfG im Rahmen der Schrankenregelungen vorrangig Art. 14 GG, da die Schrankenregelungen ausschließlich die vermögenswerte Seite des Urheberrechts betreffen – Vgl. BVerfG, GRUR 1972, 481 (483).

werden kann. Dabei ist wegen der Institutsgarantie nach Art. 14 I GG i.V.m. Art. 19 II GG zu beachten, dass der Kernbereich des Urheberrechts in seinem Wesensgehalt erhalten bleiben muss, d.h. die vermögenswerten Ergebnisse der schöpferischen Leistung müssen grundsätzlich dem Urheber zugeordnet werden, der zudem die Freiheit haben muss, in eigener Verantwortung darüber zu verfügen⁸⁴. Insofern erklärt sich z.B. die Ausschließlichkeit der Verwertungsrechte. Wegen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Art. 14 II GG, kann das (geistige) Eigentum im Interesse des Gemeinwohls aber begrenzt werden. Als schutzwürdige Belange der Allgemeinheit, die einen Eingriff in das Grundrecht auf geistiges Eigentum rechtfertigen, kommen gemäß §§ 44a ff. UrhG z.B. Zwecke der Rechtspflege und öffentlichen Sicherheit sowie Interessen des Schulwesens, der Wissenschaft und Forschung, des Informationswesens und der Informationsfreiheit in Betracht⁸⁵. Im Falle eines Eingriffs muss immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden, d.h. der Eingriff muss bei Berücksichtigung aller Umstände im Einzelfall im engeren Sinn geeignet, erforderlich und angemessen sein⁸⁶. Auch dies berücksichtigen die Regelungen nach §§ 44a ff. UrhG, indem dort verschiedene Schrankenarten mit jeweils unterschiedlich abgestuften Eingriffsintensitäten vorgesehen sind⁸⁷. Unabhängig von den Voraussetzungen nach Art. 14 GG muss ein Eingriff in das Grundrecht auf geistiges Eigentum schließlich auch im Einklang mit sonstigem Verfassungsrecht, wie z.B. dem Vertrauensschutzprinzip, stehen⁸⁸.

Neben verfassungsrechtlichen Vorgaben bestehen auch europarechtliche Vorgaben für die Schrankenregelungen des UrhG. Seit Anfang der 1990er Jahre wurden auf europäischer Ebene neun Richtlinien⁸⁹ zum Urheberrecht erlassen, mit denen Teilbereiche der unterschiedlichen nationalen Regelungen in den Mitgliedstaaten harmonisiert werden sollten, um den gemeinsamen Markt nicht zu beeinträchtigen bzw. gravierende Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Gemeinschaft zu vermeiden⁹⁰. Zentrale Bedeutung hat die Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft⁹¹ (im Weiteren: InfoSoc-RL), da sie generelle Vorgaben zur Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Verwertungs- und Schrankenregelungen enthält, die gemäß Erwägungsgrund 5 InfoSoc-RL bereits die technische Entwicklung und die daraus resultierenden neuen Möglichkeiten der Produktion und Verwertung geistigen Eigentums berücksichtigen. In Art. 5 InfoSoc-RL ist den

⁸⁴ Vgl. BVerfG, GRUR, 1972, 481 (483).

⁸⁵ Vgl. BT-Drs. IV/270, S. 30, 62 f.; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 3.

⁸⁶ Vgl. ausführlich: Papier, in: Maunz/ Dürig: GG, Art. 14 [Stand: 7/2010] Rn. 315.

⁸⁷ Vgl. ausführlich zu den verschiedenen Schrankenarten und Eingriffsintensitäten z.B. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 11 ff.

⁸⁸ Vgl. Papier in: Maunz/ Dürig: GG, Art. 14 [Stand: 7/2010] Rn. 326 ff.

⁸⁹ Vgl. z.B. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 52.

⁹⁰ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 48.

⁹¹ Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.05.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABL. Nr. L 167/10).

Mitgliedstaaten ein abschließender⁹² Katalog von insgesamt 21 Schrankenregelungen vorgegeben. Schranken, die dort nicht ausdrücklich vorgesehen sind bzw. über die dortigen Vorgaben hinausgehen, sind unzulässig und dürfen von den Mitgliedstaaten nicht eingeführt werden⁹³. Von den 21 Schranken ist lediglich die Schranke nach Art. 5 I InfoSoc-RL, die unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausnahme vom Vervielfältigungsrecht vorsieht, obligatorisch, d.h. sie muss zwingend durch die Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Alle anderen Schranken des Schrankenkatalogs, also die in Art. 5 II, III, IV InfoSoc-RL genannten Schranken, sind dagegen fakultativ, d.h. eine Umsetzung ist den Mitgliedstaaten freigestellt. Gemäß Art. 5 V InfoSoc-RL müssen alle mitgliedstaatlichen Schrankenregelungen zudem dem sogenannten Dreistufentest gerecht werden, d.h. sie sind grundsätzlich auf bestimmte Sonderfälle zu beschränken sind und dürfen weder die normale Verwertung des Werkes beeinträchtigen noch die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers ungebührlich verletzen. Der Grund für die Vorgabe des Dreistufentests in der InfoSoc-RL sind bestehende internationale Abkommen zum Urheberrecht, an die auch der europäische Gesetzgeber gebunden ist⁹⁴. So findet sich die Maßgabe des Dreistufentests nicht nur in Art. 9 II RBÜ⁹⁵, sondern auch in Art. 13 TRIPs⁹⁶ sowie in Art. 10 WCT⁹⁷ und Art. 16 WPPT⁹⁸.

In Deutschland erfolgte die Umsetzung der InfoSoc-RL und die damit verbundene Anpassung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen an die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Jahr 2003 durch das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft⁹⁹, dem sogenannten „Ersten Korb“. Da der deutsche Gesetzgeber jedoch angesichts der bestehenden Umsetzungsfrist damals unter großem Zeitdruck stand und während des Gesetzgebungsverfahrens bemerkt wurde, dass viele Regelungen unter den beteiligten Akteuren streitig sind, ist „eine umfassende Angleichung der deutschen Schrankenbestimmungen an die Erfordernisse der Digitalisierung und Vernetzung [...] zunächst unterblieben“¹⁰⁰. Stattdessen erschöpfte sich der „Erste Korb“ zunächst in der Neueinfügung von §§ 44a, 45a, 52a UrhG und der Anpassung der §§ 46, 48, 50, 52, 53, 56, 60 UrhG an die europarechtlichen Vorgaben¹⁰¹. Die

⁹² Vgl. Erwägungsgrund 32 InfoSoc-RL.

⁹³ Vgl. Berger, GRUR 2010, 1059.

⁹⁴ Vgl. auch Erwägungsgrund 44 InfoSoc-RL.

⁹⁵ Die „Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst“ vom 09.09.1886 wird wegen ihrer mehrfachen Revidierung allgemein als „Revidierte Berner Übereinkunft“ (RBÜ) bezeichnet. Zum aktuellen Text vgl.: http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=283698.

⁹⁶ Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights/ Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums vom 15.04.1994 (BGBl. II 1565/ 1730); in Kraft für Deutschland seit dem 1.1.1995 gemäß Gesetz vom 30.08.1994 (BGBl. II 1438).

⁹⁷ WIPO Copyright Treaty vom 20.12.1996. http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=295166.

⁹⁸ WIPO Performances and Phonograms Treaty vom 20.12.1996.

http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=295477.

⁹⁹ Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft vom 10.9.2003 (BGBl. I S. 1774).

¹⁰⁰ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 6.

¹⁰¹ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 6.

streitigen fakultativen Regelungen sollten zunächst intensiv mit allen Beteiligten geprüft und ohne Zeitdruck erörtert werden, um sie dann in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen¹⁰². Dieses weitere Gesetzgebungsverfahren, das die Modernisierung der Schrankenregelungen fortführen sollte, erfolgte im Jahr 2007 durch das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft¹⁰³, dem sogenannten „Zweiten Korb“. Dabei wurde durch Einfügung von §§ 52b, 53a UrhG und der Änderung der §§ 51, 53, 54 ff. UrhG vor allem die digitale Nutzung neu geregelt bzw. modernisiert¹⁰⁴. Sowohl im ersten als auch im zweiten Korb wurde von einer ausdrücklichen Aufnahme des Dreistufentests in das UrhG abgesehen, da dieser als primäre Gestaltungsanordnung für den nationalen Gesetzgeber bereits bei der gesetzlichen Formulierung der Schrankenregelungen zu beachten ist¹⁰⁵. Die h.M. zieht den Dreistufentest daher „lediglich“ bei Auslegung der einzelnen Schranken im Rahmen der Prüfung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes heran¹⁰⁶.

Im Hinblick auf die Auslegung von urheberrechtlichen Schrankenregelungen ist anzumerken, dass diese als Ausnahmen des ausschließlichen Verwertungsrechts bislang von Rechtsprechung und Literatur grundsätzlich eng ausgelegt wurden¹⁰⁷. Obwohl auch Erwägungsgrund 44 InfoSoc-RL angesichts der gesteigerten wirtschaftlichen Bedeutung der Schranken im elektronischen Umfeld eher auf eine möglicherweise noch engere Auslegung hinweist, lassen sich in der Literatur neuerdings auch kritische Stimmen dazu finden: Zur Begründung wird angeführt, dass zum einen in der zivilrechtlichen Methodenlehre kein allgemeiner Grundsatz zur engen Auslegung von Ausnahmebestimmungen besteht¹⁰⁸ und zum anderen nach Sinn und Zweck einer Schranke durchaus auch die erweiternde Auslegung gerechtfertigt sein kann, falls bei Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes die Interessen der Allgemeinheit die urheberrechtlichen Interessen überwiegen¹⁰⁹.

2.3.2 Die Schranken für Bildung und Wissenschaft

Der Schrankenkatalog nach §§ 44a ff. UrhG enthält sowohl solche Regelungen, die zwar nicht speziell auf Bildung und Wissenschaft ausgerichtet sind, diese aber durchaus berechtigen, z.B. § 44a UrhG, der für Digitalisierungsvorhaben von Bibliotheken

¹⁰² Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 15.

¹⁰³ Zweites Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft vom 26.10.2007 (BGBl. I S. 2513).

¹⁰⁴ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 6; Kuck, in: Schwartmann: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, S. 939 Rn. 9.

¹⁰⁵ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 21 sowie BT-Drs. 15/38, S. 15.

¹⁰⁶ Vgl. Berger, GRUR 2010, 1060 m.w.N.; Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 82 sowie ausführlich: Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 21 m.w.N.

¹⁰⁷ Vgl. z.B. BGH, GRUR 1994, 800 (802) sowie Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 7.

¹⁰⁸ Vgl. Larenz/ Canaris: Methodenlehre der Rechtswissenschaft, S. 175 f.

¹⁰⁹ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 7 m.w.N.; Hoeren, GRUR 1997, 868; Schack, in: Ohly: Festschrift für Schricker, S. 514.

die nötige Vorkopie ermöglicht; daneben jedoch auch solche Regelungen, die Bildung und Wissenschaft ausdrücklich privilegieren. Eine solche ausdrückliche Privilegierung gewähren z.B. die §§ 46, 47, 51, 52, 52a, 52b, 53, 53a und 58 UrhG. Gerade diese speziellen Schranken, die verstreut auf viele Einzelregelungen sind, werden von der Praxis heftig kritisiert, da sie den Anforderungen und Bedürfnissen von Bildung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter nicht gerecht werden. Beanstandet werden nicht nur die kleinteiligen Regelungen an sich, sondern auch der enge Anwendungsbereich einzelner Schranken, Unklarheiten bei der Auslegung einzelner Tatbestandsmerkmale sowie die restriktive Auslegung durch die Rechtsprechung. Da die heftigste Kritik hinsichtlich der Regelungen in §§ 52a, 52b, 53 und 53a UrhG besteht, sollen diese im Folgenden näher betrachtet und die verschiedenen Kritikpunkte bzw. Problembereiche, die sich in der Praxis ergeben, dargestellt werden.

2.3.2.1 § 52a UrhG

Die Norm regelt die elektronische Zugänglichmachung von Ausschnitten urheberrechtlich geschützter Werke für Unterrichtszwecke in Bildungseinrichtungen sowie für Forschungseinrichtungen. Hauptanwendungsfall ist in der Praxis die Digitalisierung von Werken durch Bildungs- oder Forschungseinrichtungen und die anschließende Bereitstellung in Netzwerken, wie z.B. elektronischen Semesterapparaten oder Forschungsnetzwerken. § 52a UrhG ist ein Fall der sogenannten gesetzlichen Lizenz, da bei Vorliegen aller Voraussetzungen die öffentliche Zugänglichmachung eines urheberrechtlich geschützten Werkes in Ausschnitten auch ohne Einwilligung des Urhebers zulässig ist und die Ausschließlichkeitsrechte des Urhebers nach § 19a UrhG dann zugunsten der Interessen von Bildung und Forschung zu einem bloßen Vergütungsanspruch herabgestuft werden¹¹⁰. Als Ausgleich steht dem Urheber bzw. Rechteinhaber gemäß § 52 IV UrhG ein angemessener Vergütungsanspruch zu, der durch eine Verwertungsgesellschaft geltend zu machen ist. Die Vorschrift wurde 2003 im Rahmen des „Ersten Korbes“ aufgrund der fakultativen Ermächtigung nach Art. 5 III a InfoSoc-RL neu in das UrhG eingefügt. Absicht des Gesetzgebers war es, die gewandelte Arbeitsweise in Unterricht und Wissenschaft zu berücksichtigen und für diese in begrenztem Rahmen die Nutzung moderner Kommunikationsformen, insbesondere durch einen zeitgemäßen Umgang mit elektronisch publizierten Materialien, zu ermöglichen¹¹¹. Diesem Anspruch wird die Norm in der Praxis jedoch leider nicht gerecht¹¹².

Schon die Feststellung des jeweils zulässigen Verwertungsumfangs bereitet der Praxis Schwierigkeiten, da die öffentliche Zugänglichmachung gemäß § 52a I UrhG auf (kleine) Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften begrenzt ist und das Gesetz selbst keine klaren Feststellungen

¹¹⁰ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Vor §§ 44a Rn. 11.

¹¹¹ Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 20 sowie Dreyer, in: Dreyer/ Kotthoff/ Meckel: UrhG, § 52a Rn. 2.

¹¹² Vgl. z.B. Sandberger, ZUM 2006, 824.

hierzu enthält. Zwar lassen sich in der juristischen Literatur vielfach Vorschläge zum jeweils zulässigen Verwertungsumfang finden¹¹³ und zudem bietet auch § 2 I des Gesamtvertrages zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG¹¹⁴ (zumindest für Schulen) eine gute Orientierungshilfe, diese Vorgaben sind jedoch für die Gerichte nicht bindend¹¹⁵. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Gerichte den jeweils zulässigen Umfang unterschiedlich definieren. So ging z.B. das LG Stuttgart bei der Bemessung des kleinen Teils eines Werkes i.S.v. § 52a I Nr.1 UrhG davon aus, dass die öffentliche Zugänglichmachung eines Lehrbuches bis zur Höhe von maximal 10% des didaktisch relevanten Werkumfanges zulässig ist¹¹⁶. Dem widersprach jedoch das OLG Stuttgart, indem es die Anwendung einer zahlenmäßig bestimmten Prozentgröße zur Feststellung des zulässigen Umfangs ausdrücklich ablehnte und stattdessen auf eine Einzelfallprüfung abstellte, bei der die Interessen der Rechteinhaber gegenüber den Interessen der Nutzer gegeneinander abzuwägen sind¹¹⁷. Eine solche Abwägung dürfte dem meist juristisch nicht geschulten Personal in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in der Praxis eher schwer fallen.

Probleme bereitet auch das Tatbestandsmerkmal zur Veranschaulichung im Unterricht gemäß § 52a I Nr.1 UrhG. Diesbezüglich ist sich die h.M. in Rechtsprechung und Literatur zwar zumindest darin einig, dass die Veranschaulichung nicht nur während der reinen Unterrichtszeit im (Hoch-)Schulgebäude zulässig ist, sondern wegen § 19a UrhG auch ein zeitlich und räumlich unbegrenzter Zugriff erfasst wird, da die Norm andernfalls, z.B. ohne eine zulässige Onlinenutzung von Unterrichtsmaterialien im Bereich des E-Learning, weitgehend leerliefe¹¹⁸. Streitig ist jedoch die Reichweite der zulässigen Onlinenutzung, da der Nutzungszweck durch den Wortlaut der Norm auf die Veranschaulichung im Unterricht beschränkt ist und die Zugänglichmachung deshalb dazu dienen muss, den „zu behandelnden Unterrichtsstoff besser und verständlicher darzustellen“¹¹⁹. Teilweise wird von Literatur und Rechtsprechung die Zugänglichmachung von weiterführendem Material zur Ergänzung des im Unterricht behandelten Stoffes für zulässig erklärt, da dadurch das Erlernte vertieft bzw. verfestigt wird, was pädagogisch durchaus als sinnvoll anzusehen ist¹²⁰. Nach anderer Ansicht soll dagegen Ergänzungs- oder Vertiefungsmaterial gerade nicht mehr vom Normzweck erfasst sein¹²¹. Insofern

¹¹³ Vgl. z.B. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger: UrhG, § 52a Rn. 4 ff., 11ff. m.w.N.; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52a Rn. 5, 9 m.w.N.

¹¹⁴ Gesamtvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG vom 14.07.2010. http://www.schule.sachsen.de/download/download_smk/gesamtvertrag_schule_52a_2010.pdf.

¹¹⁵ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 114.

¹¹⁶ Vgl. LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (951). So auch: OLG München, ZUM-RD 2011, 617 (618).

¹¹⁷ Vgl. OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (720).

¹¹⁸ Vgl. übereinstimmend: OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (722); LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (950); Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52a Rn. 6; Hoeren, ZUM 2011, 371 f.

¹¹⁹ Dustmann, in: Fromm/ Nordemann, UrhG, 52a Rn. 9.; vgl. auch: Hoeren, ZUM 2011, 372.

¹²⁰ Vgl. LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (950); Hoeren, ZUM 2011, 372 m.w.N.

¹²¹ Vgl. OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (722 ff.); Jani, GRUR-Prax 2012, 224.

muss die Praxis also zwischen zulässiger Verdeutlichung und unzulässiger Vertiefung differenzieren, was sich aber in den meisten Fällen als schwierig erweisen dürfte.

Die Beurteilung, wann die öffentliche Zugänglichmachung i.S.v. § 52a I UrhG zum jeweiligen Zweck geboten und zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist, bereitet ebenfalls große Probleme. Grundsätzlich ist hierbei eine Gesamtabwägung zwischen dem „Bedürfnis nach einer öffentlichen Zugänglichmachung mit dem Grad der Beeinträchtigung der Rechteinhaber“¹²² vorzunehmen. Im Rahmen der Gesamtabwägung wird die Gebotenheit teilweise schon dann verneint, wenn der betreffende Ausschnitt ohne erheblichen Aufwand offline, entweder analog oder digital, zur Verfügung gestellt werden kann¹²³. Dem wird aber entgegengehalten, dass es dem Gesetzgeber im Rahmen von § 52a UrhG gerade um die Zulässigkeit der digitalen Informationsvermittlung ging und insofern jedenfalls die analoge Beschaffungsmöglichkeit, die Gebotenheit nicht ausschließen kann¹²⁴. Teilweise wird auch angenommen, dass der Gebotenheit im Hinblick auf die Primärmarktinteressen der Urheber zumindest ein angemessenes Lizenzangebot vom Rechteinhaber entgegensteht, wobei die Angemessenheit im Zweifel durch ein Sachverständigengutachten festzustellen ist¹²⁵. Unabhängig von der Frage, inwieweit eine Sachverständigenprüfung dem normalen Tages- und Geschäftsablauf in Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen entgegenkommt, macht schon allein die Uneinigkeit der Juristen zur Frage der Gebotenheit deutlich, wie schwierig sich eine solche Prüfung für die Mitarbeiter in Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen gestaltet.

Ein weiterer Problembereich ist für die Praxis bei der Onlinenutzung von Filmwerken eröffnet, die nicht für die Auswertung im Kino vorgesehen sind, sondern nur für eine Auswertung z.B. im Fernsehen oder auf Festivals. Fraglich ist hier, ob bzw. wann die in § 52a II 2 UrhG angeordnete Schonfrist anfängt. Teilweise wird die Meinung vertreten, dass § 52a II 2 UrhG mangels Auswertung im Kino gar nicht greift¹²⁶. Nach anderer Ansicht soll in einem solchen Fall § 52a II 2 UrhG analog angewendet werden, da die gleiche Interessenlage besteht und anstelle der Auswertung im Kino dann eben die Auswertung im Fernsehen etc. treten kann¹²⁷. Zur Rechtssicherheit müsste diese Regelungslücke vom Gesetzgeber dringend geschlossen werden.

Nicht zufriedenstellend ist für die Praxis auch die Regelung des § 52a III UrhG, da letztlich nicht eindeutig ist, welche Vervielfältigungen erlaubt sind. Unstreitig sind, we-

¹²² Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52a Rn. 12.

¹²³ Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52a Rn. 9, 14.

¹²⁴ Vgl. LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (951 m.w.N.); Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52a Rn. 12.

¹²⁵ Vgl. OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (726); Hoeren, ZUM 2011, 373; a.A. LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (953). Vgl. im Hinblick auf Bibliotheken auch: Grundsatz 2 der Gemeinsamen Charta zum Verständnis von § 52a UrhG vom 02.10.2003.

http://www.bibliothekerverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/Charta-UrhG.pdf.

¹²⁶ Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52a Rn. 19.

¹²⁷ Vgl. Dustmann, in: Fromm/ Nordemann, UrhG, 52a Rn. 18 m.w.N.

gen des Wortlauts, zumindest sogenannte Annex-Vervielfältigungen zulässig, also solche Vervielfältigungen, die zur Vorbereitung der öffentlichen Zugänglichmachung erforderlich sind, z.B. Kopien im Vorfeld von Digitalisierungen¹²⁸. Streitig ist jedoch die Zulässigkeit von Folgeverwertungen, z.B. das Vervielfältigen durch Ausdrucken oder Abspeichern. Die Literatur verweist darauf, dass § 52a UrhG gerade keine Einschränkung zur ausschließlichen Nutzung nur den Räumlichkeiten der Bildungs- und Forschungsinstitutionen enthält und deshalb alles erlaubt, was grundsätzlich bei öffentlich zugänglich gemachten Werken zulässig ist¹²⁹. Bei Folgeverwertungen soll daher nicht § 52a III UrhG selbst, aber eventuell § 53 UrhG greifen¹³⁰. Dieser Ansicht ist die Rechtsprechung jedoch entschieden entgegengetreten. Zunächst urteilte das LG Stuttgart, dass § 52a UrhG nur eine Nutzung erlaubt, „die der analogen Nutzung vergleichbar ist“¹³¹. Deshalb sei zwar ein Ausdrucken der zugänglich gemachten Werkausschnitte zulässig, aber nicht die Speicherung, da dadurch der Werkausschnitt direkt in eine eigene Textverarbeitung übernommen werden kann, was einer einfacheren und qualitativ höherwertigeren Nutzung entspricht¹³². Das OLG Stuttgart ging noch weiter und urteilte, dass sich die öffentliche Zugänglichmachung nach § 52a UrhG gerade nicht auf anderweitige Verwertungsmöglichkeiten, wie z.B. die Anfertigung von digitalen Kopien oder das Ausdrucken, erstreckt, erlaubt sei lediglich das „Bereithalten zum Lesen am Bildschirm (read-only)“¹³³, da ansonsten das Recht der Zugänglichmachung mit der Einräumung von Vervielfältigungsmöglichkeiten verknüpft wäre, was jedoch gegen die differenzierten Regelungen nach §§ 16, 19a UrhG, die gesonderte Regelung nach § 53 III UrhG sowie Erwägungsgrund 24 der InfoSoc-RL verstoßen würde¹³⁴. Gerade die vom OLG Stuttgart auf „read-only“ begrenzte Nutzungsmöglichkeit zeigt jedoch, dass § 52a UrhG durch die restriktive Auslegung der Gericht quasi ausgehebelt ist. Der ursprünglich vom Gesetzgeber verfolgte Zweck, netzgestützte Lern- und Forschungsstrukturen zu unterstützen, wird allein durch „read-only“ sicher nicht mehr erreicht. Im Gegenteil, durch die Reduzierung auf „read-only“ weist der elektronische Semesterapparat als modernes und didaktisch sinnvolles Mittel in der Praxis kaum einen Mehrwert gegenüber analogen Materialien auf. Vielmehr ist sogar eher von einem „Minderwert“ auszugehen, da einzelne Kopien eines analogen Werkes unter den Voraussetzungen von § 53 UrhG problemlos möglich sind. Insofern kann die Praxis nur alle Hoffnung in die beim BGH gegen das Urteil des OLG Stuttgart eingereichte Revision setzen¹³⁵.

¹²⁸ vgl. OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (727) sowie z.B. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52a Rn. 16.

¹²⁹ Vgl. Hoeren, ZUM 2011, 374.

¹³⁰ Vgl. Dustmann, in: Fromm/ Nordemann, UrhG, 52a Rn. 19, Dreyer, in: Dreyer/ Kotthoff/ Meckel: UrhG, § 52a Rn. 20.

¹³¹ LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (950).

¹³² LG Stuttgart, ZUM 2011, 946 (950, 952).

¹³³ OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (727).

¹³⁴ Vgl. OLG Stuttgart, GRUR 2012, 718 (727).

¹³⁵ Das beim BGH noch anhängige Verfahren wird unter dem Aktenzeichen: BGH I ZR 79/12 geführt.

Problematisch ist zudem, dass sich die Kultusministerkonferenz¹³⁶ (im Weiteren: KMK) und die Verwertungsgesellschaft Wort (im Weiteren: VG Wort) immer noch über die Höhe der angemessenen Vergütung nach § 52a IV UrhG streiten. Zwar wurde vom OLG München ein entsprechender Gesamtvertrag mit konkreten Ausgleichsbeträgen, die sich an den mit anderen Verwertungsgesellschaften geschlossenen Gesamtverträgen orientieren, festgelegt¹³⁷. Da die festgesetzten Beträge jedoch weit unter den Forderungen der Verlage liegen, hat die VG Wort gegen das Urteil des OLG München Rechtsmittel beim BGH eingereicht, über das bislang noch nicht entschieden wurde.

Auch die ständige Verlängerung der Befristung von § 52a UrhG bereitet Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen große Probleme. Seit Bestehen der Norm wurde die anfänglich schon vorhandene Befristung bereits dreimal verlängert¹³⁸. Dies birgt zum einen eine große Rechtsunsicherheit für die Praxis, da bei Auslaufen der Befristung „auf einen Schlag viele der heute üblichen Unterrichtsformen und der Austausch von Texten in Forscherteams illegal“¹³⁹ werden würden. Zum anderen sind aufgrund der Befristung auch dringend benötigte „Investitionen in eine geeignete technische Informationsinfrastruktur und der Aufbau von Know-How“¹⁴⁰ unterblieben.

Angesichts dieser zahlreichen Problembereiche verwundert es nicht, dass derzeit viele Bildungs- und Forschungsinstitutionen von einer Anwendung des § 52a UrhG absehen und sogar auf Handlungen verzichten, die nach der Norm zulässig wären¹⁴¹.

2.3.2.2 § 52b UrhG

Diese Vorschrift regelt die Wiedergabe urheberrechtlich geschützter Werke an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven. Auch § 52b UrhG ist ein Fall der gesetzlichen Lizenz: Sind alle Voraussetzungen erfüllt, ist eine entsprechende Nutzung auch ohne Zustimmung des Urhebers oder Rechteinhabers zulässig. Auch hier wird das eigentlich ausschließliche Recht des Urhebers auf öffentliche Zugänglichmachung gemäß § 19a UrhG zugunsten der privilegierten Einrichtungen zu einem bloßen Vergütungsanspruch herabgestuft. Gemäß § 52b 3, 4 UrhG ist als Ausgleich für die Nutzung eine angemessene Vergütung an die jeweils zuständige Verwertungsgesellschaft zu zahlen.

§ 52b UrhG wurde erst 2007 durch den „Zweiten Korb“ aufgrund der fakultativen Ermächtigung nach Art. 5 III n InfoSoc-RL neu in das UrhG eingefügt. Absicht des Gesetzgebers war es nicht nur, den privilegierten Einrichtungen die Erfüllung ihres Bildungsauftrages zu ermöglichen, sondern auch, die Medienkompetenz der Nutzer dieser

¹³⁶ Kultusministerkonferenz ist die Kurzform für „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“ – Vgl. auch: <http://www.kmk.org/wir-ueber-uns.html>.

¹³⁷ Vgl. ausführlich OLG München, ZUM-RD 2011, 603 (616 f.).

¹³⁸ Gemäß § 137k UrhG gilt § 52a UrhG nur bis zum 31.12.2014. Vgl. ausführlich dazu: Dreier, in: Dreier/Schulze: UrhG, § 52a Rn. 3.

¹³⁹ Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

¹⁴⁰ Sieber, in: Sieber/Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 26.

¹⁴¹ Vgl. z.B. Sandberger, ZUM 2006, 824.

Einrichtungen dadurch zu stärken, dass urheberrechtlich geschützte Werke an elektronischen Leseplätzen in gleicher Weise wie in analoger Form genutzt werden können¹⁴². Leider hat sich auch diese Norm in der Praxis „nicht im erhofften Maße bewährt“¹⁴³, da ebenfalls erhebliche Auslegungstreitigkeiten bestehen, die in der Folge nicht nur zu verschiedenen Gerichtsverfahren, sondern auch zu einer immer restriktiveren Auslegung durch die Gerichte geführt haben.

Kritisiert wird von der Praxis zunächst, dass der Anwendungsbereich von § 52b UrhG mit Rücksicht auf Verlagsinteressen nur auf Bibliotheken, Archive und Museen beschränkt wurde und nicht sämtliche Bildungseinrichtungen, also auch Schulen¹⁴⁴ oder Hochschulen ohne eigene Bibliothek erfasst sind, obwohl dies gemäß Art. 5 III n i.V.m. Art. 5 II c InfoSoc-RL möglich gewesen wäre, da auch Art. 5 II c InfoSoc-RL ausdrücklich von Bildungseinrichtungen spricht¹⁴⁵. Weil die Praxis nicht nachvollziehen kann, warum der deutsche Gesetzgeber den von der InfoSoc-RL vorgegebenen Rahmen nur minimal ausgeschöpft hat, wird insofern gefordert, § 52b UrhG unbedingt „auf alle in der Richtlinie genannten Einrichtungen“¹⁴⁶ auszudehnen. Eine solche Ausweitung hätte zudem noch weitere positive Folgen für Bildung und Wissenschaft. Nach § 52b 1 UrhG darf nämlich die Nutzung der elektronischen Leseplätze ausschließlich in den Räumen der privilegierten Einrichtung erfolgen. Probleme ergeben sich hierbei in der Praxis vor allem dann, wenn die nach § 52b UrhG privilegierte Einrichtung aus mehreren Gebäuden besteht, z.B. bei zweischichtigen Bibliothekssystemen oder Bibliotheksverbänden. Da in diesen Fällen keine organisatorische oder haushaltsmäßige Einheit zwischen den verschiedenen Gebäuden besteht, sind diese nach h.M. vom Geltungsbereich der Norm ausgeschlossen¹⁴⁷. Folglich dürfen z.B. Werke einer übergeordneten Universitätsbibliothek nicht auch an elektronischen Leseplätzen in untergeordneten Fakultätsbibliotheken oder Lehrstühlen zugänglich gemacht werden. Damit steht die derzeitige Regelung aber nicht im Einklang mit den Bedürfnissen von Wissenschaftlern, möglichst schnell und bequem vom Arbeitsplatz aus auf die Informationsressourcen ihrer Universitätsbibliothek zuzugreifen, da sie sich zur Nutzung der elektronischen Leseplätze nach wie vor in die Bibliotheksräume begeben müssen¹⁴⁸. Auch diese Einschränkung hätte der deutsche

¹⁴² BT-Drs. 16/1828, S. 25 f.

¹⁴³ Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 2.

¹⁴⁴ Zumindest hinsichtlich Schulbibliotheken ist der deutsche Gesetzgeber der Ansicht, dass diese in den Anwendungsbereich von § 52b UrhG fallen, wenn „sie der Gesamtheit der Lehrer und Schüler einer Schule offen stehen“ – BT-Drs. 16/1828, S. 48.

¹⁴⁵ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 40, 47; Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 31, 71; Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 6.

¹⁴⁶ Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 71; vgl. auch: Pflüger, ZUM 2010, 941; Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 6.

¹⁴⁷ Vgl. Dustmann, in: Fromm/ Nordemann, UrhG, § 52b Rn. 7; Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52a Rn. 15.

¹⁴⁸ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 123.

Gesetzgeber vermieden, wenn er die Ermächtigung nach Art. 5 III n i.V.m. Art. 5 II c InfoSoc-RL voll ausgeschöpft und den Begriff Bildungseinrichtung übernommen hätte, da dann alle Räumlichkeiten einer Universität erfasst wären¹⁴⁹.

Ein weiterer Problembereich ergibt sich in der Praxis daraus, dass gemäß § 52b 1 UrhG die Nutzung der elektronischen Leseplätze nur zur Forschung oder für private Studien erfolgen darf. Insofern sind die privilegierten Einrichtungen nach dem Wortlaut der Norm eigentlich verpflichtet, in jedem Einzelfall prüfen, ob tatsächlich eine Nutzung entsprechend des festgelegten Zweckes erfolgt. Da eine solche Überprüfung für die Praxis aber aus Gründen des Datenschutzes nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand durchführbar wäre, wurde zumindest diesbezüglich unstreitig entschieden, dass es ausreicht, wenn die privilegierte Einrichtung in ihrer deutlich sichtbaren Benutzungsordnung darauf hinweist, dass eine Nutzung der Leseplätze nur für die im Gesetz genannte Zwecke erlaubt ist¹⁵⁰.

Problematisch ist für die Praxis jedoch, dass gemäß § 52b 1 UrhG eine Zugänglichmachung von urheberrechtlich geschützten Werken an elektronischen Leseplätzen nur zulässig ist, soweit keine abweichenden vertraglichen Regelungen entgegenstehen. Hintergrund dieser Regelung ist die in Art. 5 III n InfoSoc-RL und Erwägungsgrund 45 InfoSoc-RL angeordnete Subsidiarität von Schrankenregelungen gegenüber vertraglichen Vereinbarungen. Zwar ist insofern unstreitig, dass die Zugänglichmachung von Werken an elektronischen Leseplätzen jedenfalls dann ausgeschlossen ist, wenn bei Erwerb der Medien die elektronische Nutzung vertraglich ausgeschlossen oder anders geregelt ist, z.B. durch die allgemeinen Geschäftsbedingungen in einem abgeschlossenen Lizenz- /Nutzungs- oder Schenkungsvertrag¹⁵¹. Streitig ist aber, ob bereits ein einseitiges Vertragsangebot der Rechteinhaber oder die bloße Möglichkeit, einen Vertrag über eine Nutzung gemäß § 52b UrhG abzuschließen, einer Anwendung von § 52b UrhG entgegensteht. Teilweise wird unter Berufung auf den englischen Wortlaut von Art. 5 III n InfoSoc-RL („not subject to purchase or licensing terms“) angenommen, dass die Anwendung von § 52b UrhG bereits dann ausgeschlossen ist, „wenn die Werke zu angemessenen Bedingungen angeboten werden“¹⁵². Obwohl gar keine vertragliche Vereinbarung zustande gekommen ist, könnte nach dieser Ansicht bereits die bloße Möglichkeit eines Vertragsabschlusses die zulässige Nutzung nach § 52b UrhG verhindern, wenn sich das Vertragsangebot auf das konkrete Werk bezieht¹⁵³. Nach anderer Ansicht und insbesondere auch der bestätigten Rechtsprechung sollen dagegen bloße Vertragsangebote gerade nicht die Befugnis zur Nutzung an Leseplätzen verdrängen, da eine „vertragliche Regelung“ i.S.v. § 52b UrhG nicht allein durch ein einseitiges Ange-

¹⁴⁹ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 123.

¹⁵⁰ Vgl. LG Frankfurt, ZUM 2009, 662 (663).

¹⁵¹ Vgl. LG Frankfurt, ZUM 2009, 662 (663 f.); Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 27.

¹⁵² Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 12 m.w.N.

¹⁵³ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 12.

bot begründet werden kann und im übrigen kein Kontrahierungszwang zur Nutzung von digitalen Verlagsangeboten besteht¹⁵⁴. Zudem stellt der englische Wortlaut von Art. 5 III n InfoSoc-RL und der Erwägungsgründe 40, 45, 52 der InfoSoc-RL gerade auf tatsächlich bestehende Vertragsbeziehungen ab¹⁵⁵. Dem steht auch nicht der Dreistufentest entgegen, da die berechtigten Interessen der Rechteinhaber schon durch die in § 52b 2 UrhG angeordnete Bestandsakzessorietät und den eingeschränkten Nutzungszweck ausreichend berücksichtigt sind¹⁵⁶. Dennoch resultiert aus dem Meinungsstreit erhebliche Rechtsunsicherheit für die Praxis zumal die Angemessenheit eines Angebotes im Zweifel gerichtlich überprüft werden müsste. Da die Frage, ob bereits ein angemessenes Angebot des Rechteinhabers als Regelung über Verkauf und Lizenz i.S.v. Art. 5 III n InfoSoc-RL angesehen werden muss, dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt wurde¹⁵⁷, bleibt der Praxis nur, insofern auf eine die deutsche Rechtsprechung bestätigende europäische Rechtsprechung zu hoffen.

Gerade für die wissenschaftliche Arbeit stellt die in § 52b 2 UrhG angeordnete Bestandsakzessorietät, wonach der zeitgleiche Abruf eines Werkes an Leseplätzen grundsätzlich auf die vorhandene Anzahl der körperlichen Exemplare im Bestand der Einrichtung beschränkt ist, ein weiteres Problem dar. Zwar legt die h.M. den Begriff „grundsätzlich“ dahingehend aus, dass eine höhere Anzahl von Simultanzugriffen nicht kategorisch ausgeschlossen, sondern in Ausnahmefällen, wie z.B. bei Belastungsspitzen in Semesterprüfungen, durchaus eine vorübergehende, zeitlich und zahlenmäßig begrenzte Überschreitung der Anzahl im Bestand in Ausnahmefällen möglich ist¹⁵⁸. Da aber immer die maximale Obergrenze von vier Simultanzugriffen eingehalten werden muss, kann es angesichts der zunehmenden Zusammenarbeit und Interdisziplinarität im Wissenschaftsbereich durchaus zu Engpässen kommen. Weil durch die angeordnete Bestandsakzessorietät im Übrigen „lediglich der Besitzstand der analogen Welt abgebildet wird“¹⁵⁹, lehnt die Praxis die in § 52b 2 UrhG angeordnete Bestandsakzessorietät nach § 52b 2 UrhG grundsätzlich ab.

Große Probleme ergeben sich daraus, dass § 52b UrhG keine ausdrückliche Regelung bezüglich der für die Einrichtung des elektronischen Leseplatzes nötigen Annex-Vervielfältigung enthält. Da auch diese Frage streitig ist, besteht in der Praxis erhebliche Rechtsunsicherheit. Teilweise wird die Ansicht vertreten, dass wegen der fehlenden ausdrücklichen Erlaubnis zur Vervielfältigung entsprechend § 52a III UrhG keine Digitalisierung ohne Erlaubnis der Rechteinhaber erfolgen darf¹⁶⁰. Da der Gesetzgeber mit §

¹⁵⁴ Vgl. OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (267 ff.); LG Frankfurt, ZUM 2011, 582 (584 f.) sowie Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 27.

¹⁵⁵ Vgl. OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (267 f.); LG Frankfurt, ZUM 2011, 582 (584 f.)

¹⁵⁶ Vgl. OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (268); LG Frankfurt, ZUM 2011, 582 (585).

¹⁵⁷ Vgl. BGH, ZUM 2013, (401) 403.

¹⁵⁸ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 33; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 9.

¹⁵⁹ Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 160.

¹⁶⁰ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 127 m.w.N.

52b UrhG aber gerade die digitale Nutzung vorhandener Bibliotheksbestände verfolgt und die Norm somit nach dieser Ansicht weitgehend leer liefe, geht die bislang h.M. von der Zulässigkeit der zur Einrichtung der Leseplätze nötigen Annex-Vervielfältigung aus¹⁶¹. Auch diesbezüglich muss die Praxis jedoch, die sich letztlich eine ausdrückliche Digitalisierungsermächtigung entsprechend der Regelung in § 52a III UrhG wünscht, die Entscheidung des EuGH abwarten, da auch die Frage nach der im Rahmen von Art. 5 III n InfoSoc-RL zulässigen Annex-Vervielfältigung dem EuGH im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens vorgelegt wurde¹⁶².

Noch schwieriger wird es bei der Frage der Zulässigkeit von Anschlussnutzungen, insbesondere in Form von Ausdrucken und digitalen Speicherungen der an den Leseplätzen zugänglich gemachten Werke, da Rechtsprechung und Literatur diesbezüglich uneinheitlich sind. So wird die Zulässigkeit von digitalen Kopien, z.B. durch digitale Speicherung auf einem mobilen USB-Stick, meist verneint, da diese aus der jeweiligen Einrichtung mitgenommen werden könnten und die Nutzung dann nicht mehr auf die Räume der privilegierten Einrichtung beschränkt wäre¹⁶³. Ausdrücke hingegen werden zumindest teilweise für zulässig erachtet, da es wirtschaftlich keinen Unterschied machen kann, ob eine Kopie aus dem Bestandsexemplar oder aus der Leseplatzkopie erstellt wird und der verfolgte Gesetzeszweck, die Werke an Leseplätzen in gleicher Weise wie in analoger Form nutzen zu können, ansonsten leerliefe¹⁶⁴. Da sich zudem in § 52b UrhG keine Beschränkung der Weiternutzung findet, wie z.B. in § 53 VI UrhG, sollen Nutzer das Werk jedenfalls im Rahmen der Schrankenregelungen nutzen können, indem sie z.B. zu privaten oder wissenschaftlichen Zwecken i.S.v. § 53 I Nr.1 UrhG Ausdrücke anfertigen¹⁶⁵. Auch das LG Frankfurt ging in einem Eilverfahren davon aus, dass sich „die grundsätzliche Berechtigung zum Ausdruck der geschaffenen elektronischen Inhalte als Annexkompetenz aus § 52b UrhG selbst“¹⁶⁶ ergibt. Ohne eine Ausdrucksmöglichkeit „wäre das geschaffene Angebot einem analogen Angebot nicht vergleichbar, sondern beschränkte sich [...] im wesentlichen auf die Möglichkeit einer Überprüfung von Zitaten“¹⁶⁷. Im sich anschließenden Berufungsverfahren urteilte hingegen das OLG Frankfurt, dass im Rahmen von § 52b UrhG weder eine Papier- noch eine digitale Kopie zulässig sei, da Schrankenbestimmungen grundsätzlich eng auszulegen seien und die Norm „nur die Einrichtung von elektronischen Leseplätzen gestattet,

¹⁶¹ Vgl. OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (269); LG Frankfurt, ZUM 2011, 582 (585 f.) sowie Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 19; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 14.

¹⁶² Vgl. BGH, ZUM 2013, 401 (404).

¹⁶³ Vgl. LG Frankfurt, ZUM 2009, 662 (665); Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 26; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 10; a.A. Rauer, RBD 2010, 106.

¹⁶⁴ Vgl. Dustmann, in: Fromm/ Nordemann: UrhG, § 52b Rn. 13; Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 26; a.A. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 52b Rn. 10.

¹⁶⁵ Vgl. Dreyer, in: Dreyer/ Kotthoff/ Meckel: UrhG, § 52b Rn. 13.

¹⁶⁶ LG Frankfurt, ZUM 2009, 662 (664).

¹⁶⁷ LG Frankfurt, ZUM 2009, 662 (664).

nicht jedoch die Eröffnung von Vervielfältigungsmöglichkeiten¹⁶⁸ und insofern kein Zugriff über den reinen Lesezugriff hinaus erlaubt sei. Deshalb sei es auch völlig unerheblich, ob die an den Leseplätzen angefertigten Kopien gemäß § 53 UrhG legal wären, im Gegenteil, um eine sinnvolle wissenschaftliche Textarbeit an den Werken auszuführen, könnten die Nutzer immer noch Kopien aus den vorhandenen Printexemplaren anfertigen¹⁶⁹. Im anschließend durchgeführten Hauptsachverfahren begründete das LG Frankfurt die Unzulässigkeit von Anschlussnutzungen wieder anders¹⁷⁰: Zwar sei der Begriff elektronischer Leseplatz i.S.v. § 52b 1 UrhG nicht zwingend als Nur-Lese-Platz aufzufassen, da Art. 5 III n InfoSoc-RL von Terminals spricht und insofern im Hinblick auf Hör- oder Filmwerke auch Hör- oder Betracht-Plätze gemeint sein können, jedoch ergebe sich aus der teleologischen Auslegung¹⁷¹ der Norm, dass nur eine örtlich und umfänglich eingeschränkte Zugänglichmachung erlaubt sei, die eine Anschlussnutzung grundsätzlich nicht erfasst. Gerade bei der Anschlussnutzung in Form eines Ausdruckes werde zudem keine Nutzung ermöglicht, die mit einer analogen Nutzung vergleichbar ist, da zwischen einer Leseplatzkopie, die aufgrund eines bloßen Knopfdruckes erfolgt, und einer Kopie aus dem Bestandsexemplar, die wesentlich aufwendiger anzufertigen ist, ein großer qualitativer Unterschied besteht und die Leseplatzkopie insofern eine qualitativ höhere Nutzung ermöglichen würde. Angesichts dieser engen Auslegung von § 52b UrhG dürften sich viele Bibliotheken fragen, warum sie den hohen personellen und finanziellen Aufwand für die Einrichtung von Leseplätzen überhaupt noch durchführen sollen. Ohne Ausdruck- und Speichermöglichkeit ist die Nutzung von Leseplätzen weniger attraktiv als die Nutzung des analogen Werkes - § 52b UrhG hat so praktisch keinen Mehrwert; der verfolgte Gesetzeszweck wird nicht mehr erreicht. Vor diesem Hintergrund scheint auch die Frage berechtigt, warum überhaupt eine Vergütung für eine Nutzung nach § 52b UrhG gezahlt werden soll¹⁷²: Infolge der angeordneten Bestandsakzessorietät ist zunächst nicht von einem geänderten Anschaffungsverhalten der privilegierten Einrichtungen auszugehen. Zwar tritt anstelle der normalen analogen Nutzung eine andersartige Nutzung, diese geht aber in ihrem Umfang, zumindest nach Ansicht der Rechtsprechung, längst nicht so weit wie die analoge Nutzung. Folglich dürften auch keine finanziellen Einbußen entstehen, die kompensiert werden müssten. Nicht nachvollziehbar ist für die Praxis insofern auch, warum die Gerichte entgegen der sonst geltenden Systematik keine Schrankenlinie mehr zwischen §§ 52b, 53 UrhG zulassen¹⁷³. Letztendlich muss auch diesbezüglich die Entscheidung des EuGH abgewartet werden, da das vom BGH vorgelegte Vorabentscheidungsersuchen auch die Frage ent-

¹⁶⁸ OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (269).

¹⁶⁹ OLG Frankfurt, ZUM 2010, 265 (269).

¹⁷⁰ Vgl. im Folgenden: LG Frankfurt, ZUM 2011, 582 (586).

¹⁷¹ Bei der teleologischen Auslegung wird Sinn und Zweck einer Norm berücksichtigt.

¹⁷² Vgl. im Folgenden: Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 71.

¹⁷³ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 128.

scheiden soll, ob eine Zugänglichmachung nach Art. 5 III n InfoSoc-RL die Befugnis zum Ausdruck oder zur Speicherung auf USB-Stick umfasst¹⁷⁴.

Schließlich kritisiert die Praxis, dass die Schranke nach § 52b UrhG nicht gemäß § 95b UrhG durchsetzungsstark gegenüber technischen Schutzmaßnahme der Rechteinhaber ausgestattet ist¹⁷⁵ und insofern digitale Werke mit Kopierschutz nicht an elektronischen Leseplätzen zugänglich gemacht werden können, wenn dafür zunächst eine Kopie des Werkes erforderlich ist¹⁷⁶. Zwar ist der Praxis bewusst, dass sich die Regelung auf die abschließenden Vorgaben in Art. 6 IV 1 InfoSoc-RL stützt und dort keine Durchsetzung der Schranke nach Art. 5 III n InfoSoc-RL gegenüber technischen Maßnahmen vorgesehen ist, sie weist aber nachdrücklich darauf hin, dass auf diese Weise eigentlich verbindliche Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft durch technische Maßnahmen ausgehebelt und der ohnehin schon begrenzte Zugang zu Wissens- und Informationsressourcen noch weiter verengt werden können¹⁷⁷.

2.3.2.3 § 53 UrhG

Diese Norm regelt die erlaubnisfreie Vervielfältigung zum privaten oder sonstigen eigenen Gebrauch und greift in das eigentlich ausschließliche Vervielfältigungsrecht des Urhebers nach § 16 UrhG ein. Als Ausgleich steht dem Urheber ein indirekter Vergütungsanspruch nach §§ 54 ff. UrhG zu. Auch § 53 UrhG ist somit ein Fall der gesetzlichen Lizenz¹⁷⁸.

Die Schranke besteht bereits seit Inkrafttreten des UrhG¹⁷⁹. Infolge der Entwicklung immer besserer und leichter Vervielfältigungsmöglichkeiten wurde die Vorschrift seit ihrer Entstehung jedoch mehrfach geändert¹⁸⁰. Die letzten Novellierungen erfolgten zunächst 2003 im Rahmen der Umsetzung der Vorgaben zur Privatkopie in Art. 5 II, III InfoSoc-RL und schließlich 2007 durch den „Zweiten Korb“. Sinn und Zweck der Norm ist es, auch angesichts der technischen Neuerungen einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Urheber und dem Allgemeininteresse herzustellen. Dabei ist auf Seiten der Urheber bzw. Rechteinhaber neben dem Interesse an einer möglichst umfassenden Kontrolle über die Werknutzung vor allem ihr finanzielles Interesse hinsichtlich der Werkverwertung zu berücksichtigen¹⁸¹. Zugunsten der Allgemeinheit ist zu beachten, dass diese in der Informationsgesellschaft vor allem einen unkomplizierten Zugang zu Informationen und Dokumentationen braucht, der nicht unverhältnismäßig

¹⁷⁴ Vgl. BGH, ZUM 2013, 401 (405).

¹⁷⁵ Vgl. z.B. Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

¹⁷⁶ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 52b Rn. 39.

¹⁷⁷ Vgl. Pflüger/ Heeg, ZUM 2008, 655 mit Verweis auf Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, Einleitung Rn. 25.

¹⁷⁸ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 1.

¹⁷⁹ Bestimmungen zur unentgeltlichen Vervielfältigung zum persönlichen Gebrauch fanden sich bereits in § 15 II LUG und § 18 I KUG, den Vorläufern des UrhG 1965. - Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 4.

¹⁸⁰ Vgl. ausführlich zu allen Änderungen: Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 2 ff.

¹⁸¹ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 1.

mit notwendigen Erlaubnissen belastet werden soll¹⁸². Gleichzeitig wird berücksichtigt, dass „ein Verbot von Vervielfältigungen im privaten Bereich praktisch kaum durchsetzbar“¹⁸³ wäre.

Auch diese Norm wird von der Praxis heftig kritisiert, vor allem weil sie infolge der häufigen Novellierungen mittlerweile derart unübersichtlich geworden ist, dass eine Anwendung von § 53 UrhG ohne fundierte juristische Kenntnisse in der Praxis gar nicht mehr möglich ist. Selbst die Literatur räumt ein, dass die Vorschrift „inzwischen einen Umfang und eine Differenziertheit erlangt [hat], die sie für den zumeist privaten Endnutzer geschützter Werke als den hauptsächlichen Adressaten der Vorschrift kaum mehr verständlich und in Teilen gerade wegen der feingliedrigen Interessensabwägung nur noch schwer nachvollziehbar macht“¹⁸⁴. Die meisten Schwierigkeiten bereit der Praxis die Feststellung, wann eine digitale und wann nur eine analoge Kopie erstellt bzw. wann eine digitale erstellte Kopie lediglich analog genutzt werden darf. Damit die Regelung auch im Arbeitsalltag von Bildung und Wissenschaft umgesetzt werden kann, müsste die Regelung zumindest „einfacher und klarer“¹⁸⁵ formuliert werden.

Im Rahmen der geltenden Fassung ist zunächst problematisch, dass gemäß § 53 I 1 UrhG im Rahmen einer Privatkopie nur einzelne Vervielfältigungen zulässig sind und die Frage, wie viele Kopien davon nun tatsächlich umfasst sind, nicht einheitlich beantwortet wird. Während die Rechtsprechung maximal sieben Kopien für zulässig hält¹⁸⁶, geht die Literatur teilweise nur von zwei bis drei Kopien aus¹⁸⁷. Zum Teil lehnt die Literatur die Festlegung auf eine bestimmte Anzahl ab und stellt stattdessen auf den mit der Anfertigung der Kopien verfolgten Zweck bzw. auf die Anzahl zur Deckung des rein persönlichen Bedarfs ab, so dass im Einzelfall bis zu zehn oder auch nur ein bis zwei Vervielfältigungstücken zulässig sein können¹⁸⁸. Da die Beurteilung dieser Frage immer auch von der subjektiven Einschätzung des Betrachters abhängig ist, fällt der Praxis die Bestimmung der zulässigen Kopienanzahl verständlicherweise schwer.

Verwirrend ist für die Praxis auch die Regelung nach § 53 I 1,2 UrhG. Zwar dürfen gemäß § 53 I 1 UrhG Privatkopien auf beliebigen Trägern angefertigt werden, so dass unstrittig sowohl analoge als auch digitale Kopien erfasst sind¹⁸⁹. Es muss jedoch zwischen der Person des Berechtigten differenziert werden: Nach § 53 I 1 UrhG sind nur natürliche Personen zur Privatkopie ermächtigt, d.h. wichtige Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen, wie z.B. Schulen, Hochschulen oder Bibliotheken, sind als Körper-

¹⁸² Vgl. BGH, GRUR 1997, 459 (463); Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 1.

¹⁸³ BGH, GRUR 1997, 459 (463).

¹⁸⁴ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 1.

¹⁸⁵ Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 3.

¹⁸⁶ Vgl. ausführlich: BGH, GRUR 1978, 474 (476).

¹⁸⁷ Vgl. z.B. Schack, ZUM 2002, 501 m.w.N.

¹⁸⁸ Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 13; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 9.

¹⁸⁹ Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 20; Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 12.

schaften des öffentlichen Rechts grundsätzlich vom Anwendungsbereich des § 53 I 1 UrhG ausgeschlossen. Eine Ausnahme besteht nach § 53 I 2 UrhG lediglich dann, wenn der nach § 53 I 1 UrhG Berechtigte Kopien durch einen anderen herstellen lässt. Dann können z.B. Bibliotheken als „andere“ im Auftrag ihrer Nutzer Kopien zu deren privaten Gebrauch anfertigen und diese sogar per Telefax an diese versenden, da sie in einem solchen Fall an der Privilegierung des nach § 53 I 1 UrhG Berechtigten teilnehmen¹⁹⁰. Zu beachten ist, dass dafür eine konkrete Anordnung des Berechtigten vorliegen muss und die Handlung des „anderen“ nur auf den Akt der technisch-maschinellen Vervielfältigung beschränkt sein darf¹⁹¹. Gemäß § 53 I 2 UrhG muss dann weiter hinsichtlich der Art der Kopie differenziert werden: eine klassisch analoge Papierkopie ist in jedem Fall zulässig. Soll aber eine digitale Kopie für den nach § 53 I 1 UrhG Berechtigten hergestellt werden, darf die Anfertigung nur unentgeltlich¹⁹² erfolgen.

Des Weiteren wendet sich die Praxis dagegen, dass die Privatkopie gemäß § 53 I 1 UrhG weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienen darf und somit dann nicht greift, wenn „die konkrete Vervielfältigung zu beruflichen oder Erwerbszwecken verwandt“¹⁹³ werden soll. Damit fällt insbesondere die Erstellung von Kopien durch Studenten zu Studienzwecken nicht unter das Vervielfältigungsrecht nach § 53 I 1 UrhG¹⁹⁴. Zudem muss der „andere“ i.S.v. § 53 I 2 UrhG, also z.B. die Bibliothek, eigentlich prüfen, welchen Zweck der jeweilige Besteller verfolgt. Da dies in der Praxis, kaum möglich ist, wird insofern eine Haftungsfreistellung gefordert¹⁹⁵.

Auch mit der Regelung nach § 53 II UrhG ist die Praxis derzeit nicht zufrieden, da dort das Vervielfältigungsrecht in einigen Fällen auf eine analoge Kopie bzw. analoge Nutzung beschränkt wird¹⁹⁶. Gerade hier zeigt sich beispielhaft, wie unverständlich die Norm für den juristischen Laien gefasst ist. Während für den eigenen wissenschaftlichen Gebrauch nach § 53 II 1 Nr.1 UrhG sowohl analoge als auch digitale Kopien zulässig sind, die analog oder digital genutzt werden dürfen, muss im Fall der Archivkopie nach § 53 II 1 Nr.2 UrhG wegen § 53 II 2 Nr.1 bis Nr.3 UrhG differenziert werden: zwar dürfen sowohl analoge als auch digitale Kopien angefertigt werden, diese dürfen wegen § 53 II 2 Nr.1 und Nr.2 UrhG aber nur analog genutzt werden. Eine Ausnahme gilt nach § 53 II 2 Nr.3 UrhG nur dann, wenn das Archiv im öffentlichen Interesse tätig ist und keinen unmittelbar oder mittelbar wirtschaftlichen Erwerbszweck verfolgt. Nur dann dürfen die analogen oder digitalen Vervielfältigungen auch digital genutzt wer-

¹⁹⁰ Vgl. ausführlich BGH, GRUR 1999, 707 ff.; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 13.

¹⁹¹ Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 18.

¹⁹² Der Unentgeltlichkeit stehen nach h.M. Gebühren bis maximal zur Kostendeckungsgrenze nicht entgegen. Vgl. z.B. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 20 m.w.N.

¹⁹³ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 10.

¹⁹⁴ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 10.

¹⁹⁵ Vgl. z.B. Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 3.

¹⁹⁶ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 3, 20.

den¹⁹⁷. Vervielfältigungen zum Zweck der eigenen Unterrichtung über Tagesfragen (§ 53 II 1 Nr.3 UrhG) und zum sonstigen eigenen Gebrauch (§ 53 II 1 Nr.4 UrhG) dürfen wegen § 53 II 3 i.V.m. § 53 II 2 Nr.1 bzw. Nr.2 UrhG ebenfalls nur analog sein bzw. analog genutzt werden. Auch Frage, ob von analogen Vorlagen wenigstens solche digitale Kopien erlaubt sind, die als bloße Grafikdatei vorliegen, ist für die Praxis problematisch, da dies unterschiedlich beurteilt wird¹⁹⁸. Das LG München entschied hierzu zunächst, dass auch eine solche digitale Kopie unter die Privilegierung von § 53 II 2 Nr.1 bzw. Nr.2 UrhG fällt, da deren Nutzungsmöglichkeiten nicht weiter gehen als die einer herkömmlichen analogen Papierkopie und insbesondere keine weitergehende digitale Nutzung, wie z.B. das Durchsuchen des Textes, möglich ist¹⁹⁹. Das OLG München hingegen urteilte in der Berufungsinstanz, dass eine Privilegierung von digitalen Kopien, selbst wenn sie nur eine geringfügige digitale Nutzung erlauben, gerade nicht von § 53 II 2 Nr.1 und Nr.2 UrhG erfasst werden, da es nicht auf die Intensität der digitalen Nutzung ankommt²⁰⁰. Warum das Vervielfältigungsrecht für den eigenen Gebrauch bis auf die Privatkopie und die Kopie für wissenschaftliche Zwecke damit im Wesentlichen auf analoge Kopie bzw. analoge Nutzung beschränkt wurde, ist für die Praxis nicht nachvollziehbar.

Erschwerend für die Praxis ist zudem, dass der Begriff des wissenschaftlichen Gebrauchs i.S.v. § 53 II 1 Nr.1 UrhG nach h.M. zwar weit auszulegen ist, so dass jede „Unterrichtung über den Stand der Wissenschaft“²⁰¹, sei es durch Studenten oder Unternehmen erfasst ist, die angefertigte Kopie aber nicht zugleich gewerblichen Zwecken dienen darf und somit z.B. Kopien von Wissenschaftlern, die im Zuge einer Drittmittelforschung oder zur späteren Veröffentlichung genutzt werden sollen, nicht erfasst werden²⁰². In diesen Fällen greift nicht § 53 II 1 Nr.1 UrhG, sondern nur § 53 II 1 Nr.4 UrhG, mit der Folge, dass Kopien nur analog genutzt werden dürfen. Bibliotheken, die auf Bestellung entsprechende Kopien herstellen, sind auch in diesem Rahmen gezwungen, den Verwendungszweck der Kopie zu ermitteln, was sich in der Praxis durchaus als schwierig erweisen dürfte.

Hinsichtlich Archivkopien wird bemängelt, dass gemäß § 53 II 1 Nr.2 UrhG jede Archivkopie eine eigene neue Vorlage voraussetzt und insofern z.B. die digitale Langzeitarchivierung zur Erhaltung wichtiger Informationen und Quellen für die Wissenschaft

¹⁹⁷ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 28.

¹⁹⁸ Vgl. ausführlich zum Meinungsstreit: Slopek/ Steigüber, ZUM 2010, 228 ff.

¹⁹⁹ Vgl. LG München, Urt. v. 15.12.2005 – 7 O 11479/04, TZ 166 f. sowie auch Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 35 m.w.N.

²⁰⁰ Vgl. OLG München, MMR 2007, 525 (528).

²⁰¹ Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 23.

²⁰² Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53 Rn. 23.

behindert wird, da „redundante Speicherungen von einer einzigen Vorlage, die zu einer technisch sinnvollen Langzeitarchivierung notwendig sind, [...] unzulässig“²⁰³ sind.

Im Übrigen bestehen im Rahmen von § 53 II 1 Nr. 4a UrhG die gleichen Auslegungsschwierigkeiten wie bei § 52a I UrhG hinsichtlich der Bestimmung des Verwertungsumfanges, insbesondere des „kleinen Teils“, insofern wird jedoch auf die dortigen Erörterungen Bezug genommen²⁰⁴.

Kritisiert wird von der Praxis zudem, dass § 53 III 1 Nr. 1 UrhG nicht für Hochschulen gilt, obwohl mit der Regelung in § 53 III UrhG gerade dem öffentlichen Interesse an der Qualität der Aus- und Fortbildung Rechnung getragen werden soll²⁰⁵. Nicht nachvollziehbar ist für die Praxis, dass bei der letzten Gesetzesänderung im Hinblick auf befürchtete Eingriffe in den Primärmarkt von Schulbuchverlagen zunächst mit § 53 III 2 UrhG eine Bereichsausnahme für Schulbücher geschaffen wurde, diese aber bereits durch einen im Herbst 2008 geschlossenen Gesamtvertrag faktisch wieder aufgehoben wurde²⁰⁶.

Schließlich wendet sich die Praxis dagegen, dass digitale Privatkopien in § 95 b I Nr. 6a UrhG nicht durchsetzungsstark gegenüber technischen Schutzmaßnahmen von Rechteinhabern ausgestattet wurden, obwohl dies für den deutschen Gesetzgeber aufgrund der fakultativen Vorgaben in Art. 6 IV 2 InfoSoc-RL möglich gewesen wäre²⁰⁷. Dies hat nämlich zur Folge, dass bei kopiergeschützten Werken die Möglichkeit von eigentlich zulässigen digitalen Privatkopien „faktisch durch das gesetzliche Verbot der Umgehung technischer Schutzmaßnahmen vereitelt“²⁰⁸ wird. Auch von Teilen der Literatur wird der sich insofern ergebende Wertungswiderspruch zwischen § 53 UrhG und § 95a f. heftig kritisiert²⁰⁹.

Ein weiterer möglicher Problembereich könnte sich zwar hinsichtlich der Frage ergeben, ob z.B. Bibliotheken hinsichtlich ihrer aufgestellten Kopierer eine Aufsichtspflicht zur Einhaltung von § 53 UrhG trifft. Hierzu hat der BGH jedoch bereits festgestellt, dass eine entsprechende Kontrolle im Einzelfall aus praktischen Gründen kaum ohne Verstoß gegen das Datenschutzrecht möglich wäre und es insofern ausreicht, wenn z.B.

²⁰³ Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 4.

²⁰⁴ Vgl. oben unter 2.3.2.1.

²⁰⁵ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 92.

²⁰⁶ Vgl. Lüft, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53 Rn. 38 m.w.N.; Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 3 ff.; § 2 Gesamtvertrag Schule zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG vom 30.10.2008. http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/vereinbarungen/Gesamtvertrag_Schule__53_UrhG.pdf.

²⁰⁷ Vgl. Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 95b Rn. 12.

²⁰⁸ Stichelbrock, GRUR 2004, 739.

²⁰⁹ Vgl. Wandtke/ Ohst, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 95b Rn. 26 m.w.N.; a.A. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 95b Rn. 12.

in der sichtbar ausgehängten Benutzungsordnung darauf hingewiesen wird, dass die Nutzer selbst für die Einhaltung des Urheberrechts verantwortlich sind²¹⁰.

2.3.2.4 § 53a UrhG

Die Vorschrift, die den Kopienversand auf Bestellung durch öffentliche Bibliotheken regelt, ist ebenfalls ein Fall der gesetzlichen Lizenz: bei Vorliegen der einzelnen in § 53a I UrhG genannten Voraussetzungen ist eine entsprechende Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke auch ohne Zustimmung des Urhebers zulässig, als Ausgleich steht dem Urheber aber nach § 53a II UrhG eine angemessene Vergütung zu, die durch eine Verwertungsgesellschaft geltend zu machen ist. Im Schrankensystem stellt § 53a UrhG einen besonderen Fall von § 53 I 2 UrhG dar, bei dem das Vervielfältigungsrecht durch einen Dritten um den Versand der Kopien erweitert ist²¹¹. Nach Ansicht des BGH ist die Übermittlung per Post oder Telefax dabei als rein unkörperlicher Übertragungsvorgang vom Vervielfältigungsrecht umfasst, so dass im Ergebnis lediglich das ausschließliche Verwertungsrecht nach § 16 UrhG von § 53a UrhG berührt wird²¹².

Die Norm, die im Einklang mit Art. 5 III a, o InfoSoc-RL steht²¹³, wurde 2007 durch den „Zweiten Korb“ neu in das UrhG eingefügt, um ein Grundsatzurteil des BGH umzusetzen, welches den Versand von Kopien durch öffentliche Bibliotheken per Post oder Fax jedenfalls dann für zulässig erklärte, wenn sich der Besteller auf einen nach § 53 UrhG privilegierten Zweck berufen kann und der Versand aufgrund einer Einzelbestellung erfolgt²¹⁴. In seiner Begründung verwies der BGH darauf, dass angesichts der hohen Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Informationsgesellschaft ein „gut ausgebautes, schnell funktionierendes und wirtschaftlich arbeitendes Informationssystem“²¹⁵ unverzichtbar ist. Ohne die Zulässigkeit eines Kopienversanddienstes würde sich nach den Überlegungen des Gesetzgebers, auch die Anschaffung eines umfassenden Bestandes an wissenschaftlicher Literatur für öffentliche Bibliotheken unter allgemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr lohnen²¹⁶. Sinn und Zweck der Norm ist es letztlich, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Interesse der Rechteinhaber an der eigenen Verwertung ihrer Werke und dem Interesse der Allgemeinheit, über öffentliche Bibliotheken einen schnellen und erschwinglichen Zugriff auf wissenschaftliche Literatur zu erhalten, herzustellen²¹⁷.

²¹⁰ Vgl. BGH, GRUR 1984, 54 (56).

²¹¹ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 6 m.w.N.

²¹² Vgl. BGH, GRUR 1999, 707 (711).

²¹³ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 7.

²¹⁴ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 27; BGH, GRUR 1999, 707 ff.

²¹⁵ BGH, GRUR 1999, 707 (710) mit Verweis auf BT-Drs. 10/837, S. 19 f., 38f. sowie BT-Drs. 10/83, S. 19 f.

²¹⁶ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 27.

²¹⁷ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 27; Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 106.

Leider hat sich auch diese Norm in der Praxis nicht bewährt. Sie ist unklar formuliert und daher schwer auszulegen. Insofern hat z.B. das meist juristisch nicht geschulte Personal in Bibliotheken Schwierigkeiten, die Norm zu prüfen bzw. zu erkennen, in welchen Fällen der Dokumentenversand, insbesondere der elektronische Versand, erlaubt bzw. ohne Erlaubnis der Rechteinhaber verboten ist²¹⁸. Zur Beurteilung der Zulässigkeit ist im Rahmen von § 53a UrhG zunächst hinsichtlich der Übermittlungsform zu differenzieren: Werden die angefertigten Kopien per Post oder Fax übermittelt, beurteilt sich die Zulässigkeit nach § 53a I 1 UrhG, handelt es sich dagegen um eine Übermittlung in sonstiger elektronischer Form, müssen noch zusätzlich die Voraussetzungen nach § 53a I 2, 3 UrhG erfüllt sein.

Auch in § 53a I 1 UrhG beginnen die Auslegungsschwierigkeiten mit der Bestimmung des zulässigen Verwertungsumfanges hinsichtlich des „kleinen Teils“ eines Werkes. Da der Gesetzgeber insofern die Formulierungen von §§ 52a, 53 II 1 Nr.4a, III 1 UrhG aufgegriffen hat, wird auf die bereits dort erörterten streitigen Rechtsansichten verwiesen²¹⁹.

Des Weiteren gestaltet sich in der Praxis die Abgrenzung zwischen der Übermittlung per Fax und der sonstigen elektronischen Übermittlung oft schwierig, denn auch ein Fax wird an sich grundsätzlich elektronisch übermittelt. Unstreitig fällt zumindest ein herkömmliches Telefax unter den Faxbegriff des § 53a I 1 UrhG²²⁰. Streitig ist aber, ob auch noch der Faxversand in Form eines Computerfaxes von § 53a I 1 UrhG erfasst wird, da der Empfänger die Kopien dann als elektronische Datei erhält und er diese eventuell weiter verarbeiten, vervielfältigen oder versenden kann. Die h.M. bejaht dies dennoch, da zum einen der Gesetzgeber auch keine Unterscheidung trifft und zum anderen infolge der fortschreitenden Konvergenz der Medien eine eindeutige Unterscheidung zwischen einem herkömmlichen Telefax und einem Computerfax ohnehin kaum noch möglich ist²²¹. Da der Versender zudem in der Regel keinerlei Einfluss auf die Art des Empfangsgerätes hat, kann schon insofern nur die Übermittlungsmethode, nämlich der Faxstandard und der Transport über die Telefonleitung, maßgeblich für die Abgrenzung sein²²².

Problematisch ist außerdem, dass gemäß § 53a I 1 UrhG die vom Besteller angestrebte Nutzung nach § 53 UrhG zulässig sein muss und das Bibliothekspersonal daher zu prüfen hat, ob die Voraussetzungen für einen nach § 53 UrhG zulässigen privaten, wissenschaftlichen oder sonstigen Gebrauch gegeben sind. Zwar sollen diesbezüglich keine übertriebenen Anforderungen an die Pflichten einer Bibliothek gestellt werden, aber

²¹⁸ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 102.

²¹⁹ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze, UrhG, § 53a Rn. 8; vgl. oben unter 2.3.2.1 und 2.3.2.3.

²²⁰ Vgl. BGH, GRUR 1999, 707; Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 21.

²²¹ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 27; Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 21; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53a Rn. 9; a.A. Sprang/ Ackermann, K&R 2008, 9.

²²² Talke, Bibliotheksdienst 2008, 291 f.

dennoch dürfte eine solche Prüfung vielen Bibliotheksangestellten in der Praxis schwer fallen²²³.

Schwierigkeiten ergeben sich für die Praxis zudem im Fall der sonstigen elektronischen Übermittlung gemäß § 53a I 2 UrhG. Hiervon werden, mit Ausnahme des Fax, alle Übermittlungsarten elektronischer Daten erfasst, wie z.B. die Übermittlung per email oder FTP-Service²²⁴. Nach § 53a I 2 UrhG dürfen nur grafische Dateien im Wege der sonstigen elektronischen Versendung übermittelt werden. Fraglich ist aber, wie diese zu qualifizieren sind. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen nur solche Übermittlungen erfasst sein, bei denen „der elektronische Versand funktional an die Stelle der Einzelübermittlung in körperlicher Form tritt“²²⁵. Um insbesondere einen unverhältnismäßigen Eingriff in digitale Primärverwertung der Rechteinhaber auszuschließen, sollen daher nur solche elektronischen Dateien, wie z.B. das pdf oder Faksimile, erlaubt sein, die lediglich die schnelle Übermittlung zum Lesen, aber sonst keine weitergehenden elektronische Nutzungs- und Missbrauchsmöglichkeiten gestatten²²⁶. Dies bedeutet im Ergebnis, dass letztlich nur eine analoge Nutzung der übermittelten Dateien zulässig ist. Problematisch ist auch, dass Bibliotheken im Fall der sonstigen elektronischen Übermittlung die enge Zweckbindung nach § 53a I 2 UrhG beachten müssen, die sich aus den Vorgaben in Art. 5 III a InfoSoc-RL ergibt. Eine entsprechende Nutzung ist danach nur zur Veranschaulichung des Unterrichts oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung erlaubt, sofern keine gewerblichen Zwecke verfolgt werden. Aufgrund dessen ist die Privilegierung nach § 53a I 2 UrhG bei einfachen Privatkopien gemäß § 53 I UrhG ausgeschlossen²²⁷. Im Gegensatz zu § 52a UrhG besteht hier aufgrund des Wortlauts jedoch kein Zweifel, dass eine Nutzung auch außerhalb der reinen Unterrichtszeit zulässig ist. Nach Ansicht der Rechtsprechung werden auch hier glücklicherweise keine allzu hohen Anforderungen an die entsprechenden Prüfpflichten von Bibliotheken hinsichtlich der Zweckbindung gestellt²²⁸.

Besonders kritisiert wird von der Praxis jedoch die Regelung in § 53a I 3 UrhG, wonach die elektronische Übermittlung nur dann zulässig ist, wenn es keine entsprechenden offensichtlichen kommerziellen Online-Angebote zu angemessenen Bedingungen gibt. Damit Bibliotheken nicht mit unverhältnismäßigen Recherchepflichten hinsichtlich der Existenz von entsprechenden Onlineangeboten belastet werden, sondern vielmehr eigenständig und abschließend die Zulässigkeit des Kopienversandes beurteilen können, soll nach Ansicht des Gesetzgebers zwar schon dann ein offensichtliches Angebot vor-

²²³ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 12. Vgl. ausführlich zu den Problembereichen bei § 53 UrhG: oben 2.3.2.3.

²²⁴ Vgl. Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 23.

²²⁵ BT-Drs. 16/1828, S. 27; Vgl. auch BGH, GRUR 2002, 963 (966).

²²⁶ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 27 f., 41; BGH, GRUR 2002, 963 (966f.); Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 106.

²²⁷ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53a Rn. 11.

²²⁸ Vgl. BGH, GRUR 1984, 54 (56).

liegen, wenn es in einem zentralen, kooperativen Nachweisinstrument, wie z.B. der elektronischen Zeitschriftendatenbank (EZB), aufgeführt ist²²⁹. Dennoch reicht zweifellos, im Gegensatz zu § 52b UrhG, allein das reine Onlineangebot aus, um eine elektronische Übermittlung auszuschließen. In der Folge können die Rechteinhaber dadurch einseitig über den Umfang der Befugnisse von Bibliotheken, die letztlich nur als Dienstleister für Bildung und Wissenschaft handeln, entscheiden. Dies jedoch „widerspricht dem [...] angestrebten Ziel, den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen zu erleichtern, ohne der Preisgestaltung kommerzieller Anbieter ausgeliefert zu sein“²³⁰. Teile der Literatur verweisen deswegen diesbezüglich auf die widersprüchlichen Erwägungsgründe der InfoSoc-RL²³¹: Zwar sei in Erwägungsgrund 44 InfoSoc-RL das Prinzip der angemessenen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung der Schranken verankert und zudem in Erwägungsgrund 40 S.2 InfoSoc-RL festgelegt, dass eine Nutzung im Zusammenhang mit der Onlinelieferung ausgeschlossen sein sollte („sollte nicht“), andererseits gelte aber auch Erwägungsgrund 45 InfoSoc-RL, wonach die zugunsten der Allgemeinheit verankerten Schranken durch angemessene Vergütungsregelungen kompensiert werden können. Zwar greife die Nutzung nach § 53a UrhG unbestritten in die Rechte der Urheber ein, dafür sei jedoch in § 53a II UrhG eine angemessene Vergütung als Kompensation für die Urheber vorgesehen.

Äußerst schwierig ist es für die Praxis, zu beurteilen, ob die Bedingungen der Onlineangebote angemessen i.S.v. § 53a I 3 UrhG sind. Nach Ansicht des Gesetzgebers soll sich dies im Einzelfall daran orientieren, was gemäß § 32 II 2 UrhG im Geschäftsverkehr als üblich und redlich betrachtet wird²³². Neben einem dauerhaften und zuverlässigen Werkzugang, spielt dabei auch die Preisgestaltung eine Rolle, die darauf zu prüfen ist, „dass dem Nutzer ein adäquater Zugang nur zu den von ihm gewünschten Werken ermöglicht wird, ohne hierbei nicht benötigte Beiträge im Paket oder ein umfangreicheres Abonnement erwerben zu müssen“²³³. Für die Praxis der täglichen Bibliotheksarbeit ist diese Regelung jedoch völlig verfehlt, da es für den einzelnen Bibliotheksmitarbeiter praktisch unmöglich ist, die Preisgestaltung von einzelnen Verlagen im laufenden Betrieb zu überprüfen²³⁴. Teile der Literatur weisen zudem darauf hin, dass dieses Tatbestandsmerkmal auch den Grundsätzen des Urheberrechts widerspricht, da damit „letztlich ein systemwidriges kartellrechtliches Instrument der Preiskontrolle ins Urheberrecht implementiert“²³⁵ wird.

²²⁹ Vgl. Bt-Drs. 16/5939, S. 45; Dreier, in: Dreier/ Schulze: UrhG, § 53a Rn. 16.

²³⁰ Sandberger, ZUM 2006, 827.

²³¹ Vgl. auch im Folgenden: Sandberger, ZUM 2006, 827.

²³² Vgl. BT-Drs. 16/5939, S. 45.

²³³ BT-Drs. 16/5939, S. 45.

²³⁴ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 109; Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 2.

²³⁵ Sprang/ Ackermann, K&R 2008, 9; vgl. auch: Jani, in: Wandtke/ Bullinger, UrhG, § 53a Rn. 36.

Infolge der Auslegungsschwierigkeiten, des unverhältnismäßig hohen Prüfungsaufwandes und des daraus resultierenden hohen Haftungsrisikos verzichteten viele Bibliotheken in der Praxis schon von vornherein auf eine elektronische Übermittlung gemäß § 53a UrhG und beschränken sich stattdessen weiterhin auf die unzeitgemäße und unökologische Versorgung mit Papierkopien²³⁶. Angebote einer digitalen Dokumentenlieferung durch Bibliotheken bestehen in der Praxis kaum, es sei denn, es wurde mit dem Rechteinhaber ein entsprechender, für Bibliotheken meist nachteiliger, Lizenzvertrag abgeschlossen²³⁷. Somit wird das vom Gesetzgeber im Hinblick auf § 53a UrhG angestrebte Ziel eines schnellen und effizienten Kopienversanddienstes nicht erreicht, im Gegenteil, § 53a UrhG „verhindert [...] einen wirtschaftlichen und dem digitalen Zeitalter angemessenen Kopienversand der öffentlich zugänglichen Bibliotheken“²³⁸. Im Ergebnis bleibt Bildung und Wissenschaft häufig nichts anderes übrig, als hinsichtlich der für sie so wichtigen digitalen Dokumentenlieferung auf kommerzielle Anbieter, insbesondere den Kopienversanddienst „Subito“, zurückzugreifen. Unabhängig von den auch damit verbundenen Problemen²³⁹, hat der Gesetzgeber aber gerade durch die Schaffung von § 53a UrhG gezeigt, dass er den Kopienversand eben nicht nur auf Vertragsbasis geregelt haben möchte²⁴⁰.

2.4 Der ausgefallene „Dritte Korb“

Der letzte wichtige Beweggrund für die Forderung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ergibt sich daraus, dass Bildung und Wissenschaft, nachdem die letzten zwei Gesetzesnovellierungen die urheberrechtlichen Schrankenregelungen kaum an den technischen Fortschritt und die Bedürfnisse von Bildung und Wissenschaft in der Informationsgesellschaft angepasst haben, ein „Dritter (Bildungs- und Wissenschafts-) Korb“ in Aussicht gestellt wurde, dieser jedoch bis heute ausgeblieben ist.

Schon im Gesetzgebungsverfahren zum „Ersten Korb“ sah sich der „Gesetzgeber nicht zu einem Gesamtkonzept für die urheberrechtlichen Rahmenbedingungen digitaler Informationsversorgung veranlasst“²⁴¹. Deshalb berücksichtigte er die für Bildung und Wissenschaft elementaren Fragen hinsichtlich des Zugangs zu urheberrechtlich geschützten wissenschaftlichen Publikationen nur am Rande der Reform, indem er die Zulassung von digitalen Informationsangeboten nach § 52a UrhG nur zeitlich befristet erlaubte und die Regelungen zur digitalen Dokumentenlieferung oder elektronischen Leseplätzen auf künftige Gesetzesverfahren verschob²⁴². Schon kurz nach Inkrafttreten

²³⁶ Vgl. Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 2.

²³⁷ Vgl. Talke, in: Bartlakowski/ Talke/ Steinhauer: Bibliotheksurheberrecht, S. 102; Müller, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. 48.

²³⁸ Müller, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. S. 48.

²³⁹ Vgl. ausführlich Müller, Bibliotheksdienst 2008, 1060 ff.

²⁴⁰ Vgl. Müller, Bibliotheksdienst 2008, S. 1064 f.

²⁴¹ Sandberger, ZUM 2006, 818.

²⁴² Vgl. Sandberger, ZUM 2006, 818.

des „ersten Korbes“ kritisierten viele Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen, dass die für sie einschlägigen Schrankenregelungen „unklar, unzeitgemäß oder praxisfern sind“²⁴³. Sie bemängelten insbesondere, dass „der technische Fortschritt nur auf Seiten der wirtschaftlichen Verwertungsinteressen berücksichtigt wird, während die Schrankenregelungen für Lehrkräfte, Wissenschaftler und Bibliotheken im digitalen Umfeld hinter denen des analogen Zeitalters zurückbleiben“²⁴⁴. Trotz der unbefriedigenden Ergebnisse des „Ersten Korbes“ vertrauten Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen jedoch auf den bei Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bereits angekündigten „Zweiten Korb“²⁴⁵. Positiv aufgenommen wurde daher auch das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung im November 2005 in Aussicht gestellte bildungs- und wissenschaftsfreundliche Urheberrecht²⁴⁶.

Im sich anschließenden Gesetzgebungsverfahren wiesen Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen nochmals nachdrücklich darauf hin, dass „die bestehenden urheberrechtlichen Regelungen den mit der digitalen Datenverarbeitung möglichen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen behindern und die Wissenschaftler [...] zu antiquierten Formen der Informationsnutzung zwingen“²⁴⁷. Als im Juni 2006 der Gesetzentwurf zum „Zweiten Korb“ vorgelegt wurde, mussten Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen jedoch feststellen, dass ihre Einwendungen kaum berücksichtigt waren, die vorgelegten Änderungsvorschläge wenig zu einer Verbesserung des digitalen Informationszuganges beitragen würden, teilweise sogar hinter dem erreichten Stand zurückblieben und im übrigen immer noch ein Gesamtkonzept für den digitalen Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen fehlte²⁴⁸. Auch der Bundesrat und beratende Ausschüsse stellten schon während des Gesetzgebungsverfahrens fest, dass trotz des „Zweiten Korbes“ die Schrankenregelungen für Bildung und Wissenschaft nicht ausreichend sind und empfehlen deswegen einen „Dritten Korb“ in Form eines „Bildungs- und Wissenschaftskorbes“, der „die spezifischen Anforderungen von Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissens- und Informationsgesellschaft sowie der zunehmend wissensbasierten Wirtschaft stärker in den Mittelpunkt rückt“²⁴⁹. Da der Bundesrat dem Gesetzgebungsverfahren letztlich trotz seiner kaum berücksichtigten Einwendungen hinsichtlich §§ 52a, 52b, 53a UrhG zustimmte²⁵⁰, blieb Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen nichts anderes übrig, als aufzuzeigen, dass das UrhG auch nach dem „Zweiten Korb“ vornehmlich im System einer analogen Printwelt verblieben ist und sich die bereits durch den „Ersten Korb“ verursachte Schieflage zwischen den verschiedenen Interessen noch

²⁴³ Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 10.

²⁴⁴ Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 10.

²⁴⁵ Vgl. ausführlich BT-Drs. 15/38, S. 15.

²⁴⁶ Vgl. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005, S. 45.

²⁴⁷ Sandberger, ZUM 2006, 818 f. m.w.N.

²⁴⁸ Vgl. Sandberger, ZUM 2006, 828.

²⁴⁹ BT-Drs. 16/ 5939, S. 26. Vgl. auch: BR-Drs. 257/06 (B), S. 1 f.; BR-Drs. 582/07 (B), S. 1 ff.

²⁵⁰ Vgl. BR-Drs. 257/06 (B), S. 7 ff.; BR-Drs. 582/07 (B), S. 1f.

weiter zuungunsten von Bildung und Wissenschaft verschoben haben²⁵¹. Alle Hoffnungen hinsichtlich eines bildungs- und wissenschaftsfreundlichen UrhG wurden nun in den angekündigten „Dritten Korb“ gesetzt.

Die Hoffnungen wurden zunächst bekräftigt, als das Bundesjustizministerium im Februar 2009 begann, die Stellungnahmen der betroffenen Akteure zum weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Urheberrecht einzuholen. Bereits im Herbst 2009 meldeten sich jedoch leise Zweifel an, da der Koalitionsvertrag der inzwischen neu gewählten Bundesregierung zwar feststellte, dass das Urheberrecht eine Schlüsselfunktion innehat und daher beabsichtigt werde, zügig an einen „Dritten Korb“ zu arbeiten, aber Bildung und Wissenschaft in diesem Zusammenhang mit keinem Wort erwähnt wurden²⁵². Die Zweifel verstärkten sich, als auch die Bundesjustizministerin im Sommer 2010 in ihrer „Berliner Rede zum Urheberrecht“²⁵³ nur auf die große gesellschaftliche Bedeutung von Kultur und Wissenschaft hinwies, nicht aber die Bedürfnisse ansprach, die Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen in der Informationsgesellschaft hinsichtlich des Urheberrechts haben. Schon deshalb wurde ein Entwurf des angekündigten „Wissenschaftskorbes“ mit Spannung erwartet. Im Mai 2012 gab die Justizministerin schließlich öffentlich zu, dass „die letzten gesetzlichen Änderungen zwischen 1998 und 2009 [zwar] zu erheblichen Verkomplizierungen am Text des Urheberrechtsgesetzes“²⁵⁴ geführt haben, aber „die Verschränkung der Akteure [...] im Moment keinen großen Wurf und kein Superreformgesetz [...]“²⁵⁵ ermöglichen würde. Die von Bildung und Wissenschaft gehegten Zweifel wurden endgültig bestätigt, als im August 2012, nach einer Dauer von drei Jahren, ein Gesetzesentwurf präsentiert wurde, der im wesentlichen nur auf die Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverlage ausgerichtet war, Bildung und Wissenschaft aber nicht einmal erwähnt hat²⁵⁶. Obwohl sich der Bundesrat während des Gesetzgebungsverfahrens mit Blick auf Bildung und Wissenschaft zumindest für die dauerhafte Entfristung von § 52a UrhG eingesetzt hatte, konnte sich die Bundesregierung nur zu einer weiteren Verlängerung der Befristung durchringen, die dann in „allerletzter Minute“ gesetzlich verankert wurde²⁵⁷. Aus dem ursprünglich groß angekündigten „Bildungs- und Wissenschaftskorb“ ist damit letztlich nur ein kleines Körbchen geworden, der für Bildung und Wissenschaft, entgegen ihrer berechtigten Erwartungen, überhaupt nichts gebracht hat. Die Modernisierung der urheberrechtlichen Schranken ist

²⁵¹ Vgl. z.B. Sieber, in: Sieber/ Hoeren: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, S. 9 f., 48 f..

²⁵² Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009, S. 103 f.

²⁵³ Vgl. Leutheusser-Schnarrenberger, Berliner Rede zum Urheberrecht.

http://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2010/20100614_Berliner_Rede_zum_Urheberrecht.html.

²⁵⁴ Leutheusser-Schnarrenberger, Kein Grund zum Kulturpessimismus.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/urheberrecht-kein-grund-zum-kulturpessimismus-11768490.html>.

²⁵⁵ Leutheusser-Schnarrenberger: Kein Grund zum Kulturpessimismus.

²⁵⁶ Vgl. BR-Drs.514/12.

²⁵⁷ Vgl. BT-Drs. 17/11470, S. 11 f.; Siebentes Gesetz zur Änderung des UrhG vom 14.12.2012 (BGBl. I S. 2579).

somit auf dem Stand des „Zweiten Korbes“ stehen geblieben, weiterer Handlungsbedarf scheint insofern für den Gesetzgeber nicht zu bestehen.

2.5 Zwischenergebnis

Angeregt durch den technischen Fortschritt hat sich die Gesellschaft von der Industrie- zur Informationsgesellschaft gewandelt. Da in dieser Informationen und Wissen eine elementare Rolle spielen, hat auch die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft stark zugenommen. Nicht nur der Einzelne, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes ist auf einen möglichst hohen Bildungsstandard und eine innovative und leistungsstarke Wissenschaft angewiesen. Damit Bildung und Wissenschaft ihrer gesteigerten Bedeutung gerecht werden und ihre wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben und Funktionen ausüben können, müssen sie urheberrechtlich geschützte Werke nutzen können. Dazu brauchen sie angemessene und ausgewogene urheberrechtliche Schrankenregelungen, die insbesondere auch der digitalen Welt gerecht werden. Obwohl das UrhG bereits mehrfach novelliert und insbesondere mit den letzten beiden „Urheberrechtskörben“ die Anpassung des UrhG bzw. der Schrankenregelungen an die Bedingungen der digitalen Welt bezweckt wurde, hat es der Gesetzgeber dennoch nicht geschafft, sich vollständig von den in den 1960er Jahren dem UrhG zugrunde gelegten Wertungen zu lösen und stattdessen in angemessenem Maße Wertungen zugrunde zu legen, die im Einklang mit den veränderten technischen und gesellschaftlichen Verhältnissen stehen. Dies hat zur Folge, dass die derzeitigen Schranken nicht den wirklichen Bedürfnissen von Lernenden, Lehrenden oder Wissenschaftlern gerecht werden. Sie berücksichtigen weder vollumfänglich den technischen Fortschritt noch sind sie in der Praxis handhabbar. Infolge unpräziser Regelungen ist häufig keine eindeutige Abgrenzung zwischen erlaubter und unerlaubter Nutzung möglich, teilweise bieten sie nicht einmal Rechtssicherheit, wie z.B. im Fall von § 52a UrhG. Obwohl in der Vergangenheit schon zahlreiche Gerichtsverfahren zur Auslegung von Tatbestandsmerkmalen oder Klärung verschiedener Sachverhalte durchgeführt wurden, konnte sich der Gesetzgeber bislang noch nicht dazu durchringen, die gegenwärtige Situation zu ändern, sondern macht stattdessen weitere Regelungen von zukünftigen Entscheidungen der Judikative abhängig²⁵⁸, was an sich schon fragwürdig ist.

Bildung und Wissenschaft beanstanden im Ergebnis zu recht, durch unzureichende urheberrechtliche Schrankenregelungen an und bei Erfüllung ihrer Aufgaben behindert und gehemmt zu werden. Vor diesem Hintergrund kann die Forderung der Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke durchaus nachvollzogen werden.

²⁵⁸ Vgl. BT-PIPr. 17/204, S. 24972 (D) - 24973 (A).

3. Positionen zur allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Im Folgenden werden die verschiedenen Positionen zur Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke dargestellt. Die Ausführungen berücksichtigen zunächst die Positionen der „klassischen“ Interessensgruppen des UrhG, nämlich die der Nutzer, Urheber und Verwerter. Die Meinungen der Nutzer werden dabei durch die Positionen von Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen repräsentiert. Da die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ganz entschieden von der Politik abhängig ist, folgen im Anschluss die dort vertretenen Ansichten. Um die Debatte auch einmal von einer Perspektive außerhalb der klassischen Interessensgruppen zu betrachten, werden zuletzt die Positionen einiger neutraler Juristen dargestellt.

Infolge des begrenzten Umfangs dieser Arbeit wurde die Darstellung der Positionen auf die jeweils zentralen und tonangebenden Vertreter innerhalb einer Interessengruppe beschränkt. Die deutlich überwiegende Anzahl der Positionen im Nutzerbereich erklärt sich vor allem dadurch, dass sich Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen aus nachvollziehbaren Gründen am zahlreichsten und ausführlichsten zu einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke geäußert haben. Zu beachten ist zudem, dass trotz der grundsätzlich zahlreichen Beteiligung an der Diskussion um eine Novellierung des UrhG, nur solche Positionen berücksichtigt werden konnten, bei denen auch konkret auf eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke oder zumindest die speziellen Schrankenbestimmungen zugunsten Bildung und Wissenschaft Bezug genommen wurde.

3.1 Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen

3.1.1 Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“

Das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“²⁵⁹ (im Weiteren: Aktionsbündnis) hat die Forderung nach einer „Metaschranke [...] für eine freizügige Nutzung von publiziertem Wissen in Bildung und Wissenschaft“²⁶⁰ zuerst formuliert. Schon im Juni 2010, nach der „Berliner Rede zum Urheberrecht“, wurde die Politik öffentlich aufgefordert, „das Urheberrecht um eine spezielle Wissenschaftsschranke oder -klausel zu ergänzen, auch um Klarheit in die vielen undurchsichtigen Schrankenregelungen zu bringen und um Bildung und Wissenschaft den Spielraum zu geben, den

²⁵⁹ Vgl. ausführlich zum Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“: <http://www.urheberrechtsbuendnis.de/index.html.de>.

²⁶⁰ Aktionsbündnis: Stellungnahme des Aktionsbündnisses „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ zur Anfrage des Bundesministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009, S. 3.

sie im Interesse der gesamten Gesellschaft brauchen“²⁶¹. Diese Forderung wurde so-
gleich im Juli 2010 mit einem konkret ausformulierten Normvorschlag unterlegt²⁶².
Nachdem dieser ursprüngliche Normvorschlag Ende 2012 leicht verändert wurde, lautet
die aktuelle Version nun²⁶³:

§ 45b Bildung und Wissenschaft – Version 22.10.2012

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichma-
chung veröffentlichter Werke für Zwecke des eigenen wissenschaftlichen Gebrauchs
und für Bildungszwecke an Schulen, Hochschulen und nicht-gewerblichen Einrich-
tungen der Aus-, Weiter- und Berufsbildung. Die öffentliche Zugänglichmachung im
Sinne von § 19a UrhG ist hierbei nur für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von
Personen zulässig. Satz 1 gilt auch für Zwecke der Dokumentation, Bestandssiche-
rung und Bestandserhaltung durch Einrichtungen wie öffentlich finanzierte Biblio-
theken, Archive, Dokumentationen und Museen. Satz 1 gilt auch für die den wissen-
schaftlichen Gebrauch und die Bildungszwecke unterstützenden Leistungen von in
Satz 3 erwähnten Vermittlungsinstitutionen.

(2) Für die nach Abs. 1, Satz 1 und 2 und 4 zulässige Nutzung steht den Urhebern ei-
ne angemessene Vergütung zu. Vergütungen werden über die Träger der Bildungs-
und Wissenschaftseinrichtungen pauschal geleistet. Der Anspruch kann nur entweder
durch eine Verwertungsgesellschaft oder durch eine andere dazu ermächtigte Stelle
geltend gemacht werden.

(3) Vertragliche Regelungen, die Abs. 1 ausschließen oder einschränken, sind un-
wirksam.

Rechtssystematisch soll die Schranke neu in das UrhG eingefügt werden, z.B. als § 45b
UrhG, um damit die bisherigen auf Bildung und Wissenschaft bezogenen Regelungen
zu ersetzen, insbesondere also §§ 52a, 52b, 53a UrhG und teilweise § 53 UrhG²⁶⁴. Unter
der Voraussetzung, dass auch § 95b UrhG entsprechend angepasst würde, könnte in der
Folge nicht nur wissenschaftliche Literatur in vollem Umfang ohne kleinteilige Ein-
schränkungen genehmigungsfrei für den eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, für nicht
gewerbliche Bildungszwecke und für Vermittlungsleistungen von Kultureinrichtungen
wie z.B. Bibliotheken, genutzt werden, sondern gleichzeitig würden auch alle derzeit
bestehenden Rechtsunsicherheiten beseitigt²⁶⁵. Die vorgeschlagene vergütungsfreie
Nutzung durch Einrichtungen wie Bibliotheken, Archive etc. wird damit begründet,
dass die genutzten Werke ansonsten zweimal vergütet würden - zunächst beim Erwerb,

²⁶¹ Aktionsbündnis: Pressemitteilung 03/10 vom 15.06.2010.

²⁶² Vgl. zum Normvorschlag 2010: Aktionsbündnis: Pressemitteilung 06/10 vom 06.07.2010.

²⁶³ Im Folgenden: Kuhlen, Bibliothek 2013, 42.

²⁶⁴ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, 40.

²⁶⁵ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, 40 ff.

dann bei der Nutzung²⁶⁶. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass wissenschaftliche Publikationen in der Regel ohnehin Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung sind und deshalb der Öffentlichkeit auch wieder kostenfrei zur Verfügung gestellt werden sollten²⁶⁷. Der Normvorschlag steht nach Meinung des Aktionsbündnisses rechtlich voll im Einklang mit der InfoSoc-RL, insbesondere mit Art. 5 III a InfoSoc-RL und Erwägungsgrund 42 InfoSoc-RL²⁶⁸.

3.1.2 Allianz der Wissenschaftsorganisationen

Auch die Allianz der Wissenschaftsorganisationen²⁶⁹ (im Weiteren: Allianz) befürwortet die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke, da die komplizierten derzeitigen Schrankenregelungen nicht nur den wissenschaftlichen Arbeitsalltag erheblich erschweren, sondern auch eine schnelle Wissenschaftskommunikation behindern und dadurch die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit der Wissenschaft aushöhlen und verletzen²⁷⁰. Zur Verbesserung dieser Situation kommen für die Allianz zwei mögliche Lösungswege in Betracht:

Zunächst könnten die bildungs- und wissenschaftsbezogenen Schrankenregelungen, insbesondere die §§ 46, 47, 51, 52a, 52b, 53, 53a UrhG, in einem neuen § 45b UrhG zusammengefasst werden²⁷¹. Dazu wird folgender Formulierungsvorschlag zur Diskussion gestellt²⁷²:

§ 45b Wissenschaftlicher Gebrauch und Bildung (1. Variante)

(1) Für Zwecke des eigenen wissenschaftlichen Gebrauchs und der Bildung ist zulässig

1. zur Veranschaulichung des Unterrichts in Schulen, Hochschulen, in nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie in Einrichtungen der Berufsbildung in der für die Unterrichtsteilnehmer erforderlichen Anzahl oder
2. für staatliche Prüfungen und Prüfungen in Schulen, Hochschulen, in nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie in der Berufsbildung in der erforderlichen Anzahl
3. für Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung,
– einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen,

²⁶⁶ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, 41.

²⁶⁷ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, 41.

²⁶⁸ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, 40.

²⁶⁹ Vgl. ausführlich zur Allianz der Wissenschaftsorganisationen, z.B. <http://www.hrk.de/allianz/ueber-die-allianz/>.

²⁷⁰ Vgl. Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 2.

²⁷¹ Vgl. Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 8.

²⁷² Im Folgenden: Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 8 ff.; Müller, ZfBB 2010, 251.

– die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe eines veröffentlichten Werkes zum Zwecke des Zitats, sofern die Nutzung in ihrem Umfang durch den besonderen Zweck gerechtfertigt ist. Zulässig ist dies insbesondere, wenn

1. einzelne Werke nach der Veröffentlichung in ein selbständiges wissenschaftliches Werk zur Erläuterung des Inhalts aufgenommen werden,

2. Stellen eines Werkes nach der Veröffentlichung in einem selbständigen Sprachwerk angeführt werden,

– veröffentlichte Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften ausschließlich für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen für deren eigene wissenschaftliche Forschung öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zu dem jeweiligen Zweck geboten und zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist.

– auf Einzelbestellung die Vervielfältigung und Übermittlung einzelner in Zeitungen und Zeitschriften erschienener Beiträge sowie erschienene Werke oder Teile davon im Wege des Post- oder Faxversands und in sonstiger elektronischer Form durch öffentliche Bibliotheken, sofern die Nutzung durch den Besteller nach § 53 zulässig ist.

(2) Die Vervielfältigung eines nach Art oder Umfang wesentlichen Teils einer Datenbank ist zulässig zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und der wissenschaftliche Gebrauch nicht zu gewerblichen Zwecken erfolgt.

(3) Vertragliche Regelungen, die urheberrechtliche Schranken für Bildung und Wissenschaft ausschließen, sind unwirksam.

(4) Für Nutzungen zum wissenschaftlichen Gebrauch und für Bildungszwecke ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Die Allianz argumentiert, dass eine solche Regelung nicht nur die in den derzeitigen Schranken bestehenden Mängel und Versäumnisse für Bildung und Wissenschaft korrigieren, sondern auch Transparenz und Rechtssicherheit schaffen würde²⁷³. Sie führt weiter aus, dass die vorgeschlagene Zusammenführung von Schranken weder gegen die Systematik des UrhG verstößt, da gruppenbezogene Schrankenregelungen bereits in §§ 45, 45a UrhG zu finden seien, noch gegen höherrangiges europäisches Recht in Gestalt der InfoSoc-RL, da es lediglich um die Zusammenführung bereits bestehender Regelungen des UrhG gehe. Nach Ansicht der Allianz liegt auch kein Verstoß gegen Erwägungsgrund 30 InfoSoc-RL vor, da dieser zwar vertragliche Lizenzverträge zulasse,

²⁷³ Vgl. Allianz: Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 8, 10.

diese aber nicht zwingend vorschreibe - deshalb stehe es den Mitgliedstaaten frei, in bestimmten Fällen den Vorrang vertraglicher Regelungen ausdrücklich auszuschließen²⁷⁴.

Daneben eröffnet sich für die Allianz aus Art. 5 III a InfoSoc-RL ein weiterer Lösungsansatz, da die Norm die Ermächtigung erhalte, eine eigene Schranke zugunsten Bildung und Wissenschaft als Ergänzung in das UrhG einzufügen²⁷⁵. In systematischer Hinsicht würde eine solche Schranke zusätzlich zu den weiterhin bestehenden derzeitigen Schrankenregelungen als neue Regelung, „an anderer Stelle im Gesetz“²⁷⁶ hinzugefügt und dann als generalklauselartiger Auffangtatbestand den Bedürfnissen von Bildung und Wissenschaft „in ganz besonderer Weise“²⁷⁷ entgegenkommen. Auch hierfür präsentiert die Allianz einen Normvorschlag²⁷⁸:

§ 45b Wissenschaftlicher Gebrauch und Bildung (2. Variante)

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung veröffentlichter Werke für Zwecke des eigenen wissenschaftlichen Gebrauchs und für Bildungszwecke an Schulen, Hochschulen und nicht-gewerblichen Einrichtungen der Aus-, Weiter- und Berufsbildung. Die öffentliche Zugänglichmachung im Sinne von § 19a UrhG ist hierbei nur für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen zulässig. Satz 1 gilt auch für Zwecke der Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung in Bildung und Wissenschaft, insbesondere auch für den wissenschaftlichen Gebrauch und die Bildungszwecke unterstützenden Leistungen von Vermittlungsinstitutionen wie öffentlich finanzierte Bibliotheken, Archive, Dokumentationen und Museen.

(2) Für die nach Abs. 1 zulässige Nutzung steht den Urhebern eine angemessene Vergütung zu. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

(3) Vertragliche Regelungen, die Abs.1 ausschließen oder einschränken, sind unwirksam.

3.1.3 Deutscher Bibliotheksverband e.V.

Der Deutsche Bibliotheksverband (im Weiteren: dbv) unterstützt die Forderungen von Aktionsbündnis und Allianz zur Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke, da die derzeitigen Schrankenregelungen keinen „angemessenen Aus-

²⁷⁴ Vgl. Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 8, 10.

²⁷⁵ Vgl. Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 10; Müller, ZfBB 2010, 251 f.

²⁷⁶ Vgl. Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 10.

²⁷⁷ Allianz: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb, S. 10.

²⁷⁸ Im Folgenden: Müller, ZfBB 2010, 251 f.

gleich zwischen den Rechten der Urheber und den Bedürfnissen der Gesellschaft auf Zugang und Nutzbarkeit²⁷⁹ urheberrechtlich geschützter Werke schaffen. Er argumentiert, dass Bibliotheken eine ihrer ureigenen Aufgaben, nämlich Wissenschaftler und Forscher mit den notwendigen Informationen zu versorgen, nicht erfüllen bzw. nicht in dem Maße gerecht werden können, „wie es - auch mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Urheber - möglich wäre“²⁸⁰.

Die konkreten Normvorschläge des Aktionsbündnisses bzw. der Allianz hält der dbv für „sinnvoll“²⁸¹, da eine Zusammenfassung der bisherigen verstreuten Einzelregelungen in einer pauschalen Erlaubnis für bestimmte Nutzungsformen nicht nur besser und flexibler wäre, sondern auch mehr Rechtssicherheit schaffen würde²⁸².

3.1.4 Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur

Auch die von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder eingesetzte „Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur“²⁸³ (im Weiteren: KII) kommt zu dem Ergebnis, dass es notwendig ist, die Schrankenbestimmungen für Bildung und Wissenschaft, insbesondere die §§ 52 ff. UrhG, zu novellieren, um erweiterte und durchsetzungsstarke Regelungen zu schaffen²⁸⁴.

Nachdem die KII die Informationsinfrastruktur in Deutschland im Hinblick auf Effektivität und Effizienz untersucht hat, um festzustellen, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen und strukturelle Veränderungen notwendig sind, um auch in Zukunft eine optimale Unterstützung der wissenschaftlichen Nutzer zu gewährleisten²⁸⁵, stellte sie in ihrem im April 2011 erschienenen „Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland“ fest, dass die derzeitigen Schrankenregelungen so eng gefasst sind, dass sie Bildung und Wissenschaft im Ergebnis kaum begünstigen und sich zudem individuelle Lizenzverhandlungen mit den Rechteinhabern, insbesondere den Verlagen, in der Praxis häufig schwierig gestalten²⁸⁶. Daraus schlussfolgerte sie, dass es für die optimale Unterstützung der wissenschaftlichen Nutzer dringend notwendig sei, die rechtlichen Rahmenbedingungen des UrhG im Hinblick auf den zeitgemäßen elektronischen Austausch wissenschaftlicher Informationen und Daten zu verbessern²⁸⁷.

²⁷⁹ dbv: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

²⁸⁰ dbv: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

²⁸¹ dbv: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

²⁸² dbv: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren, S. 1.

²⁸³ Vgl. ausführlich zur Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII): z.B.

<http://www.leibniz-gemeinschaft.de/infrastrukturen/kii/>

²⁸⁴ Vgl. KII: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. 47 Rn. 1030.

²⁸⁵ Vgl. KII: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. 6.

²⁸⁶ Vgl. KII: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. B 17.

²⁸⁷ Vgl. KII: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland, S. 6, 47 Rn. 1030, B17.

Infolge des von der KII veröffentlichten Gesamtkonzeptes empfahl im Juli 2012 schließlich auch der Wissenschaftsrat, das UrhG, unter Beachtung der Allianzdesiderate, wissenschaftsfreundlicher zu novellieren²⁸⁸.

3.1.5 Deutscher Kulturrat

Der deutsche Kulturrat²⁸⁹ (im Weiteren: Kulturrat) spricht sich weder ausdrücklich für noch gegen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus, sondern stellt zunächst einmal klar, dass „der Schutz des Urhebers und seines Werkes sowie sein Recht, über das Ob und Wie der Nutzung zu entscheiden, ein unverrückbarer Grundsatz des Urheberrechts ist“²⁹⁰. Gleichzeitig erkennt er jedoch an, dass neue geistige Erkenntnisse unweigerlich die Auseinandersetzung mit fremdem Gedankengut voraussetzen und deshalb die Möglichkeit zur freien Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke im Rahmen eines ausdifferenzierten Schrankenataloges gewährleistet sein muss²⁹¹. Da die geltenden Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft jedoch auch nach den letzten Novellierungen „weiterhin umstritten“²⁹² sind, verlangt auch der Kulturrat nachdrücklich, „die Schrankenregelungen zu Gunsten von Bildung und Wissenschaft auf eine mögliche Vereinfachung hin zu überprüfen und [...] neue Lizenzierungs- und Vergütungsmodelle zu diskutieren“²⁹³. Er mahnt jedoch, dabei nicht die angemessene Vergütung für die Urheber zu vergessen²⁹⁴.

3.1.6 Kultusministerkonferenz

Auch die KMK tritt nachdrücklich für die Schaffung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ein, da angesichts des globalen Wettbewerbs und der zunehmend wissensbasierten Wirtschaft die besonderen Anforderungen von Bildung und Wissenschaft „stärker in den Mittelpunkt des deutschen Urheberrechts gerückt werden müssen“²⁹⁵. Um zu verhindern, „dass Bildungseinrichtungen [...] nicht unverhältnismäßig von der dynamischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien abgekoppelt werden und die Vermittlung von Medienkompetenz an Bildungseinrichtungen nicht behindert wird“²⁹⁶, fordert die KMK nicht nur dazu auf, die neuen technischen Möglichkeiten entsprechend zu berücksichtigen, sondern gleichzeitig auch „den Paradigmenwechsel von einer kleinteilig-restriktiven Schrankensysteme-

²⁸⁸ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020, S. 50.

²⁸⁹ Vgl. ausführlich zum Deutschen Kulturrat: <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=170&rubrik=1>.

²⁹⁰ Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts, S. 3.

²⁹¹ Vgl. Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts, S. 3.

²⁹² Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts, S. 3.

²⁹³ Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts, S. 3.

²⁹⁴ Vgl. Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts, S. 3 f.

²⁹⁵ Pflüger, ZUM 2010, 939.

²⁹⁶ Pflüger, ZUM 2010, 939.

matik zu einer großzügig-dynamischen Schrankenregelung zu vollziehen“²⁹⁷. Dazu sollten, nach Ansicht der KMK, die geltenden Regelungen der §§ 52a, 52b, 53a UrhG, die immer kleinteiliger geworden und in der Praxis kaum zu gebrauchen sind, „durch eine generalklauselartig gefasste einheitliche Schrankenregelung für die Bereiche Bildung und Wissenschaft“²⁹⁸ ersetzt werden. Die KMK schlägt deshalb vor, die bisherigen Einzeltatbestände in einem neuen § 52a UrhG zusammenzufassen und präsentiert dafür folgenden Normvorschlag²⁹⁹:

§ 52a UrhG (neu)

(1) Die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung eines veröffentlichten Werkes durch öffentliche Einrichtungen, denen Aufgaben in Bildung, Wissenschaft und Kultur übertragen sind, ist zulässig, soweit dies im Rahmen ihrer Aufgabenstellung gerechtfertigt und zur Verfolgung nichtkommerzieller Zwecke geboten ist. Die §§ 27, optional (Vorschlag BR: Beschluss vom 19.05.2006 – Drucksache 257/06): 38 und 53 bleiben unberührt.

(2) Zulässige Zwecke im Sinne von Abs. 1 Satz 1 sind Nutzungen im Rahmen von

1. Unterricht und Forschung,
2. Fort- und Weiterbildung,
3. Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung.

(3) Für die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung nach den Absätzen 1 und 2 Nr.1 und 2 ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Bei der Angemessenheit der Vergütung sind die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Rechteinhaber zu berücksichtigen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Die KMK weist darauf hin, dass ihr Normvorschlag nicht gegen den Dreistufentest nach Art. 5 V InfoSoc-RL verstößt, da er inhaltlich nicht zu weit gehe, sondern genügend Raum lasse, „um situativ und sachgerecht auf die raschen Veränderungen der tatsächlichen Umstände reagieren zu können“³⁰⁰. Zudem führt sie an, dass auch bei der Auslegung ihres Normtextes die Vorgaben von Art. 5 II, III InfoSoc-RL beachtet werden können, indem sie je nach Sachverhalt eher weit oder eng auszulegen seien³⁰¹. Des Weiteren macht die KMK geltend, dass die durch die derzeitigen Schrankenregelungen privilegierten Einrichtungen „hervorragende und für Urheber bzw. Rechteinhaber kostenlose Werbeplattformen sind“³⁰² und sich daher aus den derzeitigen Schranken ohne-

²⁹⁷ Pflüger, ZUM 2010, 939.

²⁹⁸ Pflüger, ZUM 2010, 943.

²⁹⁹ Vgl. auch im Folgenden: Pflüger, ZUM 2010, 944.

³⁰⁰ Pflüger, ZUM 2010, 944.

³⁰¹ Vgl. Pflüger, ZUM 2010, 944.

³⁰² Pflüger, ZUM 2010, 944.

hin keine nachteilige Primärmarktrelevanz ergeben könne. Durch die Zusammenfassung der bisherigen Schranken würden außerdem „die rechtlichen Voraussetzungen für eine effiziente und entbürokratisierte Aushandlung der Vergütungspflicht geschaffen, die allen Beteiligten, insbesondere aber den Werkschöpfern, zugutekäme“³⁰³.

3.2 Urheber

3.2.1 Initiative Urheberrecht

Die Initiative Urheberrecht³⁰⁴ lehnt die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ab.

In ihrem Positionspapier zum Urheberrecht erklärt die Initiative Urheberrecht, dass sie „einer Ausweitung oder Ergänzung der Schrankenregelungen im Urheberrecht grundsätzlich kritisch gegenüber“³⁰⁵ steht, aber dennoch grundsätzlich bereit ist, „über sinnvolle und sachlich gebotene Ergänzungen der Schranken zu sprechen“³⁰⁶.

Im Hinblick auf die Einführung neuer Schrankenregelungen weist die Initiative Urheberrecht zunächst darauf hin, dass wegen Art. 5 InfoSoc-RL gar kein rechtlicher Handlungsspielraum für den deutschen Gesetzgeber eröffnet ist und insofern neue Schrankenregelungen „allenfalls auf europäischer Ebene [...] geschaffen werden“³⁰⁷ können. Des weiteren stellt sie klar, dass sie die Einführung einer Fair-Use-Klausel nach US-amerikanischem Recht ablehnt, da der kostenlose Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken aus ihrer Sicht keinen zwingenden sachlich gebotenen Grund für einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Urheber darstellt³⁰⁸. Ihre Ablehnung untermauert sie mit dem Hinweis auf die Rechtsunsicherheit, die sich aus solch einer offenen Generalklausel ergeben kann und die nach ihrer Ansicht auch nicht dadurch gemindert wird, dass sich „lang- oder mittelfristig [...] eine bestimmte gefestigte Rechtsprechung herausbilden wird“³⁰⁹. Zudem verweist die Initiative Urheberrecht auf die im Zusammenhang mit der Google-Book-Search gewonnene „Erfahrung, dass große Verwerter [...] aufgrund ihrer Finanzkraft jede Generalklausel zu ihren Gunsten verwenden können, und sei es nur, dass lange Verfahrenszeiten genutzt werden, um Fakten zu schaffen“³¹⁰.

Im Hinblick auf die urheberrechtlichen Schrankenregelungen zugunsten Bildung und Wissenschaft führt die Initiative Urheberrecht weiterhin aus, dass sie „jegliche Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts wissenschaftlicher Autoren ab[lehnt], die mit

³⁰³ Pflüger, ZUM 2010, 944.

³⁰⁴ Vgl. ausführlich zur Initiative Urheberrecht: <http://www.urheber.info/initiative-urheberrecht>.

³⁰⁵ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 12.

³⁰⁶ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 12.

³⁰⁷ Initiative Urheberrecht: Positionspapier vom November 2012, S. 13.

³⁰⁸ Vgl. Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 12 f.

³⁰⁹ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 14.

³¹⁰ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 14.

dem Ziel der Vereinfachung des Zugangs zu wissenschaftlicher Literatur vorgenommen werden soll³¹¹. Sie stellt zudem fest, dass schon die derzeitigen Regelungen „eine relativ großzügige Nutzung von Werken in Ausbildung, Forschung und Wissenschaft“³¹² erlauben und weitergehende Regelungen deswegen „weder erforderlich noch vertretbar“³¹³ sind.

Allenfalls im Hinblick auf einzelne Schranken signalisiert die Initiative Urheberrecht Offenheit für eine Novellierung: So hält sie die Überarbeitung von §§ 52a, 52b UrhG dann für sinnvoll, wenn dadurch für Bildung und Wissenschaft eine zeitgemäße und moderne Unterrichtsgestaltung und Kommunikation ermöglicht wird und Urheber sowie Verleger weiterhin eine angemessene Vergütung erhalten³¹⁴. Und auch im Bereich von § 53 III Nr.2 2 UrhG, dem Verbot der Vervielfältigung von Schulbüchern für Unterrichtszwecke, sowie im Bereich von § 53 IV a UrhG, dem Verbot der Vervielfältigung grafischer Aufzeichnungen von Werken der Musik, steht sie einer Auflockerung positiv gegenüber, soweit dadurch dringende sachliche Bedürfnisse der Nutzer berücksichtigt werden sollen³¹⁵.

3.2.2 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Die „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ (im Weiteren: ver.di)³¹⁶ lehnt die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ebenfalls ab.

Im Rahmen der Urheberrechtsdiskussion setzt sich ver.di vornehmlich für die Interessen der Urheber ein, was auch schon aus dem Titel ihres Positionspapieres, „Urheber first“³¹⁷, deutlich wird. Zugunsten dieser strebt ver.di vor allem faire Finanzierungsmodelle an, die weder die Urheberpersönlichkeitsrechte noch die Verwertungsrechte, insbesondere die materiellen Vergütung, beeinträchtigen³¹⁸. Ganz entschieden lehnt ver.di die Einführung einer Schrankengeneralklausel nach dem Vorbild der Fair-Use-Doktrin des US-amerikanischen Rechts ab, da diese die kostenlose Werknutzung von urheberrechtlich geschützten Werken vorsieht und insofern, nach Ansicht von ver.di, „zu unbestimmt“³¹⁹ ist, um entsprechend ins deutsche Urheberrecht übernommen zu werden. Damit Bildungseinrichtungen urheberrechtlich geschützte Werke nutzen und insbeson-

³¹¹ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 15.

³¹² Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 16.

³¹³ Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 16.

³¹⁴ Vgl. Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 16.

³¹⁵ Vgl. Initiative Urheberrecht: Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit, S. 16.

³¹⁶ Ver.di gehört nicht automatisch zur Interessensgemeinschaft der Urheber, da grundsätzlich die Interessen von Dienstleistenden aus ganz verschiedenen Fachbereichen vertreten werden, nicht nur aus den Branchen Medien, Kunst und Industrie, sondern auch aus den Branchen Bildung, Wissenschaft und Forschung. Vgl. <http://www.verdi.de/ueber-uns/organisation/++co++2ab3bae6-b914-11e0-6fc7-00093d114afd>.

³¹⁷ Vgl. ver.di: Urheber first, S. 1.

³¹⁸ Vgl. ver.di: Urheber first, S. 5.

³¹⁹ ver.di: Urheber first, S. 5.

dere auch die dafür angemessene Vergütung an die Urheber leisten können, sollten diese vor allem besser finanziell besser ausgestattet werden³²⁰.

3.3 Verwerter

3.3.1 Börsenverein des deutschen Buchhandels

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels (im Weiteren: Börsenverein) spricht sich nachdrücklich gegen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus.

Zwar hält auch der Börsenverein eine Novellierung des UrhG zur Schaffung von klaren und eindeutigen Gesetzesformulierungen und -begründungen für notwendig³²¹, eine Ausweitung der Schrankenregelungen, insbesondere die Schaffung neuer Schranken, kommt für ihn jedoch nicht Betracht. Er argumentiert, dass sich viele Verlage schon durch die derzeitigen Schrankenregelungen in ihren Geschäftsmodellen und damit auch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlen und der Gesetzgeber insofern, statt die Schranken im Bildungsbereich auszuweiten, vielmehr die bestehenden Schranken beschneiden sollte, um so dafür zu sorgen, dass vermehrt privates Kapital in die Schaffung attraktiver digitaler Inhalte für Bildungsinteressierte fließen kann³²². Unabhängig davon, macht der Börsenverein angesichts der bestehenden Streitigkeiten über die angemessene Vergütung i.S.v. § 52a UrhG die Ausweitung von bestehenden Schranken bzw. die Einführung neuer Schranken zumindest von der „vorherigen Verständigung auf eine angemessene Vergütung abhängig“³²³.

Im Übrigen weist der Börsenverein darauf hin, dass die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 III 1 GG durch die geltenden Schrankenregelungen gerade nicht verletzt ist, da die bestehenden urheberrechtlichen Schranken für Bildung und Wissenschaft auch im digitalen Zeitalter völlig ausreichend sind und zusätzlich durch zahlreiche kommerzielle Verlagsangebote ergänzt werden³²⁴. Er ist der Ansicht, dass Defizite beim Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen vielmehr auf die Reduzierung von Forschungsfördermitteln oder Bibliotheksanschaffungsetats zurückzuführen sind³²⁵.

Im Hinblick auf die erste Variante des von der Allianz eingebrachten Normvorschlags³²⁶ entgegnet der Börsenverein zunächst, dass dieser Vorschlag keinen Zugewinn an Transparenz oder Rechtssicherheit für wissenschaftliche Nutzer biete, da auch diese

³²⁰ Vgl. ver.di: Urheber first, S. 5.

³²¹ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Dritter Korb, S. 1.

³²² Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Dritter Korb, S. 1.

³²³ Börsenverein: Stellungnahme Enquete-Kommission, S. 4.

³²⁴ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 3; Börsenverein: Stellungnahme Enquete-Kommission, S. 4 f.

³²⁵ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 3.

³²⁶ Vgl. unter 3.1.2.

Formulierungen verschachtelt, unübersichtlich und schwer verständlich sind³²⁷. Außerdem weist der Börsenverein darauf hin, dass der Vorschlag nicht den Regelungsgehalt sämtlicher derzeitiger Schranken für Bildung und Wissenschaft erfasst und zudem wichtige ausgleichende Elemente zum Schutz des Urhebers vermissen lässt, die jedoch nach verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und internationalen Vorgaben zum Urheberrecht notwendig sind³²⁸.

Konkret beanstandet der Börsenverein, dass in § 45b I Nr.3 des Vorschlages berechnete Einschränkungen zugunsten der Urheber fehlen, die in den derzeit geltenden §§ 52a II, 53 UrhG jedoch enthalten sind³²⁹. Darüber hinaus macht er geltend, dass in § 45b I Nr.3 vierter Spiegelstrich des Normvorschlages keine der derzeitigen Regelung des § 53a UrhG entsprechende Nutzungseinschränkung bei vorhandenen digitalen Verlagsangeboten vorgesehen ist und insofern ein unverhältnismäßiger Eingriff in den Primärmarkt gegeben ist³³⁰. Zudem bemängelt der Börsenverein, dass in § 45b II des Entwurfs die nach § 87c I 2 UrhG bestehende Pflicht zur deutlichen Angabe der vervielfältigten Datenbank fehlt³³¹. Schließlich weist er darauf hin, dass auch § 45b III des Vorschlages im Bildungs- und Wissenschaftsbereich unzulässig in den Primärmarkt der Urheber und Verlage eingreifen könnte³³². Insgesamt hält der Börsenverein den Entwurf der Allianz weder für sachgerecht noch von der InfoSoc-RL gedeckt³³³.

Auch die von der Allianz vorgeschlagene zweite Variante für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke in Form einer zusätzlichen generalklauselartigen Auffangschranke für Bildung und Wissenschaft, lehnt der Börsenverein entschieden ab und verweist darauf, dass nach den Erfahrungen mit der Fair-Use-Doktrin des US-amerikanischen Rechts zu befürchten ist, dass „die Streichung definierter Einzelregelungen zugunsten einer Generalklausel eine hohe Rechtsunsicherheit bei Urhebern wie Nutzern und eine erhebliche Zunahme von Rechtsstreitigkeiten hervorrufen würde“³³⁴. Im Übrigen führt er an, dass veränderte rechtliche Rahmenbedingungen sich nicht nur negativ auf Bestand und Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Verlagen auswirken können, sondern letztlich auch zu Mehrkosten im System und Ineffizienzen führen würden³³⁵.

³²⁷ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 13.

³²⁸ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 13.

³²⁹ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 13 f.

³³⁰ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 14.

³³¹ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 14.

³³² Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 15.

³³³ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 15.

³³⁴ Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 16.

³³⁵ Vgl. Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier, S. 16.

3.3.2 Verwertungsgesellschaft Wort

Auch die VG Wort ist gegen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

In ihrem Positionspapier zum Urheberrecht macht die VG Wort geltend, dass die derzeitigen Schrankenregelungen auch in der digitalen Welt „die schutzwürdigen Interessen des Urhebers mit den Interessen der Allgemeinheit in angemessener Weise in Ausgleich bringen“³³⁶. Da „insbesondere die Möglichkeit der freien Benutzung genügend Spielraum [lässt], neue Werke zu schaffen, die auf vorhandenen Werken aufbauen“³³⁷, sind die Nutzerinteressen bereits ausreichend berücksichtigt. Gerade im Hinblick auf Nutzerinteressen bringt die VG Wort des Weiteren vor, dass diese zwar grundsätzlich auch im UrhG berücksichtigt werden können, diese jedoch „nicht selbst als Schutzgegenstand des Urheberrechts angesehen werden“³³⁸.

Eine neue Schrankenregelung nach dem Vorbild der Fair-Use-Doktrin lehnt die VG Wort unter Hinweis auf die daraus resultierenden Rechtsunsicherheiten und die fehlende Vergütungsregelung entschieden ab, denn „Fair-Use ist nicht fair“³³⁹.

3.4 Politik

3.4.1 Bundesregierung

Die derzeitige Bundesregierung ist ganz offensichtlich nicht für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

Schon im 2009 geschlossenen Koalitionsvertrag hat es die Bundesregierung unterlassen, in irgendeiner Form auf die bereits während des Gesetzgebungsverfahrens zum „Zweiten Korb“ geforderte stärkere Berücksichtigung der Belange von Bildung und Wissenschaft im UrhG, einzugehen³⁴⁰. In ihrer „Berliner Rede zum Urheberrecht“ hat die Bundesjustizministerin zudem deutlich gemacht, dass es für sie im Rahmen einer Nachbesserung des UrhG vor allem um den Schutz des Urhebers gehen müsse³⁴¹. Diese Meinung vertritt auch der Kulturstatsminister der Bundesregierung. In seinem Positionspapier zum Urheberrecht stellt er fest, dass es bei der Entwicklung eines Urheberrechts für das digitale Zeitalter vor allem auf eine Stärkung der Urheberrechte ankomme³⁴². Im Hinblick auf die Nutzer bemerkt er lediglich: „Den Belangen der Nutzer tragen fein abgewogene Ausnahmeregelungen Rechnung“³⁴³. Eine Erweiterung des UrhG hält er

³³⁶ VG Wort: Positionspapier zum Urheberrecht, S. 1.

³³⁷ VG Wort: Positionspapier zum Urheberrecht, S. 1.

³³⁸ VG Wort: Positionspapier zum Urheberrecht, S. 2.

³³⁹ VG Wort: Positionspapier zum Urheberrecht, S. 2.

³⁴⁰ Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009, S. 103 f.; BT-Drs. 16/5939, S. 26; BR-Drs. 582/07 (B), S. 3.

³⁴¹ Vgl. Leutheusser-Schnarrenberger, Berliner Rede zum Urheberrecht.

³⁴² Vgl. Neumann, „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“, S. 2.

³⁴³ Neumann, „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“, S. 2.

ausschließlich für digitale Kopien im Rahmen der digitalen Langzeitarchivierung zum Erhalt des kulturellen Erbes für angebracht³⁴⁴.

Erst in ihrem Gastkommentar in der Frankfurt Allgemeinen Zeitung hat sich die Bundesjustizministerin ganz konkret mit einer Schrankenregelung in Form einer Fair-Use Regelung nach US-amerikanischem Vorbild auseinander gesetzt und stellte dazu fest, dass „mit den heutigen europäischen Vorgaben [...] „fair use“ allerdings nicht machbar“³⁴⁵ ist. Zur Begründung verweist sie auf die für die mitgliedstaatlichen Schrankenregelungen abschließenden Vorgaben des Art. 5 InfoSoc-RL, in denen keine allgemeine Verweisung „auf einen „fair-use“ urheberrechtlich geschützter Inhalte“³⁴⁶ zu finden sei, und stellt insofern fest, dass die Modernisierung des deutschen UrhG auch immer von der europäischen Rechtsentwicklung abhängig sei³⁴⁷.

3.4.2 Bundestag

3.4.2.1 Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Die im Mai 2010 vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“, in der fast drei Jahre lang politische Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland ausgearbeitet wurden³⁴⁸, spricht sich angesichts der unzureichenden urheberrechtlichen Schrankenregelungen für Bildung und Wissenschaft dafür aus, zumindest zu prüfen, ob nicht im UrhG eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke, welche die bestehenden Schrankenprivilegierungen für Wissenschaft und Forschung zusammenfasst, verankert werden soll, um dadurch die Nutzung und Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen erheblich zu verbessern³⁴⁹.

Innerhalb der Enquete-Kommission beschäftigten sich zwei verschiedene Projektgruppen mit den bildungs- und wissenschaftsbezogenen Schrankenregelungen: Zunächst wurden sie im Rahmen allgemeiner urheberrechtlicher Aspekte von der Projektgruppe „Urheberrecht“ beleuchtet, später setzte sich dann auch die Projektgruppe „Bildung und Forschung“ damit auseinander.

Nachdem die Projektgruppe „Urheberrecht“ verschiedene Sachverständige angehört und sich ausführlich innerhalb der Projektgruppe mit den Herausforderungen des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft auseinander gesetzt hatte, lokalisierte sie in ihrem Abschlussbericht³⁵⁰ zunächst verschiedene Problemfelder, die sich angesichts der digitalen Welt im Bereich des Urheberrechts ergeben haben. Im Hinblick auf die derzeit

³⁴⁴ Vgl. Neumann, „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“, S. 5 f.

³⁴⁵ Leutheusser-Schnarrenberger: Kein Grund zum Kulturpessimismus.

³⁴⁶ Leutheusser-Schnarrenberger: Kein Grund zum Kulturpessimismus.

³⁴⁷ Vgl. Leutheusser-Schnarrenberger: Kein Grund zum Kulturpessimismus.

³⁴⁸ Vgl. ausführlich zur Enquete-Kommission: BT-Drs. 17/950; BT-Drs. 17/12550, S. 1-16.

³⁴⁹ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 90 f.

³⁵⁰ Der Abschlussbericht heißt zwar etwas missverständlich „Dritter Zwischenbericht“ - ist aber als Endbericht anzusehen. Vgl. BT-Drs. 17/12550, S. 6.

geltenden Schrankenregelungen kristallisierte die Projektgruppe dabei als problematisch heraus, dass die Schranken derzeit weder den neuen technischen Möglichkeiten noch dem tatsächlichen Nutzungsbedarf der Nutzer entsprechen, vor allem nicht im Bildungs- und Wissenschaftsbereich³⁵¹. Als mögliche Ursache für dieses Problemfeld führte die Projektgruppe an, dass die urheberrechtliche Regelungen, die ursprünglich auf eine analoge Welt zugeschnitten waren, nun zwar auf die digitale Welt übertragen worden sind, die digitalen Anwendungsmöglichkeiten aber hauptsächlich dort berücksichtigt wurden, „wo dies zu einer Stärkung der Position der Rechteinhaber führte“³⁵². Die Projektgruppe hat insofern daran erinnert, dass noch zu prüfen sei, „ob die Schranken auch im digitalen Zeitalter und insbesondere für Nutzungen im Internet ihren Zweck noch hinreichend erfüllen“³⁵³. Auch die Diskussion um eine Wissenschaftsschranke hat die Projektgruppe als Problemfeld mitaufgenommen. Dazu führte sie aus, dass im heutigen digitalen Zeitalter zwar eine schnelle und direkte wissenschaftliche Literaturversorgung mögliche wäre, diese aber aufgrund der derzeitigen Schrankenregelungen für Bildung und Wissenschaft nur beschränkt attraktiv für die Wissenschaftler sind und die wissenschaftliche Literaturversorgung in Deutschland deshalb „deutlich hinter den technischen Möglichkeiten und auch dem weltweitem Standard der Wissenschaftskommunikation“³⁵⁴ herhinkt. Sie wies zudem darauf hin, dass sich auf diesem Feld scheinbar unüberbrückbar die gegensätzlichen Interessen der Verlagsindustrie und der wissenschaftlichen Interessensverbände, wie z.B. Aktionsbündnis und Allianz, gegenüberstehen³⁵⁵. Die damit in engem Zusammenhang stehende Diskussion, eine generalklauselartige Schrankenregelung nach dem Vorbild der US-amerikanischen Fair-Use Doktrin einzuführen, um damit die aus dem rasanten technischen Fortschritt resultierenden Schrankenprobleme zu lösen, nahm die Projektgruppe ebenfalls als Problemfeld mit auf³⁵⁶. Im Rahmen des Problemfeldes „Technikfestigkeit der Schranken“ hielt die Projektgruppe fest, dass angesichts der „Schieflage beim Einsatz von digitalen Schutzmaßnahmen“³⁵⁷ auch geprüft werden müsse, „wie sichergestellt werden kann, dass die Schranken - auch mögliche zukünftig zu schaffende - nicht leer laufen“³⁵⁸. Als letztes Problemfeld im Bereich der Schrankenregelungen stufte die Projektgruppe die Vorschrift der Privatkopie nach § 53 I 1 UrhG ein, da sie nicht nur stark umstritten, sondern auch schwer verständlich ist³⁵⁹. Im Anschluss an die Analyse der Problemfelder gab die Projektgruppe konkrete Handlungsempfehlungen. Dabei empfahl sie zuerst, die urheberrechtlichen Vorschriften, also

³⁵¹ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 19.

³⁵² BT-Drs. 17/7899, S. 19.

³⁵³ BT-Drs. 17/7899, S. 19 m.w.N.

³⁵⁴ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 20.

³⁵⁵ Vgl. BT-Drs. 17/ 7899, S. 20 f.

³⁵⁶ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 21 f.

³⁵⁷ BT-Drs. 17/7899, S. 22.

³⁵⁸ BT-Drs. 17/7899, S. 22.

³⁵⁹ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 23 f.

auch die Schrankenregelungen, zu vereinfachen³⁶⁰. Des Weiteren schlug sie speziell im Hinblick auf die Schrankenregelungen vor, „die Regulationsstruktur des Schranken- und Ausnahmesystems in Europa zu überprüfen“³⁶¹, um festzustellen, „welche Schrankensystematik den Anforderungen einer Informationsgesellschaft gerecht wird“³⁶². Schließlich regte sie an, die Vorschrift zur Privatkopie an die digitale Gesellschaft anzupassen³⁶³.

Neben diesen fraktionsübergreifenden Handlungsempfehlungen, gab es auch schrankenbezogene Handlungsempfehlungen, die keine mehr Mehrheit innerhalb der Projektgruppe fanden und daher lediglich als Sondervotum festgehalten wurden. Dazu gehörte z.B. die Empfehlung, die Bundesregierung aufzufordern, sich auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung der InfoSoc-RL einzusetzen, um damit eine mögliche Flexibilisierung der Schranken anzustoßen, die den einzelnen Mitgliedstaaten mehr Gestaltungsspielraum verschafft³⁶⁴. Auch die Handlungsempfehlung, die derzeitigen Schrankenregelungen zugunsten Bildung und Wissenschaft auszuweiten, um die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft und die Bedürfnisse von Bildung und Wissenschaft ausreichend zu berücksichtigen, fand keine Mehrheit³⁶⁵. Ebenso verhielt es sich mit der Empfehlung, die Technikfestigkeit der Schranken sicherzustellen und insbesondere keine Aushöhlung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen zuzulassen³⁶⁶. Keine Mehrheit fand auch die Handlungsempfehlung, die derzeitigen Schrankenregelungen komplett zu überarbeiten, eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einzuführen und zudem die analoge Anwendung der US-amerikanischen Fair-Use-Doktrin zu überprüfen³⁶⁷.

Die Projektgruppe „Bildung und Forschung“ beschäftigte sich etwas eingehender mit den Herausforderungen für Bildung und Forschung in der digitalen Gesellschaft. Auch sie stellte nach Anhörung zahlreicher Experten und intensiven Diskussionen innerhalb der Projektgruppe an den Anfang ihres Abschlussberichtes zunächst einige Ausführungen zur gegenwärtigen Situation von Bildung und Forschung. Dabei führte sie insbesondere aus, dass der technologische Fortschritt zwar einerseits erhebliche Potenziale für Bildung und Forschung biete, da die Digitalisierungstechnik völlig neue Formen der Kommunikation, Kooperation und Vernetzung erlaube und Bildungs- und Forschungsprozesse durch neue Arbeits-, Lern- und Lehrmethoden wesentlich aktiver und flexibler gestaltet werden können³⁶⁸. Sie wies aber auch darauf hin, dass sich andererseits infolge

³⁶⁰ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 79.

³⁶¹ BT-Drs. 17/7899, S. 79.

³⁶² BT-Drs. 17/7899, S. 79.

³⁶³ Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 79.

³⁶⁴ Sondervotum der Fraktionen SPD und Die Linke – Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 92.

³⁶⁵ Sondervotum der Fraktionen SPD und Die Linke – Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 93.

³⁶⁶ Sondervotum der Fraktionen SPD und Die Linke – Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 93.

³⁶⁷ Sondervotum der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke – Vgl. BT-Drs. 17/7899, S. 95.

³⁶⁸ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 8, 21.

des technischen Fortschritts auch die Anforderungen, die an Bildung- und Wissenschaft gestellt werden, z.B. in Bezug auf die Vermittlung von notwendigen Bildungskompetenzen oder die Entwicklung von zeitgemäßen, d.h. digitalen, wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen, in erheblichem Maße geändert haben³⁶⁹. Die Projektgruppe stellte weiter fest, dass für die insofern nötig gewordene Neujustierung von Bildungs- und Wissenschaft kein entsprechender rechtlicher Handlungsrahmen gegeben sei, da die bisherigen Novellierungen des UrhG die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken durch Bildung und Wissenschaft eher verkompliziert haben³⁷⁰. Gerade die Vorschriften, die sich auf digitale Inhalte beziehen „tragen [...] zu wenig den Erfordernissen einer schnellen und ungehinderten Wissenschaftskommunikation Rechnung“³⁷¹. Daraus folgte die Projektgruppe, dass sich dies nicht nur innovationshemmend auf den Wissenschaftsstandort Deutschland auswirke, sondern auch nachteilig für die gesamte Volkswirtschaft sei und insofern „Ziel der Bemühungen [...] verlässliche, transparente, leicht handhabbare und faire rechtliche Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Arbeit mit publizierter Information“³⁷² sein müssten.

Angesichts der gegenwärtigen Situation von Bildung und Wissenschaft entschied sich diese Projektgruppe fraktionsübergreifend dafür, eine Handlungsempfehlung hinsichtlich einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke auszusprechen³⁷³. Konkret hat sie empfohlen, „zu prüfen, ob im Urheberrecht eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke, die die bestehenden Schrankenprivilegierungen für Wissenschaft und Forschung zusammenfasst, verankert werden soll, um die Nutzung und Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Breite umfangreicher zu ermöglichen“³⁷⁴. In diesem Zusammenhang stellte die Projektgruppe ausdrücklich fest, dass auf eine Flexibilisierung der urheberrechtlichen Schranken für Bildung und Wissenschaft nicht verzichtet werden kann³⁷⁵. Des Weiteren forderte die Projektgruppe konkret dazu auf, Bibliotheken eine ausreichende Grundfinanzierung zur Seite zu stellen, damit diese verstärkt digitale Medien zur Nutzung anbieten können³⁷⁶. Im Hochschulbereich ist die Projektgruppe nachdrücklich für eine Stärkung des E-Learning Bereichs eingetreten und hat insofern darauf hingewiesen, dass dazu auch z.B. die entsprechenden Finanz- und Personalplanungen angepasst werden müssen³⁷⁷.

³⁶⁹ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 8, 21.

³⁷⁰ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 30.

³⁷¹ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 30.

³⁷² BT-Drs. 17/12029, S. 30.

³⁷³ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 90.

³⁷⁴ BT-Drs. 17/12029, S. 90 f.

³⁷⁵ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 91.

³⁷⁶ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 91.

³⁷⁷ Vgl. BT-Drs. 17/12029, S. 91 f.

3.4.2.2 Die einzelnen Fraktionen

3.4.2.2.1 CDU/ CSU

Die Fraktion der CDU/ CSU ist ausdrücklich für die Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

In ihrem Positionspapier zum Urheberrecht vom Juni 2012 bekennt sich die Fraktion zu einem bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Urheberrecht und stellt zunächst fest, dass das UrhG einfacher und klarer ausgestaltet werden muss. Änderungen sollten insbesondere dort vorgenommen werden, „wo existierende Schranken zu restriktiv ausgelegt werden und auch aus Sicht von Sachverständigen kaum geeignet sind, die Interessen der Öffentlichkeit angemessen abzubilden“³⁷⁸. Da eine Schrankenregelung nach dem Vorbild der US-amerikanischen Fair-Use Doktrin mit zu großer Rechtsunsicherheit verbunden ist, möchte die Fraktion aber grundsätzlich an der deutschen bzw. europäischen Schrankendogmatik festhalten und mögliche Verbesserungen des Schrankensystems eher auf europäischer Ebene anstoßen³⁷⁹.

Im Hinblick auf ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht gibt die Fraktion zu, dass aufgrund des technischen Fortschritts, vor allem der Digitalisierungstechnik, die spezifischen Schrankenregelungen nach §§ 52a ff. UrhG „nicht mehr passgenau und teilweise technisch überholt“³⁸⁰ sind. Da „sich einige Regelungen vor Gericht als nicht praktikabel herausstellen könnten“³⁸¹, schlägt die Fraktion daher die „kurzfristige Überarbeitung dieser Regelungen und die Zusammenführung zu einer einheitlichen Wissenschaftsschranke“³⁸² vor.

Im November 2012 hat die Fraktion zusammen mit der FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf zur letztmaligen Befristung von § 52a UrhG vorgelegt, der auch die Aufforderung an die Bundesregierung enthielt, bis spätestens Mitte 2014 einen Gesetzesentwurf für die dauerhafte Entfristung von § 52a UrhG vorzulegen und zumindest „zu prüfen, ob diese Regelung in eine neue einheitliche Wissenschaftsschranke überführt werden kann [...]“³⁸³. In der dazugehörigen Gesetzesdebatte wurde ausgeführt, dass es „Ziel ist [...], bis Ende 2014 die in § 52a UrhG geregelte Ausnahme zusammen mit anderen urheberrechtlichen Regelungen in den Bereichen Unterricht und Forschung zu einer einheitlichen Wissenschaftsschranke im Urheberrecht zusammenzuführen“³⁸⁴. Nach Ihrer Ansicht setzt nämlich ein modernes, zeitgemäßes und nutzerfreundliches UrhG voraus, dass insbesondere auch die „wachsende Bedeutung der elektronischen Kommunikation für Wissenschaft, Forschung und akademische Lehre“³⁸⁵ berücksichtigt wird.

³⁷⁸ CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 2.

³⁷⁹ Vgl. CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 2 f.

³⁸⁰ CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 5.

³⁸¹ CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 5.

³⁸² CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft, S. 5.

³⁸³ BT-Drs. 17/11317, S. 2.

³⁸⁴ BT-PIPr. 17/204, S. 24971 (D) f.

³⁸⁵ BT-PIPr. 17/204, S. 24972 (B).

Anzumerken ist, dass der eingebrachte Gesetzesentwurf vom Bundestag mehrheitlich angenommen wurde³⁸⁶.

3.4.2.2.2 SPD

Die Fraktion der SPD spricht sich zwar nicht eindeutig für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus, lehnt eine solche aber auch nicht grundsätzlich ab.

Obwohl auch sie sich in ihrem im Mai 2012 veröffentlichten Positionspapier für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht mit den entsprechenden Rahmenbedingungen stark macht, wird eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke dort jedoch mit keiner Silbe erwähnt³⁸⁷. Laut Positionspapier möchte sie aber zumindest die Überprüfung der derzeitigen Bildungs- und Wissenschaftsschranken, die dauerhafte und rechtssichere Gewährleistung der Intranet-Nutzung an Bildungseinrichtungen sowie die Aufhebung der Befristung von § 52a UrhG erreichen³⁸⁸.

Eine positive Einstellung der Fraktion zu einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ist jedoch während der Debatte zur Verlängerung von § 52a UrhG deutlich geworden, da festgestellt wurde, dass „sich zumindest zwischen den Wissenschaftspolitikern fraktionsübergreifend die Erkenntnis verfestigt zu haben [scheint], dass es im Sinne von Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland ist, eine umfassende Wissenschaftsschranke im Urheberrechtsgesetz zu verankern“³⁸⁹.

Nachdem ihr eigener Gesetzesentwurf zur dauerhaften Entfristung von § 52a UrhG während der gleichen Debatte mehrheitlich abgelehnt wurde³⁹⁰, verkündete die Fraktion, dass sie sich „auch künftig mit vollem Elan dafür einsetzen [wird], dass im deutschen Urheberrecht eine verlässliche und dauerhafte Wissenschaftsschranke verankert wird“³⁹¹. Hier ist nicht ganz klar, ob damit lediglich ein unbefristeter § 52a UrhG oder eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke gemeint ist. Da die Fraktion jedoch grundsätzlich für eine Überprüfung der derzeitigen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ist, schließt eine solche Überprüfung zumindest die Prüfung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke sicherlich mit ein.

3.4.2.2.3 FDP

Auch die FDP-Fraktion ist offensichtlich nicht ausdrücklich für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke, spricht sich aber zumindest ebenfalls für die Prüfung einer solchen Schranke aus.

³⁸⁶ Vgl. BT-PIPr. 17/211, S. 25837 (B).

³⁸⁷ SPD Bundestagsfraktion: Zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht, S. 3.

³⁸⁸ Vgl. SPD Bundestagsfraktion: Zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht, S. 3.

³⁸⁹ BT-PIPr. 17/211, 25950 (B).

³⁹⁰ Vgl. Gesetzesentwurf: BT-Drs. 17/10087; Ablehnung: BT-PIPr. 17/211, 25837 (C).

³⁹¹ SPD Bundestagsfraktion: Pressemitteilung vom 30.11.2012.

Ein Thesen- oder Positionspapier zum Urheberrecht hat die Fraktion nicht veröffentlicht, ihr Standpunkt zum Urheberrecht lässt sich aber ebenfalls der parlamentarischen Debatte über die Verlängerung von § 52a UrhG entnehmen³⁹²: Danach steht für die FDP-Fraktion ein starker Schutz des geistigen Eigentums im Vordergrund. Zwar werden auch die Wichtigkeit von Bildung und Wissenschaft in der Informationsgesellschaft nicht bestritten, deren gegensätzliche Interessen werden jedoch, nach Meinung der Fraktion, durch die urheberrechtlichen Schranken ausreichend berücksichtigt, so dass eine Lockerung oder die Einführung einer neuen Schranke an sich nicht für notwendig erachtet wird.

Da die Fraktion zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion den Gesetzentwurf zur Verlängerung von § 52a UrhG eingebracht hat und dieser auch die Aufforderung zur Prüfung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke enthält³⁹³, steht die Fraktion zumindest der Prüfung einer solchen Schranke nicht ablehnend gegenüber.

3.4.2.2.4 Bündnis 90/ Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen befürwortet ausdrücklich die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

Wegen der großen Bedeutung von Wissen für die Informationsgesellschaft hält die Fraktion eine Reform des UrhG für dringend nötig, um zumindest die Erkenntnisse von öffentlich finanzierter Forschung leichter für die Allgemeinheit nutzbar zu machen³⁹⁴. Sie ist zudem der Ansicht, dass durch die geltenden Regelungen die veränderten Nutzungsmöglichkeiten, die sich aus der Digitalisierungstechnik ergeben, nicht ausreichend berücksichtigt werden³⁹⁵.

Im Hinblick auf den ursprünglich in Aussicht gestellten „Bildungs- und Wissenschaftskorb“ wird während der Debatte zur Verlängerung von § 52a UrhG ausgeführt, dass Ziel einer Urheberrechtsreform die verbesserte Zugänglichmachung von Inhalten für Bildung und Wissenschaft sein muss³⁹⁶. Dies sei „am besten [...] über eine allgemeine, im Urheberrecht zu verwirklichende Wissenschaftsschranke zu erreichen, die letztlich hilft, die Arbeitsmöglichkeiten für Lehrende und Forschende zu beflügeln“³⁹⁷. Hinsichtlich der Ausgestaltung einer solchen Schranke nimmt die Fraktion Bezug auf den „ausgearbeiteten Vorschlag der Allianz“³⁹⁸.

³⁹² Vgl. im Folgenden: BT-Drs. 17/204, S. 24974 f.; BT-Drs. 17/211, S. 25950 f.

³⁹³ Vgl. 3.4.2.2.1.

³⁹⁴ Vgl. Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion: Pressemitteilung vom 13.07.2010.

³⁹⁵ Vgl. Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion: Pressemitteilung vom 23.04.2012.

³⁹⁶ Vgl. BT-PIPr. 17/204, 24977 (A).

³⁹⁷ BT-PIPr. 17/204, 24977 (A).

³⁹⁸ BT-PIPr. 17/211, 25953 (A).

3.4.2.2.5 Die Linke

Auch die Fraktion Die Linke spricht sich ausdrücklich für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus.

In ihrem im Juni 2011 gestellten Antrag an den Bundestag zur Modernisierung des UrhG trägt sie vor, dass das geltende UrhG „den veränderten technischen Gegebenheiten und Akteurskonstellationen einer digitalisierten Gesellschaft nicht mehr gerecht“³⁹⁹ wird. Sie macht zudem geltend, dass das UrhG nach den letzten Novellierungen „eine dominant verwertungsorientierte Komponente erhalten“⁴⁰⁰ hat und schlägt deswegen verschiedene Maßnahmen vor, die nicht nur auf eine Stärkung von Urhebern und Nutzer abzielen, sondern auch auf einen verbesserten Zugang zu Informationen und Wissen sowie die europäische und internationale Weiterentwicklung des Urheberrechts⁴⁰¹.

Unter dem Aspekt eines ungehinderten Informationszuganges fordert die Fraktion, „die bestehenden Schrankenregelungen für Wissenschaft und Forschung in einer bereichsspezifischen Wissenschaftsschranke zusammenzufassen“⁴⁰². Hierauf wird auch in der Debatte zur Verlängerung des § 52a UrhG Bezug genommen und erklärt, dass „die neuerliche Befristungsverlängerung von § 52a [UrhG] das absolute Minimum dessen ist, was unabdingbar notwendig ist, um Wissens- und Informationszugang an Bildungseinrichtungen nicht wieder in die Ära der Kopiergeräte zu beamen“⁴⁰³, besser und zweckmäßiger wäre es jedoch, den Regelungsgehalt von § 52a UrhG auszuweiten und in einer allgemeinen Wissenschaftsschranke zu verankern⁴⁰⁴.

Des Weiteren schlägt die Fraktion vor, wegen Art. 5 II c, III a InfoSoc-RL und den Erwägungsgründen 14 und 34 InfoSoc-RL im Rahmen der Schrankenregelungen die Vergütungspflicht für Bildungseinrichtungen aufzuheben⁴⁰⁵.

Im Hinblick auf eine Stärkung der Nutzerrechte, speziell im nichtkommerziellen Bereich, spricht sich die Fraktion zudem dafür aus, Bereichsausnahmen z.B. für Wissenschaft und Forschung flexibler zu gestalten und die Aushebelungsmöglichkeiten von Schrankenregelungen durch Allgemeine Geschäftsbedingungen und Lizenzverträge zu verhindern⁴⁰⁶.

Auf europäischer und internationaler Ebene strebt die Fraktion vor allem die Prüfung an, ob „Generalklauseln - insbesondere für nichtkommerzielle Werknutzungen sowie den Wissenschaftsbereich – im deutschen Recht ähnlich der amerikanischen Fair-use-Doktrin vergleichbare Regelungsoffenheit und Handhabbarkeit gewährleisten könn-

³⁹⁹ BT-Drs. 17/6341 S. 1.

⁴⁰⁰ BT-Drs. 17/6341, S. 2.

⁴⁰¹ Vgl. BT-Drs. 17/6341 S. 3 f., 5 f., 6 f.

⁴⁰² BT-Drs. 17/6341, S. 5.

⁴⁰³ BT-PIPr. 17/204, S. 24975 (B).

⁴⁰⁴ Vgl. BT-PIPr. 17/211, S. 25952 (A).

⁴⁰⁵ Vgl. BT-Drs. 17/6341, S. 6.

⁴⁰⁶ Vgl. BT-Drs. 17/6341, S. 6.

ten⁴⁰⁷. Daneben möchte sie schon auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Schranken als Mindestvorgabe ausgestaltet werden und nicht durch technische Schutzmaßnahmen unterlaufen werden können⁴⁰⁸. Langfristig setzt sich die Fraktion dafür ein, die InfoSoc-RL durch technologie neutrale Generalklauseln zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen⁴⁰⁹.

3.4.3 Bundesrat

Der Bundesrat hat sich deutlich für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ausgesprochen.

Nachdem der Bundesrat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Siebenten Gesetz zur Änderung des UrhG erneut gefordert hatte, § 52a UrhG vollständig zu entfristen⁴¹⁰ und sich der Gesetzgeber über diese Forderung schlicht hinweggesetzt und eine weitere Verlängerung von § 52a UrhG bis zum 31.12.2014 vorgesehen hat⁴¹¹, ließ der Bundesrat den Gesetzentwurf angesichts der engen zeitlichen Terminierung zwar letztlich passieren, um negative Folgen für Bildung und Wissenschaft auszuschließen⁴¹², brachte in dem entsprechenden Beschluss jedoch seine deutliche Erwartung zum Ausdruck, „dass die Bundesregierung unverzüglich und in enger Abstimmung mit den Ländern die Arbeiten an einer breiter und allgemeiner gefassten Bildungs- und Wissenschaftsschranke aufnimmt, wie sie einvernehmlich von der Kultusministerkonferenz und der Wissenschaftsallianz gefordert wird“⁴¹³.

3.4.4 Exkurs: Europäische und internationale Schrankendiskussion

Obwohl sich diese Arbeit mit der deutschen Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke beschäftigt, ist zu beachten, dass das deutsche UrhG maßgeblich unter dem Einfluss von europarechtlichen und internationalen Vorgaben zum Urheberrecht steht. Insofern sind im Rahmen der Diskussion um die Anpassung der urheberrechtlichen Schranken durchaus auch die Entwicklungen und Diskussionen auf europäischer und internationaler Ebene zu berücksichtigen. Im Folgenden soll daher ein kurzer Blick auf die entsprechenden europäischen und internationalen Entwicklungen geworfen:

Auch vom europäischen Gesetzgeber wurden die urheberrechtlichen Schrankenregelungen nach Erlass der InfoSoc-RL noch thematisiert. Zunächst wurde 2007 in einer Untersuchung festgestellt, dass zwar die meisten Mitgliedstaaten die fakultativen Schranken-

⁴⁰⁷ BT-Drs. 17/6341, S. 6.

⁴⁰⁸ Vgl. BT-Drs. 17/6341, S. 7.

⁴⁰⁹ Vgl. BT-Drs. 17/6341, S. 7.

⁴¹⁰ Vgl. BR-Drs. 514/12 (B), S. 4. Vgl. auch zum „Zweiten Korb“: BR-Drs. 582/07 (B), S. 4.

⁴¹¹ Vgl. BT-Drs. 17/11470, S. 11 f.

⁴¹² Vgl. BR-Drs. 737/12 (B).

⁴¹³ BR-Drs. 737/12 (B), S. 2.

regelungen nach Art. 5 InfoSoc-RL umgesetzt haben, diese aber einen höchst unterschiedlichen Regelungsgehalt aufweisen⁴¹⁴. Da dies jedoch im Widerspruch zu der mit der InfoSoc-RL angestrebten Harmonisierung stand, sah sich die EU-Kommission 2008 zu einem Grünbuch „Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft“ veranlasst. Zweck dieses Grünbuchs war neben der Diskussion von allgemeinen Fragen hinsichtlich der urheberrechtlichen Schrankenregelungen, auch die Frage, wie die für Bildung und Wissenschaft nötigen Informationen am besten online verbreitet werden können bzw. ob nicht gerade die fakultativen Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft angesichts des digitalen Zeitalters ausgeweitet werden sollten⁴¹⁵. Untersucht wurden unter anderem die Ausnahmen für Bibliotheken und Archive gemäß Art. 5 II c, 5 III n InfoSoc-RL sowie die Ausnahmen zur Verbreitung geschützter Werke zu Unterrichts- und Forschungszwecken nach Art. 5 III a InfoSoc-RL. Im Ergebnis stellte das Grünbuch fest, dass gerade die Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft bei der Übernahme in nationales Recht nicht nur sehr unterschiedlich, sondern meist auch viel enger als in der Richtlinie vorgegeben, gefasst wurden⁴¹⁶. In diesem Zusammenhang wies das Grünbuch jedoch ausdrücklich darauf hin, dass auch mit der Verankerung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke in der InfoSoc-RL nicht unbedingt die Ausweitung der spezifischen Schranken verbunden wäre, da stets auch die Interessen der Rechteinhaber berücksichtigt werden müssen⁴¹⁷. Anvisiert wurde vielmehr, im Sinn von Erwägungsgrund 44 InfoSoc-RL, ein Mittelweg, der sowohl die ausschließlichen Rechte der Urheber berücksichtigt, aber gleichzeitig auch die Wettbewerbsfähigkeit von Bildung und Wissenschaft in Europa erhöht⁴¹⁸.

Bei der im Anschluss an das Grünbuch durchgeführten öffentlichen Konsultation wurden, ähnlich wie in der deutschen Diskussion, im wesentlichen zwei verschiedene Standpunkte vertreten⁴¹⁹: Auf der einen Seite setzten sich Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen im Allgemeininteresse für die Ausweitung der Schrankenregelungen ein, auf der anderen Seite plädierten Urheber und Verwertungsindustrie für die Erhaltung des derzeitigen Status Quo ein bzw. den Vorrang von Lizenzvereinbarungen.

Die für die Folgezeit geplanten Schritte bezogen die urheberrechtlichen Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft zwar zunächst nicht mit ein, diese rückten jedoch wieder 2011 im Rahmen einer Mitteilung der EU-Kommission zur Schaffung eines Binnenmarkts für Rechte des geistigen Eigentums auf die europäische Agenda. In der Mitteilung schlug die Kommission eine umfassende europäische Reform des Rahmens

⁴¹⁴ Vgl. SEC (2007) 1556, S. 1 ff.

⁴¹⁵ Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft, S. 3.

⁴¹⁶ Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft, S. S. 4, 17.

⁴¹⁷ Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft, S. 18.

⁴¹⁸ Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft, S. 19.

⁴¹⁹ Vgl. im Folgenden: Europäische Kommission: Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft, S. 4.

für Urheberrechte vor, die dazu führen sollte, dass „den Verbrauchern in der gesamten Europäischen Union ein breiteres und differenzierteres Angebot zur Verfügung steht“⁴²⁰. Außerdem stellte die Kommission Überlegungen zu einem europäischen Urheberrechtskodex an, mit dem nicht nur die bestehenden EU-Richtlinien konsolidiert, sondern gegebenenfalls auch die Ausnahmen und Beschränkungen der InfoSoc-RL aktualisiert oder harmonisiert werden könnten⁴²¹. Dafür wurde in zeitlicher Hinsicht bis 2012 die Überprüfung der InfoSoc-RL und der Beginn der Arbeiten zur Verfassung eines europäischen Urheberrechtskodex anvisiert⁴²². Diese zeitlichen Vorgaben wurden jedoch Ende 2012 durch eine Mitteilung der Kommission auf 2013/ 2014 verschoben⁴²³.

Auch auf internationaler Ebene sind die urheberrechtlichen Schranken wieder ins Blickfeld gerückt, nachdem zwischen 2003 und 2009 im Auftrag der WIPO⁴²⁴ insgesamt neun Studien zu Schranken und Ausnahmen im Urheberrecht durchgeführt worden waren⁴²⁵. Dabei wurde offenbar, dass zwar 128 von 149 untersuchten Ländern mindestens eine Schrankenregelung zugunsten Bibliotheken oder Archiven umgesetzt haben, aber die jeweiligen Bestimmungen doch einen sehr unterschiedlichen Regelungsgehalt aufweisen⁴²⁶. So ließen sich z.B. nur in sechs Ländern Bestimmungen zur bibliothekarischen Fernleihe finden⁴²⁷. Zwar wurde in den europäischen Ländern immerhin eine gewisse Ähnlichkeit der nationalen Regelungen festgestellt, dies wurde jedoch letztlich auf die InfoSoc-RL zurückgeführt⁴²⁸. Ganz interessant ist insofern, dass in der zugrunde liegenden Studie die im deutschen UrhG geregelten Schranken für Bibliotheken und Archive nicht nur als verwirrend bezeichnet wurden, sondern auch höchst verwundert bemerkt wurde, dass allein das Bibliothekspersonal die Verantwortung für ein rechtmäßiges Handeln innerhalb der gesetzlich festgelegten Schranken trägt⁴²⁹.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Studien auch bei den urheberrechtlichen Schranken für den Bildungsbereich eklatante Unterschiede zwischen den nationalen Regelungen sichtbar, nicht nur hinsichtlich des jeweiligen Anwendungsbereichs, sondern auch im Hinblick auf Nutzungsumfang, -art oder -zweck⁴³⁰.

Infolge dieser Erkenntnisse nahm das Standing Committee on Copyright and Related Rights (im Weiteren: SCCR) der WIPO die Diskussion um die urheberrechtlichen Schranken und deren eventuelle Modifikation für die Jahre 2011/ 2012 auf ihre Agenda.

⁴²⁰ Europäische Kommission: Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums, S. 13.

⁴²¹ Vgl. Europäische Kommission: Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums, S. 14.

⁴²² Vgl. Europäische Kommission: Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums, S. 30.

⁴²³ Vgl. Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission über Inhalte im digitalen Binnenmarkt, S. 3, 5.

⁴²⁴ World Intellectual Property Organization – vgl. <http://www.wipo.int/portal/index.html.en>.

⁴²⁵ Vgl. zur Aufzählung der einzelnen Studien: SCCR/20/4, S. 3.

⁴²⁶ Vgl. ausführlich SCCR/20/4, S. 7 ff. m.w.N.

⁴²⁷ Vgl. SCCR/20/4, S. 8 m.w.N.

⁴²⁸ Vgl. SCCR/20/4, S. 9 m.w.N.

⁴²⁹ Vgl. SCCR/17/2, S. 59 sowie Müller, in: Hohoff: Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken, S. 45.

⁴³⁰ Vgl. ausführlich SCCR/20/4, S. 9 ff.

Dafür wurden in der Folgezeit zahlreiche Arbeitsdokumente eingereicht, wie z.B. vom internationalen Bibliotheksverband IFLA⁴³¹, der nicht nur die überaus wichtige Funktion der urheberrechtlichen Schranken für Bibliotheken und Archive darstellte und auf die Unzulänglichkeiten vieler nationaler Regelungen im digitalen Zeitalter hinwies, sondern auch die Forderung erhob, durch Modifizierung des internationalen Schrankensystems Bibliotheken und Archive in die Lage zu versetzen, auch im digitalen Zeitalter ihre Aufgaben erfüllen zu können⁴³². Nach Vorschlag der IFLA sollten dazu nicht etwa einheitliche Schrankenregelungen für alle Länder vorgeschrieben, sondern vielmehr ein internationaler Vertrag geschaffen werden, der zwar den einzelnen Ländern die Berücksichtigung gewisser Schlüsselthemen im Rahmen der urheberrechtlichen Schranken vorschreibt, ihnen aber andererseits auch noch genügend Flexibilität bei der Implementierung von Schranken belässt⁴³³. Konkret vorgeschlagen wurden in diesem Zusammenhang nicht nur Schranken zum Erhalt des kulturellen Erbes, zum Kopienversand von Werken durch Bibliotheken oder Archive zu persönlichen und privaten Zwecken, sondern ausdrücklich auch zur Unterstützung von Bildung, Wissenschaft und privaten Studien⁴³⁴. Auch die USA plädierten im Hinblick auf die Ziele und Leitlinien von urheberrechtlichen Schranken für Bibliotheken und Archive nicht nur für die grundsätzliche Verabschiedung von entsprechenden nationalen Regelungen, sondern ermutigten insbesondere zu solchen nationalen Schranken, die es Bibliotheken und Archiven z.B. ermöglichen, das nationale Kulturgut zu erhalten oder Forschung und Entwicklung zu unterstützen⁴³⁵. Außerdem schlugen sie vor, bestehende nationale Regelungen an die digitale Welt anzupassen und im Hinblick auf mögliche Haftungsbegrenzungen für Bibliotheks- und Archivangestellte zu überprüfen⁴³⁶.

Nachdem auch in einem weiteren Dokument Vorschläge für verpflichtende Schrankenregelungen zugunsten Bibliotheken und Archiven, wie z.B. hinsichtlich der Vervielfältigung und Verbreitung von Kopien durch Bibliotheken und Archive zu Zwecken der Bildung, Forschung oder privaten Studien und des innerbibliothekarischen Leihverkehrs, unterbreitet wurden⁴³⁷, beschloss das SCCR im Dezember 2011, die Belange von Bibliotheken und Archiven stärker in den urheberrechtlichen Schrankenregelungen zu berücksichtigen und räumte den Mitgliedstaaten bis Februar 2012 die Möglichkeit ein, sich zu den bisherigen Vorschlägen zu äußern. Im Sommer 2012 stellte das SCCR schließlich zwei detaillierte Arbeitspapiere als Basis für das zukünftige Vorgehen zusammen: Ein Dokument, in dem sämtliche Vorschläge und Kommentieren zu urheberrechtliche Ausnahmen und Beschränkungen zugunsten Bildungs- und Wissenschaftsor-

⁴³¹ International Federation of Library Association - vgl.: <http://www.ifla.org/>.

⁴³² Vgl. SCCR/23/3, S. 2 ff.

⁴³³ Vgl. SCCR/23/3, S. 4.

⁴³⁴ Vgl. SCCR/23/3, S. 5.

⁴³⁵ Vgl. SCCR/23/4, S. 2 ff.

⁴³⁶ Vgl. SCCR/23/4, S. 3.

⁴³⁷ Vgl. SCCR/23/5, S. 2 f.

ganisationen enthalten waren, wie z.B. Nutzungen im oder außerhalb des Unterrichts, interaktive Nutzung oder Nutzung zu Zwecken von Fernstudien oder Forschung⁴³⁸. Das zweite Dokument beinhaltete sämtliche Vorschläge und Kommentierungen speziell im Hinblick auf die Nutzung von Bibliotheken und Archiven, wie z.B. zur Erhaltung des nationalen Kulturgutes, Vervielfältigung, Fernleihe, Parallelimporte, grenzüberschreitende Nutzungen oder Haftungsbeschränkungen⁴³⁹. Nach erneuter Diskussion dieser Dokumente im November 2012 fasste das SCCR den Beschluss, die textbasierte Arbeit im Hinblick auf die vorgelegten Dokumente zunächst fortzuführen, um dann auf der 28. bzw. 30. Sitzung⁴⁴⁰ des SCCR entsprechende Empfehlungen auszusprechen⁴⁴¹.

3.5 Sonstige Positionen

Um die Darstellung der verschiedenen Positionen abzurunden, werden im Folgenden die Positionen einiger Juristen aufgeführt, die im Rahmen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ als unabhängige Sachverständige von der Projektgruppe Urheberrecht angehört wurden und die sich dabei sowohl allgemein zur Anpassung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen an das digitale Zeitalter als auch speziell zu den urheberrechtlichen Schrankenregelungen zugunsten Bildung und Wissenschaft geäußert haben.

3.5.1 Prof. Dr. Thomas Dreier

Der Jurist Dreier spricht sich zwar nicht ausdrücklich für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus, regt aber an, vom Grundsatz der engen Schrankenauslegung Abstand zu nehmen und den Schrankenkatalog um eine flexible Bestimmung zu ergänzen.

Im Rahmen seiner schriftlichen Stellungnahme führt Dreier aus, dass das UrhG grundsätzlich auch im digitalen Zeitalter geeignet ist, die gegensätzlichen Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern in einen angemessenen Ausgleich zu bringen, wenn es nur richtig justiert ist⁴⁴². Bei der insofern noch ausstehenden Feinjustierung müsste dafür gesorgt werden, dass das UrhG alle Beteiligten gleichermaßen berücksichtigt und keinen von ihnen in den Vordergrund stellt⁴⁴³. Dies könnte vor allem dadurch geschehen, dass der vorherrschende Grundsatz der engen Schrankenauslegung aufgegeben wird, da eine enge Schrankenauslegung vorrangig den Interessen der Urheber zugute kommt, nicht aber den Interessen der Nutzer⁴⁴⁴. Eine weite Auslegung würde zudem

⁴³⁸ Vgl. ausführlich SCCR/24/8.

⁴³⁹ Vgl. ausführlich SCCR/23/8.

⁴⁴⁰ Da die 26. Sitzung des SCCR für Dezember 2013 angesetzt ist, kann frühestens im Herbst 2014 mit entsprechenden konkreten Empfehlungen gerechnet werden.

⁴⁴¹ Vgl. SCCR/25/Ref/Conclusions, S. 2.

⁴⁴² Vgl. Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 2, 16 Rn. 60.

⁴⁴³ Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 10 Rn. 22.

⁴⁴⁴ Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 16 Rn. 62.

auch berücksichtigen, dass Nutzer nach geltendem Urheberrechtsverständnis „keine „Rechte“ im Sinne subjektiver Ausschlussrechte innehaben“⁴⁴⁵ und insofern ohnehin schon ein Ungleichgewicht zwischen Urhebern und Nutzern besteht.

Im Hinblick auf die speziellen Schrankenregelungen zugunsten Bildung und Wissenschaft sieht Dreier mit Ausnahme der dauerhaften Entfristung von § 52a UrhG keinen weiteren Regelungsbedarf⁴⁴⁶. Angesichts der mit dem Internet neu aufgetretenen Nutzungsformen schlägt Dreier unter Hinweis auf Art. 5.5 European Copyright Code⁴⁴⁷ vor, nach einer entsprechenden Änderung der InfoSoc-RL, den Schrankenkatalog um eine flexible Schrankenregelung, im Sinne einer „beschränkten „fair-use“-Regelung“⁴⁴⁸, zu ergänzen, „die es den Gerichten ermöglicht, in überschaubarem Umfang angemessen auf technologische Entwicklungen zu reagieren“⁴⁴⁹.

3.5.2 Wolfgang Schimmel

Der Jurist Schimmel ist gegen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

In seinen Ausführungen stellt er klar, dass das UrhG auch im digitalen Zeitalter einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Urheber und Nutzer herstellt und insofern keine Modifizierung der Schrankenregelungen nötig sei⁴⁵⁰. Dies gilt für Schimmel auch hinsichtlich des speziellen Informationsbedarfs von Bildung und Wissenschaft, eventuelle Defizite in diesem Bereich führt er vielmehr auf eine unzureichende finanzielle Ausstattung dieser Institutionen zurück⁴⁵¹. Der Einführung einer Generalklausel zum Zwecke der Berücksichtigung neuer Nutzungsformen steht Schimmel ebenfalls ablehnend gegenüber, da eine solche infolge der mit ihr verbundenen Rechtsunsicherheit „eher eine Sünde [...] als eine Lösung“⁴⁵² ist.

3.5.3 Prof. Dr. Karl-Nikolaus Pfeifer

Der Jurist Pfeifer ist zwar der Ansicht, dass sich das geltende Schrankensystem im Hinblick auf Bildung und Wissenschaft nicht bewährt hat, steht der Einführung einer Generalklausel dennoch skeptisch gegenüber.

⁴⁴⁵ Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 20 Rn. 92.

⁴⁴⁶ Vgl. Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 19 Rn. 83 ff.

⁴⁴⁷ Der European Copyright Code wurde im Rahmen des Wittem Projektes unter Beteiligung von zahlreichen europäischen Urheberrechtsexperten entwickelt und 2010 veröffentlicht, um auf Grundlage der bestehenden internationalen Verträge bzw. Richtlinien eine nachhaltige Diskussionsgrundlage für ein transparentes und einheitliches europäisches Urheberrecht zu liefern. Die Schranke nach Art. 5.5 European Copyright Code erlaubt auch solche Nutzungen, die vergleichbar mit den in Art. 5.1 ff. European Copyright Code genannten Nutzungsausnahmen sind und die nicht im Widerspruch zum Dreistufentest stehen. Vgl. ausführlich zum Ganzen: <http://www.copyrightcode.eu/>.

⁴⁴⁸ Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 32 Rn. 177.

⁴⁴⁹ Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 16 Rn. 64.

⁴⁵⁰ Vgl. Schimmel: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 11.

⁴⁵¹ Vgl. Schimmel: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 13.

⁴⁵² Schimmel: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 21.

In seiner schriftlichen Stellungnahme führt er aus, dass es trotz der bisherigen Novellierungen des UrhG nicht gelungen ist, die divergierenden Interessen auch im digitalen Zeitalter in einen angemessenen Ausgleich zu bringen und insofern die Neujustierung des Verhältnisses von Urhebern, Verwertern und Nutzern immer noch ansteht⁴⁵³. Im Hinblick auf die speziellen Schranken zugunsten Bildung und Wissenschaft stellt Pfeifer fest, dass diese aufgrund ihrer engen Formulierung für die privilegierten Institutionen nur beschränkt attraktiv sind und die Methoden der Literaturversorgung den technischen Möglichkeiten hinterherhinken⁴⁵⁴.

Der Einführung einer generellen Schranke im Sinne einer „fair-use-Regelung“ nach US-amerikanischen Recht zur Berücksichtigung neuer Nutzungsformen steht Pfeifer unter Hinweis auf die rechtsunsichere Handhabung in gerichtlichen Verfahren ablehnend gegenüber, denn „Fair use bleibt ein stumpfes Schwert, wenn niemand weiß, welchen Umfang ein solches Zugriffsrecht im Einzelfall vermittelt“⁴⁵⁵.

3.5.4 Prof. Dr. Gerald Spindler

Der Jurist Gerald Spindler plädiert für den vorsichtigen Ausbau der urheberrechtlichen Schrankenregelungen und eine generalklauselartige „Fair-Use-Regelung“ auf europäischer Ebene.

In seiner Stellungnahme führt Spindler aus, dass sowohl Urheber als auch Nutzer im Mittelpunkt des UrhG stehen sollten und insofern ein austariertes System, das die Grundrechtspositionen von Urhebern und Nutzern gleichermaßen berücksichtigt, gefunden werden muss⁴⁵⁶. Ziel sollte sein, „das Optimum zwischen Anreizen für Kreative einerseits und dem möglichst kostengünstigen Zugang zu Informationen andererseits zu finden“⁴⁵⁷. Hierbei weist Spindler darauf hin, dass gerade Bildungsschranken auch der Ausbildung von Kreativen dienen und ein erschwerter Informationszugang insofern letztlich kontraproduktiv wäre⁴⁵⁸. Weiterhin stellt Spindler fest, dass sich die Schrankenregelungen zwar jahrzehntelang bewährt haben, aber nun angesichts der neuen digitalen Nutzungsmöglichkeiten zu starr sind, da sie die neuesten technischen Entwicklungen nicht berücksichtigen⁴⁵⁹. Da die Schranken zudem „als Ausdruck politischer Kompromisse derart kompliziert werden, dass sie selbst für Experten nur noch schwer zu durchschauen und in der Praxis kaum zu handhaben sind“⁴⁶⁰, schlägt Spindler vor, auf

⁴⁵³ Vgl. Pfeifer: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 5, 10.

⁴⁵⁴ Vgl. Pfeifer: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 11.

⁴⁵⁵ Pfeifer: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010, S. 20.

⁴⁵⁶ Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 4.

⁴⁵⁷ Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 5.

⁴⁵⁸ Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 5.

⁴⁵⁹ Vgl. Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 6, 9.

⁴⁶⁰ Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 9.

europäischer Ebene ein „Fair-Use-System“ nach amerikanischem Vorbild anzustreben, auch wenn damit ein gewisser Verlust der Rechtssicherheit verbunden wäre⁴⁶¹.

3.5.5 Prof. Dr. Rolf Schwartmann

Der Jurist Schwartmann hingegen sieht auch angesichts der digitalen Welt keine Notwendigkeit für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke. Er spricht sich vielmehr dafür aus, die Urheber zu stärken.

In seiner Stellungnahme führt er aus, dass dem Urheber auch in der digitalen Welt eine möglichst effektive Kontrolle des Urhebers über seine Werke verschafft werden muss⁴⁶². Zwar gesteht er auch Bildung und Wissenschaft den Bedarf eines „free flow of information“⁴⁶³ zu, der im Rahmen entsprechender Schrankenregelungen zu berücksichtigen ist, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass dabei keinesfalls das Selbstbestimmungsrecht des Urhebers aus den Augen verloren werden darf⁴⁶⁴. Da sich das geltende UrhG auch in der digitalen Welt bewährt hat, sieht Schwartmann keinen Anlass für grundlegende Veränderungen - auch nicht im Hinblick auf die speziellen Interessen von Bildung und Wissenschaft, da diesen durch die geltenden Schrankenregelungen bereits „hinreichend Rechnung getragen“⁴⁶⁵ wird. Dem Einsatz von Generalklauseln zur Erhöhung der Flexibilität im Hinblick auf neue Nutzungsformen steht Schwartmann kritisch gegenüber. Da sich dabei häufig Probleme hinsichtlich Klarheit und Rechtssicherheit ergeben, sollten diese nur „nachrangig und in besonderen Ausnahmefällen“⁴⁶⁶ eingesetzt werden. Statt die Verantwortung zur interessengerechten und klaren Regelung durch den übereilten Einsatz von Generalklauseln aus der Hand zu geben, sollte der Gesetzgeber den „fair-use“ Gedanken eher im Rahmen eines angemessenen Interessenausgleichs innerhalb der Schrankenregelungen konkretisieren⁴⁶⁷.

3.6 Vergleichende Analyse der Positionen

Bei umfassender Betrachtung aller Positionen fällt zunächst auf, dass Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen die Forderung nach einer allgemeinen urheberrechtlichen Schrankenregelung zuerst erhoben haben, nämlich schon 2010, und sich auch am zahlreichsten und detailliertesten geäußert haben⁴⁶⁸. Dies ist insofern nachvollziehbar, als die Einführung einer solchen Schranke natürlich im unmittelbarem Interesse dieser Organisationen liegt. Nicht verwunderlich ist auch, dass sich mit Ausnahme des Kulturrates alle Institutionen ausdrücklich für die Einführung einer solchen Schranke ausspre-

⁴⁶¹ Vgl. Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010, S. 9.

⁴⁶² Vgl. Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 10.

⁴⁶³ Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 12.

⁴⁶⁴ Vgl. Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 12.

⁴⁶⁵ Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 13.

⁴⁶⁶ Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 20.

⁴⁶⁷ Vgl. Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010, S. 20.

⁴⁶⁸ Vgl. ausführlich unter 3.1.

chen. Im Ergebnis befürworten somit fünf von sechs Organisationen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke. Im Hinblick auf den Kulturrat ist festzuhalten, dass auch dieser eine entsprechende Schranke nicht ausdrücklich ablehnt, sondern sich zumindest ebenfalls für die Vereinfachung und Überprüfung der derzeitigen Schranken ausspricht.

Drei Organisationen aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich haben bereits im Rahmen ihrer Positionierung konkrete Normvorschläge für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke vorgelegt. Sowohl der Vorschlag des Aktionsbündnisses, als auch die erste Variante der Allianz sowie der Vorschlag der KMK sind darauf ausgerichtet, die bisherigen Bildungs- und Wissenschaftsschranken, d.h. vor allem die §§ 52a ff. UrhG, unter Erweiterung ihres bisherigen Regelungsgehaltes in einer neuen urheberrechtlichen Schranke zusammenzufassen, um damit die derzeitigen spezifischen Regelungen zu ersetzen. Die Allianz unterbreitet alternativ sogar noch einen zweiten Normvorschlag, nach dem unter Beibehaltung der bisherigen Regelungen zusätzlich eine Generalklausel für Bildung und Wissenschaft eingefügt wird. Der dbv und die KII bringen keine eigenen Normvorschläge in die Diskussion ein, sondern nehmen Bezug auf die Vorschläge von Aktionsbündnis und Allianz.

Der Normvorschlag des Aktionsbündnisses⁴⁶⁹ zeichnet sich zunächst durch leicht verständliche Formulierungen und eine klare Gliederung aus. Inhaltlich fällt im ersten Absatz auf, dass keine Nutzungsbegrenzung hinsichtlich des Werkumfanges vorgesehen ist („veröffentlichte Werke“) und auch nicht zwischen gedruckten oder digitalen Vervielfältigungen unterschieden wird. Der verwendete Begriff der Bildungseinrichtungen erfasst nicht nur Schulen, sondern ausdrücklich auch Hochschulen und nicht-gewerbliche Bildungsstätten. Zudem werden die Nutzungsrechte sowohl natürlichen als auch juristischen Personen zugestanden, um damit „einen [...] Nutzungsfreiraum für die in Bildung und Wissenschaft Tätigen selbst zu schaffen“⁴⁷⁰. Die öffentliche Zugänglichmachung wird zwar im zweiten Satz des ersten Absatzes wegen den Erfordernissen des Dreistufentests auf geschlossene Benutzergruppen beschränkt, weitere raum- oder bestandsbezogene Einschränkungen sind jedoch nicht vorgesehen⁴⁷¹. Auffällig ist im zweiten Absatz, dass eine pauschale Vergütung ausdrücklich nur für die Urheber vorgesehen ist und bei Nutzung zu Zwecken der Dokumentation, Bestandssicherung oder Bestandserhaltung Vergütungsfreiheit vorgeschlagen wird. Durch den dritten Absatz schließlich soll vollumfänglich die Abdingbarkeit bzw. das Unterlaufen von Bildungs- und Wissenschaftsschranken durch einzelvertragliche Regelungen ausgeschlossen werden.

Im Gegensatz dazu, ist bei Betrachtung des ersten Allianzvorschlages⁴⁷² schon auf den ersten Blick erkennbar, dass der Normtext, insbesondere der erste Absatz, wesentlich

⁴⁶⁹ Vgl. unter 3.1.1.

⁴⁷⁰ Kuhlen, Bibliothek 2013, S. 41.

⁴⁷¹ Vgl. Kuhlen, Bibliothek 2013, S. 41 sowie Aktionsbündnis: Pressemitteilung 06/10 vom 06.07.2010.

⁴⁷² Vgl. unter 3.1.2.

länger ist. Gerade der erste Absatz enthält zudem viele Verschachtelungen, was letztlich zulasten der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit geht. In sprachlicher und inhaltlicher Sicht orientiert sich dieser Vorschlag sehr an den bisherigen Formulierungen des geltenden UrhG, insbesondere den §§ 52a ff. UrhG. So ist in Nummer 1 des ersten Absatzes §§ 52a I Nr.1 bzw. 53 III 1 Nr.1 UrhG wieder erkennbar und Nummer 2 des ersten Absatzes erinnert sehr an § 53 III 1 Nr.1 UrhG. Unter dem dritten Spiegelstrich im ersten Absatz wurden offensichtlich die §§ 52a, 52b UrhG umgesetzt und unter dem vierten Spiegelstrich die Regelungen der §§ 53, 53a UrhG. Im Gegensatz zum Vorschlag des Aktionsbündnisses ist im ersten Vorschlag der Allianz sehr wohl eine Nutzungsbegrenzung hinsichtlich des Werkumfanges vorgesehen. Dabei werden die gleichen unbestimmten Rechtsbegriffe verwendet, die auch derzeit in den Regelungen der §§ 52a ff. UrhG zu finden sind, wie z.B. „einzelne Vervielfältigungen“, „Teile eines Werkes“ oder „Werke geringen Umfangs“. Auch dieser Normvorschlag differenziert jedoch nicht zwischen gedruckten und digitalen Vervielfältigungen und trifft im dritten Spiegelstrich des ersten Absatzes ebenfalls keine raum- oder bestandsbezogenen Einschränkungen im Hinblick auf die öffentliche Zugänglichmachung. Des Weiteren wird auch hier ein weiterer Bildungseinrichtungsbegriff zugrunde gelegt, da ausdrücklich auch Einrichtungen der Berufsbildung erfasst sind. Auffällig ist, dass im zweiten Absatz des Normtextes für den wissenschaftlichen Gebrauch ausdrücklich ein Vervielfältigungsrecht in Bezug auf Datenbanken eingeräumt wird. Mit dem dritten Absatz bezweckt die Allianz ebenfalls, das Unterlaufen von Bildungs- und Wissenschaftsschranken durch einzelvertragliche Regelungen zu verhindern. Im Gegensatz zum Vorschlag des Aktionsbündnisses ist die Vergütung im vierten Absatz jedoch nicht auf die Urheber beschränkt.

Der zweite Normvorschlag der Allianz⁴⁷³ ist wesentlich kürzer gefasst. Er erinnert schon in optischer Hinsicht sehr an den Vorschlag des Aktionsbündnisses. Bei näherer Betrachtung fällt sogar auf, dass dieser Normtext nahezu identisch mit dem Normtext des Aktionsbündnisses ist: Absolut wortgleich sind die ersten beiden Sätze des ersten Absatzes. Der dritte Satz des ersten Absatzes des Allianzvorschlages entspricht dem dritten und vierten Satz des Textes des Aktionsbündnisses, der jeweilige Regelungsgehalt wurde jedoch in nahezu identischer Sprache in einen Satz zusammengezogen. Um redundante Ausführungen zu vermeiden, wird insofern auf die inhaltlichen Feststellungen zum Normtext des Aktionsbündnisses verwiesen⁴⁷⁴. Ebenso wie das Aktionsbündnis räumt auch die Allianz im zweiten Absatz ausdrücklich den Urhebern einen Vergütungsanspruch ein. Vergütungsfreiheit für die Nutzung zu Zwecken der Dokumentation, Bestandssicherung oder Bestandserhaltung ist dagegen nicht vorgesehen. Der dritte Ab-

⁴⁷³ Vgl. unter 3.1.2.

⁴⁷⁴ Vgl. in diesem Abschnitt S. 69.

satz der zweiten Allianzvariante ist ebenfalls identisch mit dem dritten Absatz des Normtextes des Aktionsbündnisses.

Auch der Normvorschlag der KMK⁴⁷⁵ verwendet eine leicht verständliche Sprache und ist klar gegliedert. In optischer und inhaltlicher Hinsicht ähnelt er auf den ersten Blick dem Vorschlag des Aktionsbündnisses sowie dem Alternativvorschlag der Allianz. Bei genauerer Betrachtung des ersten Absatzes fällt auf, dass auch hier die Nutzung nicht im Hinblick auf den Werkumfang beschränkt ist und ebenfalls nicht zwischen gedruckten oder digitalen Vervielfältigungen unterschieden wird. Im Gegensatz zu den anderen Normvorschlägen werden jedoch nach dem ersten Satz des ersten Absatzes die Nutzungsrechte ausdrücklich nur öffentlichen Einrichtungen zugestanden. Diesen müssen zudem „Aufgaben in Bildung, Wissenschaft und Kultur übertragen“ sein. Ausdrücklich nicht privilegiert sind damit die unmittelbaren Nutzer in Bildung und Wissenschaft. Da nach dem zweiten Satz des ersten Absatzes die Regelung des § 53 UrhG unberührt bleiben soll, wären Privatkopien oder Kopien zum eigenen wissenschaftlichen oder sonstigen Gebrauch jedoch weiterhin möglich. Auch dieser Normvorschlag geht offensichtlich von einem weiten Bildungseinrichtungsbegriff aus, da alle Einrichtungen privilegiert sind, die Aufgaben in Bildung, Wissenschaft und Kultur wahrnehmen. Auffällig ist zudem, dass die öffentliche Zugänglichmachung im Normvorschlag weder personell noch raum- oder bestandsbezogen beschränkt wird. Die genaue Erläuterung, welche Nutzungszwecke durch den ersten Absatz abgedeckt sind, erfolgt im zweiten Absatz. Danach ist eine Nutzung insbesondere zu Zwecken von Unterricht und Forschung (Nr.1), Fort- und Weiterbildung (Nr.2) und schließlich zur Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung (Nr.3) zulässig. Ebenso wie das Aktionsbündnis sieht auch der Vorschlag der KMK im ersten Satz des dritten Absatzes eine vergütungsfreie Nutzung zu Zwecken der Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung vor. Des Weiteren sind nach dem zweiten Satz des dritten Absatzes ausdrücklich die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Rechteinhaber im Rahmen der Angemessenheit des Vergütungsanspruches zu berücksichtigen.

Eine grundsätzlich andere Meinung zur Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke vertreten die Organisationen aus dem Bereich der Urheber⁴⁷⁶. Hier lehnen zwei von zwei Organisationen die Einführung einer solchen Schranke ausdrücklich ab. Auch dies ist insoweit nachvollziehbar, als bei genauerer Betrachtung ihrer Positionierung deutlich wird, dass sie eine Novellierung oder Ausweitung der spezifischen Schranken hauptsächlich deshalb ablehnen, weil sie dadurch eine Beeinträchtigung ihrer materiellen bzw. finanziellen Interessen befürchten. Aus diesem Grund wird auch einvernehmlich die Einführung einer Generalklausel nach dem Vorbild der Fair-Use-Doktrin, die eine kostenlose Werknutzung gewährt, ausdrücklich abgelehnt. Ob die

⁴⁷⁵ Vgl. unter 3.1.6.

⁴⁷⁶ Vgl. unter 3.2.

Befürchtung materieller Einbußen tatsächlich gerechtfertigt ist, mag dahinstehen, da im UrhG schließlich immer noch der Grundsatz der angemessenen wirtschaftlichen Beteiligung des Urhebers gilt⁴⁷⁷. Nichtsdestotrotz ist positiv festzustellen, dass sich die Initiative Urheberrecht sogar für eine Novellierung von §§ 52a, 52b UrhG ausspricht, um einen zeitgemäßen und modernen Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb zu ermöglichen. Auch dies ist durchaus nachvollziehbar, wenn berücksichtigt wird, dass Urheber neben finanziellen Interessen auch noch ideelle Interessen haben, die auf eine möglichst weite Verbreitung und Nutzung ihrer Werke ausgerichtet sind. Dieses ideelle Interesse läuft jedoch weitgehend leer, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Nutzung der Werke zu eng sind.

Auch im Bereich der Verwertungsindustrie sprechen sich zwei von zwei Organisationen ausdrücklich gegen die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus⁴⁷⁸. Sowohl der Börsenverein als auch die VG Wort sind der Meinung, dass die geltenden Schranken durchaus ausreichend für eine moderne Bildungsarbeit und einen innovativen Wissenschaftsbetrieb sind bzw. eher zu weit gehen. Novellierungswünsche werden allenfalls im Hinblick auf klare Formulierungen oder inhaltliche Einschränkungen unterstützt, die Einführung einer Generalklausel nach der Fair-Use-Doktrin wird abgelehnt. Auch diese Haltung ist nicht verwunderlich. Wie der Börsenverein selbst zugibt, sehen sich Verwerter nämlich grundsätzlich durch Schrankenregelungen in ihren Geschäftsmodellen und damit letztlich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Diese Argumentation ist nur sehr schwer nachvollziehbar, da die Schranken einerseits mit Rücksicht auf Verlagsinteressen eng gefasst wurden, wie z.B. bei § 52a II 1 UrhG, und andererseits zumindest einige Wissenschaftsverlage, gerade im STM-Bereich, in den letzten Jahren aufgrund ihrer Monopolstellung rasante Preissteigerungsraten verwirklichen konnten.

Die Politik vertritt keine einheitliche Position zur Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke⁴⁷⁹. Die Bundesregierung lehnt die Einführung einer solchen Schranke offensichtlich ab und schließt auch eine Generalklausel nach Vorbild der Fair-Use-Doktrin, zumindest derzeit, unter Verweis auf entgegenstehendes europäisches Recht, aus. Der Bundestag steht der Einführung einer entsprechenden Schranke schon deutlich positiver gegenüber. Zwar hat sich die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ angesichts der unzureichenden Bildungs- und Wissenschaftsschranken lediglich dafür ausgesprochen, die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke zu überprüfen; jedoch tritt die Mehrheit der im Bundestag vertretenen Fraktionen ausdrücklich für die Einführung einer solchen Schranke ein. Zu den Befürwortern gehören die Fraktionen von CDU/ CSU,

⁴⁷⁷ Vgl. unter 2.3.1.

⁴⁷⁸ Vgl. unter 3.3.

⁴⁷⁹ Vgl. unter 3.4.

Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, im Ergebnis also drei von fünf Fraktionen. Einen konkreten Normtext für eine solche Schranke hat keine der drei Fraktionen vorgebracht, vielmehr verweisen alle entweder direkt oder indirekt auf die aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich vorgelegten Normvorschläge. Die Fraktion der CDU/ CSU führt aus, dass die Regelungen nach §§ 52a UrhG überarbeitet und zu einer einheitlichen Wissenschaftsschranke zusammengeführt werden sollen und verfolgt damit die gleiche Methode, wie sie das Aktionsbündnis, die KMK und die Allianz in ihrer ersten Variante vorgeschlagen haben. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hingegen beziehen sich ganz konkret auf die Allianzvorschläge. Und die Fraktion Die Linke verweist letztlich auf die Vorschläge von Aktionsbündnis, KMK und Allianz (in ihrer ersten Variante), indem sie fordert, die bestehenden Schrankenregelungen für Wissenschaft und Forschung in einer bereichsspezifischen Wissenschaftsschranke zusammenzufassen. Positiv zu vermerken ist zudem, dass auch die Fraktionen von SPD und FDP eine allgemeine bildungs- und Wissenschaftsschranke nicht ausdrücklich ablehnen, sondern sich zumindest ebenfalls für eine Überprüfung der bestehenden Schranken aussprechen. Ganz ausdrücklich für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ist hingegen der Bundesrat. Im Hinblick auf die Umsetzung verweist er auf die Vorschläge von KMK und Allianz.

In Bezug auf die europäische und internationale Schrankendiskussion kann an dieser Stelle nur positiv bemerkt werden, dass auch auf diesen Ebenen durchaus über eine Novellierung der urheberrechtlichen Schranken für Bildung und Wissenschaft nachgedacht wird. Während auf europäischer Ebene eine Lösung in Form eines einheitlichen europäischen Urheberrechtskodex anvisiert wird, finden auf internationaler Ebene umfassende und breite Diskussionen über mögliche internationale urheberrechtliche Bildungs- und Wissenschaftsschranken statt. Zeitnahe konkrete Ergebnisse bzw. Vorschläge sind auf beiden Ebenen jedoch derzeit noch nicht in Sicht.

Auch unter Juristen herrscht Uneinigkeit über die Anpassung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen an das digitale Zeitalter. Einigkeit besteht lediglich dahingehend, dass sich kein Jurist ausdrücklich für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke ausspricht⁴⁸⁰. Drei von fünf Juristen, nämlich Dreier, Schimmel und Schwartmann, sind der Meinung, dass sich die urheberrechtlichen Schranken auch im digitalen Zeitalter im Großen und Ganzen bewährt haben. Insofern lehnen auch zwei dieser drei Juristen, und zwar Schimmel und Schwartmann, die Einführung einer Generalklausel nach Vorbild der Fair-Use-Doktrin zur Berücksichtigung neuer Nutzungsformen ab. Lediglich Dreier spricht sich dennoch für eine Regelung im Sinne der Fair-Use-Doktrin aus. Zwei der fünf Juristen, nämlich Pfeiffer und Spindler, halten die derzeitigen Schranken hingegen unzureichend für das digitale Zeitalter. Während Pfeiffer die Ein-

⁴⁸⁰ Vgl. unter 3.5.

führung eine Generalklausel zur Berücksichtigung neuer Nutzungsformen dennoch ablehnt, befürwortet Spindler, zumindest auf europäischer Ebene, die Einführung einer Generalklausel nach dem Vorbild der Fair-Use Doktrin. Letztlich sprechen sich daher nur zwei Juristen, Dreier und Spindler, für eine urheberrechtliche Generalklausel aus. Bei Gesamtbetrachtung aller Positionen ist festzustellen, dass im Hinblick auf die Einführung einer allgemeinen urheberrechtlichen Bildungs- und Wissenschaftsschranke zwei verschiedene Rechtssetzungsvarianten für die Umsetzung vorgeschlagen werden. Die erste Variante besteht darin, die bisherigen Bildungs- und Wissenschaftsschranken unter Erweiterung ihres derzeitigen Regelungsgehaltes in einer neuen Norm zusammenzufassen, um damit die bisherigen Schranken zu ersetzen. Bei der zweiten Variante soll dagegen zusätzlich zu den weiterhin bestehenden derzeitigen Schrankenregelungen eine neue Schranke in Form einer Generalklausel eingefügt werden. Von mehreren Akteuren, z.B. Bundesregierung, Urheber oder Verwerter, wird zudem auch die Einführung einer Generalklausel nach Vorbild der US-amerikanischen Fair-Use-Doktrin angesprochen, diese Rechtssetzungsvariante wird aber letztlich nur von zwei Juristen befürwortet.

3.7 Rechtliche Aspekte zu den Positionen

Bevor eine der vorgeschlagenen Rechtssetzungsvarianten als allgemeine urheberrechtliche Bildungs- und Wissenschaftsschranke in das UrhG eingefügt werden kann, muss sichergestellt sein, dass diese auch in rechtlicher Hinsicht umsetzbar sind. Dazu darf weder ein Verstoß gegen geltendes deutsches noch gegen europäisches oder internationales Recht vorliegen. Schon im Rahmen der Positionierung hat sich gezeigt, dass gerade dies unter den einzelnen Akteuren streitig ist. Während Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen von der rechtlichen Zulässigkeit ihrer Vorschläge ausgehen, vertreten Urheber und Verwerter, insbesondere der Börsenverein, die Ansicht, dass diese rechtlich unzulässig sind. Infolge des begrenzten Umfangs dieser Arbeit kann an dieser Stelle weder ausführlich noch rechtlich abschließend geklärt werden, ob die Normvorschläge tatsächlich im Einklang mit dem geltenden Recht stehen bzw. welche Modifizierungen für die Wirksamkeit gegebenenfalls noch vorgenommen werden müssten. Dies kann letztlich ohnehin nur einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vorbehalten bleiben. Dennoch sollen im Folgenden zumindest hinsichtlich der in der vergleichenden Analyse festgestellten Besonderheiten der einzelnen Normvorschläge die rechtlichen Aspekte angesprochen werden:

Weder Aktionsbündnis noch KMK oder der Alternativvorschlag der Allianz sehen eine Nutzungsbegrenzung hinsichtlich des Werkumfanges vor. Dies könnte jedoch gegen den in Art. 5 V InfoSoc-RL, Art. 9 II RBÜ, Art. 13 TRIPs, Art. 10 WCT und Art. 16 WPPT normierten Dreistufentest sowie gegen Art. 14 I GG verstoßen. Schon im Gesetzesentwurf zum „Ersten Korb“ war jedoch hinsichtlich § 52a UrhG eine Nutzung für

vollständige Werke vorgesehen⁴⁸¹. Dies wurde geändert, nachdem der Bundesrat darauf hingewiesen hatte, dass dadurch „der kommerzielle Absatz von Werken, die speziell für den Unterrichtsgebrauch geschaffen werden (z.B. Schulbuch), übermäßig beeinträchtigt“⁴⁸² sein könnte. Vor Implementierung der Normvorschläge müsste daher in einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren abschließend geklärt werden, ob eine hinsichtlich des Werkumfanges unbegrenzte Nutzung tatsächlich unverhältnismäßig in den Primärmarkt eingreift.

Des Weiteren differenziert kein Normvorschlag zwischen analogen oder digitalen Vervielfältigungen. Dies könnte im Widerspruch zu Art. 5 II a, b InfoSoc-RL und Erwägungsgrund 38 InfoSoc-RL stehen, wonach im Hinblick auf einen gerechten Ausgleich für die Werknutzung sehr wohl zwischen analogen und digitalen Kopien differenziert wird⁴⁸³. Dem kann jedoch entgegengehalten werden, dass die diesbezüglichen Vorgaben der InfoSoc-RL einerseits nicht zwingend sind („sollte“) und andererseits die in der InfoSoc-RL erwähnten Differenzierungen primär auf den gerechten Ausgleich für den Rechteinhaber ausgerichtet sind. Insofern erscheint es letztlich völlig ausreichend, wenn die zwischen analogen und digitalen Kopien bestehenden Unterschiede auf der Ebene der Vergütung berücksichtigt werden⁴⁸⁴.

Keinerlei rechtliche Bedenken bestehen gegen den in allen Normvorschlägen zugrunde gelegten weiten Begriff der Bildungseinrichtung, da, wie bereits erläutert⁴⁸⁵, auch Art. 5 II c und 5 III n InfoSoc-RL von einem solchen ausgehen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren zum „Zweiten Korb“ unter Hinweis auf verfassungsrechtlich geschützte Interessen der Verlage geweigert hatte, einen weiten Bildungseinrichtungsbegriff zu normieren⁴⁸⁶, müsste jedoch bei tatsächlicher Umsetzung der Normvorschläge noch einmal explizit ausgeschlossen werden, dass insofern ein Verstoß gegen den Dreistufentest bzw. Art. 14 I GG vorliegt.

Unproblematisch erscheint, dass das Aktionsbündnis in seinem Normvorschlag die Nutzungsrechte sowohl natürlichen als auch juristischen Personen einräumt, da auch in Art. 5 II b bzw. c InfoSoc-RL natürliche bzw. juristische Personen berechtigt werden und im übrigen vielmehr auf den mit der Nutzung verfolgten Zweck abgestellt wird, wie z.B. in Art. 5 III a oder Art. 5 III n InfoSoc-RL. Da auch das Aktionsbündnis die Nutzungsberechtigung im ersten Absatz ihres Normvorschlages auf „Zwecke des eigenen wissenschaftlichen Gebrauchs“ bzw. „Bildungszwecke“ begrenzt, dürfte kein Verstoß gegen die InfoSoc-RL gegeben sein. Aus denselben Gründen dürfte auch unschädlich sein, dass die KMK ausdrücklich nur öffentlichen Einrichtungen Nutzungsrechte zuspricht,

⁴⁸¹ Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 7.

⁴⁸² BT-Drs. 15/38, S. 36. Auch Urheber- und Verwerter hatten sich vehement für eine Begrenzung des Nutzungsumfanges ausgesprochen.

⁴⁸³ Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 36.

⁴⁸⁴ Vgl. BT-Drs. 15/38, S. 40 f.

⁴⁸⁵ Vgl. unter 2.3.2.2.

⁴⁸⁶ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 47.

zumal nach ihrem Vorschlag Privatkopien oder Kopien zum eigenen wissenschaftlichen oder sonstigen Gebrauch gemäß § 53 UrhG ausdrücklich weiterhin möglich sein sollen. Rechtliche Zweifel bestehen jedoch dahingehend, dass weder Aktionsbündnis noch Allianz oder KMK hinsichtlich der öffentlichen Zugänglichmachung raum- oder bestandsbezogene Einschränkungen gemacht haben. Dies steht nämlich in offensichtlichem Widerspruch zu Art. 5 III n InfoSoc-RL, der zumindest bei einer öffentlichen Zugänglichmachung urheberrechtlich geschützter Werke auf öffentlichen Terminals im Hinblick auf den Dreistufentest nicht nur ausdrücklich bestimmt, dass nur Werke erfasst sind, „die sich in den Sammlungen der Einrichtungen [...] befinden“, sondern auch die Nutzung auf die „Räumlichkeiten der genannten Einrichtungen“ begrenzt. Zwar war auch im ursprünglichen Normentwurf zu § 52b UrhG die insofern angeordnete Bestandsakzessorietät nicht ausdrücklich im Wortlaut enthalten⁴⁸⁷, dies wurde jedoch auf Anregung des Bundesrates mit Rücksicht auf Verlagsinteressen geändert⁴⁸⁸. Insofern sollten schon aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsübersichtlichkeit die von der InfoSoc-RL vorgegebene Bestandsakzessorietät und räumliche Nutzungsbegrenzung ausdrücklich im Wortlaut enthalten sein. Dies gilt auch für den Vorschlag der KMK, der darüber hinaus nicht einmal eine personelle Beschränkung im Hinblick auf die öffentliche Zugänglichmachung vorsieht. Dieser Vorschlag müsste hinsichtlich der öffentlichen Zugänglichmachung zusätzlich noch eine personelle Nutzungsbegrenzung enthalten, da Art. 5 III n InfoSoc-RL eine Nutzung ausdrücklich nur „für einzelne Mitglieder der Öffentlichkeit“ vorsieht. Andernfalls bestünde die Gefahr eines Verstoßes gegen den Dreistufentest.

Da Aktionsbündnis und Allianz in ihrer zweiten Alternative einen Vergütungsanspruch nur für die Urheber vorsehen, könnten insofern Verwerterinteressen verletzt sein, falls die Urheber einem Verwerter entsprechende Nutzungsrechte eingeräumt haben. Zu beachten ist jedoch, dass auch die §§ 53 I bis III i.V.m. 54 I UrhG sowie § 53a II 1 UrhG ebenfalls nur den Urheber als Vergütungsberechtigten ausweisen. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass die Urheber ohnehin im Zweifel aufgrund des abgeschlossenen Nutzungsvertrages mit dem Verwerter zur Weiterleitung der empfangenen Vergütung verpflichtet wären.

Rechtlich bedenklich erscheint jedoch, dass das Aktionsbündnis lediglich eine pauschale Vergütung vorsieht. Dem steht nämlich entgegen, dass das OLG München im Zusammenhang mit § 52a UrhG festgestellt hat, dass die Abrechnung zur Ermittlung der angemessenen Vergütung i.S.v. § 52a UrhG gerade nicht pauschal, sondern nur nutzungsbezogen erfolgen darf, da eine Pauschalvergütung nicht ausreichend dem Grund-

⁴⁸⁷ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 6, 26.

⁴⁸⁸ Vgl. BT-Drs. 16/1828, S. 40; BT-Drs. 16/5939, S. 44.

satz der angemessenen Beteiligung des Urhebers an den wirtschaftlichen Früchten seines Werkes gerecht wird⁴⁸⁹.

Erhebliche rechtliche Zweifel bestehen insofern auch an der Zulässigkeit der von Aktionsbündnis und KMK geforderten Vergütungsfreiheit im Falle der Nutzung zum Zweck der Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung. Laut BVerfG darf nämlich vom Grundsatz, dass dem Urheber wegen Art. 14 I GG i.V.m. Art. 19 II GG die vermögenswerten Ergebnisse seiner schöpferischen Leistung zuzuordnen sind, nur dann abgewichen werden, wenn Gründe des Allgemeinwohls vorliegen, die Vorrang vor den Belangen des Urhebers haben; andernfalls sind Schranken ohne Vergütungsanspruch unverhältnismäßig und in der Folge verfassungswidrig⁴⁹⁰. Die unentgeltliche Zurverfügungstellung der geistigen Leistung des Urhebers zu Zwecken von Dokumentation, Bestandssicherung und Bestandserhaltung erscheint jedoch dennoch eher unverhältnismäßig und wird deswegen im Zweifel eher zu verneinen sein.

Fraglich ist auch, ob Aktionsbündnis und Allianz in ihren Normvorschlägen tatsächlich die Abdingbarkeit von Bildungs- und Wissenschaftsschranken durch einzelvertragliche Regelungen rechtswirksam ausschließen können. Dem könnten Art. 5 III n InfoSoc-RL sowie Erwägungsgrund 45 InfoSoc-RL entgegenstehen, die im Hinblick auf den in Art. 5 V InfoSoc-RL normierten Dreistufentest die grundsätzliche Subsidiarität der urheberrechtlichen Schranken im Verhältnis zu vertraglichen Regelungen vorschreiben. Zwar ist auch Erwägungsgrund 45 InfoSoc-RL letztlich lediglich eine Soll-Vorschrift, zu beachten ist jedoch, dass auch der deutsche Gesetzgeber nur in wenigen Fällen, z.B. in § 55a 2 UrhG, die vertragliche Abdingbarkeit von urheberrechtlichen Schranken per Gesetz ausgeschlossen hat. In allen anderen Fällen ist grundsätzlich zu differenzieren: Zwar ist es nach h.M. grundsätzlich zulässig, die Schranken der §§ 44a ff. UrhG durch frei ausgehandelte Individualvereinbarungen abzubedingen⁴⁹¹, etwas anderes gilt aber bei der Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen. So ist ein Ausschluss gesetzlicher Schranken durch Allgemeine Geschäftsbedingungen nur dann zulässig, wenn die betroffene Schranke bei grundrechtlicher Abwägung der widerstreitenden Interessen nicht als unabdingbar betrachtet wird und der Vertragspartner des Verwenders nicht unangemessen benachteiligt wird⁴⁹². Von einer unangemessenen Benachteiligung in diesem Sinn ist regelmäßig dann auszugehen, wenn vom wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Schranke, unter Beachtung des Regelungsgehaltes von § 95b UrhG als Wertungsmaßstab, abgewichen wird⁴⁹³. Da die Regelung von § 95b UrhG, mit der Art. 6 InfoSoc-RL umgesetzt wird, jedoch nur bei einzelnen Schranken, z.B. bei § 52a UrhG und teilweise bei § 53 UrhG, die Umgehung mittels technischer Maßnahmen verbietet,

⁴⁸⁹ Vgl. OLG München, ZUM-RD 2011, 603 (613 f.) m.w.N.

⁴⁹⁰ Vgl. BVerfG, GRUR 1972, 481 (484 ff.).

⁴⁹¹ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze, UrhG, Vor §§ 44a Rn. 9.

⁴⁹² Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze, UrhG, Vor §§ 44a Rn. 9.

⁴⁹³ Vgl. Dreier, in: Dreier/ Schulze, UrhG, Vor §§ 44a Rn. 9.

bestehen doch erhebliche Zweifel an der von Aktionsbündnis und Allianz vorgesehenen Regelung.

Im Gegensatz dazu dürfte das von der Allianz in ihrer ersten Normvariante festgesetzte Vervielfältigungsrecht in Bezug auf Datenbanken im Einklang mit dem geltenden Recht stehen. Der Regelungsgehalt entspricht nämlich dem des § 53 V 2 UrhG, wonach eine Vervielfältigung von Datenbanken zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch i.S.v. § 53 II 1 Nr.1 UrhG grundsätzlich zulässig ist, wenn damit kein gewerblicher Zweck verfolgt wird⁴⁹⁴.

Insgesamt ist im Zusammenhang mit den konkreten Normvorschlägen von Aktionsbündnis, Allianz und KMK festzustellen, dass einige Punkte doch noch einmal ausführlich rechtlich überdacht und gegebenenfalls geändert werden müssten, bevor eine Aufnahme in das UrhG erfolgen könnte.

Da mehrere Akteure im Rahmen ihrer Positionierung die Einführung einer Generalklausel nach Vorbild der US-amerikanischen Fair-Use-Doktrin angesprochen haben, soll auch hierzu kurz in rechtlicher Hinsicht Stellung genommen werden: Auch die Neueinführung einer solchen Klausel dürfte weder gegen deutsches noch europäisches Recht verstoßen. Schon die Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht ist aber zweifelhaft, da den einzelnen Mitgliedstaaten mit Art. 5 InfoSoc-RL ein abschließender Katalog von Schrankenregelungen vorgegeben ist und in diesem zumindest keine explizite Vorgaben für die Neueinführung einer allgemeinen Generalklausel zu finden sind. Fraglich ist daher, ob es rechtlich zulässig wäre, die in Art. 5 I bis IV InfoSoc-RL aufgezählten Schranken in Form einer Generalklausel nach Vorbild der Fair-Use-Doktrin umzusetzen⁴⁹⁵. Dazu muss auf den mit der InfoSoc-RL bzw. den mit Art. 5 InfoSoc-RL verfolgten Zweck abgestellt werden. Vorrangiges Ziel ist es, die europäischen Schranken mithilfe der „normtextlich sehr detaillierten Aufzählung“⁴⁹⁶ zu harmonisieren. Gleichzeitig sollen die Nutzer jedoch auch genau erkennen können, welche konkreten Nutzungsbefugnisse sie haben⁴⁹⁷. Mithin wird letztlich auch eine möglichst hohe Rechtssicherheit angestrebt⁴⁹⁸. Genau diese Ziele würden aber bei Einführung einer Generalklausel unterlaufen. Da Generalklauseln immer dann „eingesetzt“ werden, wenn eine Vielzahl von Fällen erfasst sein soll, weisen sie typischerweise einen offenen und weiten Tatbestand auf, der zwar eine hohe Flexibilität im Hinblick auf die anzuwendenden Sachverhalte zulässt, aber letztlich zu Lasten der Rechtssicherheit geht. Im Ergebnis ist die Umsetzung der in Art. 5 I bis IV InfoSoc-RL aufgezählten Schranken daher nicht mit der InfoSoc-RL vereinbar und wäre insofern europarechtswidrig⁴⁹⁹.

⁴⁹⁴ Vgl. auch Dreier, in: Dreier/ Schulze, UrhG, § 53 Rn. 49.

⁴⁹⁵ Vgl. ausführlich Förster: Fair Use, S. 205 ff.

⁴⁹⁶ Förster: Fair Use, S. 208.

⁴⁹⁷ Vgl. Förster: Fair Use, S. 208.

⁴⁹⁸ Vgl. Förster: Fair Use, S. 208.

⁴⁹⁹ Vgl. Förster: Fair Use, S. 210 sowie ausführlich Schack, in: Ohly: Festschrift für Schrickler, S. 512 f.

Unabhängig davon bestehen auch Zweifel, ob eine solche Generalklausel mit dem deutschen Recht vereinbar wäre. Zu beachten ist nämlich, dass bei einem Eingriff in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsgrundrecht des Urhebers nach Art. 14 I GG der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt sein muss. Dieser lässt einen Eingriff nur dann zu, wenn er unter Berücksichtigung aller Einzelumstände im engeren Sinn geeignet, erforderlich und angemessen ist⁵⁰⁰. Im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen erfordert dieser Grundsatz, dass „der Gesetzgeber die durch die Schranken zu privilegierenden Zwecke so präzise wie möglich benennt“⁵⁰¹, was bei einer Generalklausel jedoch kaum möglich wäre.

Im Übrigen dürfte eine entsprechende Klausel wegen des Grundsatzes der tunlichst angemessenen Beteiligung des Urhebers an den wirtschaftlichen Früchten seines Werkes keine Vergütungsfreiheit vorsehen, da mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht davon ausgegangen werden kann, dass es nach der Abwägung aller widerstreitender Interessen gerechtfertigt wäre, Vergütungsfreiheit anzuordnen.

4. Gesamtergebnis und Ausblick

Obwohl gezeigt wurde, dass die Forderung nach Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke nachvollziehbar und durchaus berechtigt ist, muss nach Gesamtbetrachtung aller Positionen festgestellt werden, dass sich keine eindeutige Mehrheit für die Einführung einer solchen Schranke finden lässt.

Zwar sprechen sich fast alle Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen ausdrücklich für eine entsprechende Schranke aus, Urheber und Verwerter lehnen diese aber ausdrücklich ab. Die Politik, die letztlich für die Einführung einer solchen Schranke zuständig wäre, vertritt keine einheitliche Meinung. Nur drei Parteien sowie der Bundesrat haben sich ausdrücklich für die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke ausgesprochen. Allein diese Fürsprache garantiert jedoch weder ein entsprechendes zukünftiges Tätigwerden noch ist mit ihr irgendeine rechtliche Bindungswirkung verbunden. „Bildung und Wissenschaft“ mögen zwar zu Wahlkampfzeiten beliebte Themen sein, danach pflegen sie aber häufig auch schnell wieder vergessen zu werden. Insofern bestehen doch erhebliche Zweifel an der tatsächlichen Einführung einer solchen Schranke in naher Zukunft. Aufschlussreich ist zudem, dass die Mehrzahl der Juristen eher verhalten reagiert. Nur zwei Juristen halten es für nötig, die derzeitigen Schranken an das digitale Zeitalter anzupassen und nur zwei Juristen sprechen sich für eine urheberrechtliche Generalklausel nach Vorbild der Fair-Use-Doktrin aus. Um letztere umzusetzen, müsste jedoch die InfoSoc-RL geändert werden.

⁵⁰⁰ Vgl. ausführlich: Papier in: Maunz/ Dürig: GG, Art. 14 [Stand: 7/2010] Rn. 315.

⁵⁰¹ Vgl. Schack, in: Ohly: Festschrift für Schricker, S. 513 m.w.N.

Sollte es in der Zukunft tatsächlich zu einem Gesetzgebungsverfahren zum Zwecke der Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke kommen, könnten die konkreten Normvorschläge aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich zwar als Entwurfsgrundlage herangezogen werden, einzelne Regelungen müssten jedoch zunächst noch abschließend erörtert bzw. noch geändert werden.

Erfolgsversprechender im Hinblick auf bildungs- und wissenschaftsgerechte Schrankenregelungen erscheinen dagegen die entsprechenden europäischen und internationalen Diskussionen. Da Rechtsetzungsakte auf diesen Ebenen jedoch sehr langwierig sind, ist sicher nicht in naher Zukunft mit entsprechenden Lösungen zu rechnen. Insofern bleibt abzuwarten, welche Regelungen letztlich getroffen werden.

Eines lässt sich jedoch schon jetzt feststellen: Allein das Erheben der Forderung nach Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke hat zumindest dazu geführt, dass in breiter Öffentlichkeit auf den unhaltbaren Zustand der derzeitigen Regelungen aufmerksam gemacht wurde. Noch nie fanden so viele Workshops, Seminare, Symposien etc. statt, in denen das Thema eines angemessenen und zeitgemäßen Zugangs von Bildung und Wissenschaft zu Informationen und Wissen eingehend erörtert wurde. Damit haben sich jedoch auch die Chancen erheblich erhöht, dass sich jedenfalls der derzeitige Zustand ändert. Vielleicht nicht unbedingt durch Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke, aber vielleicht auf einem anderem Weg. Gerade im Bereich wissenschaftlicher Veröffentlichungen wäre z.B. auch an Open Access oder ein Zweitveröffentlichungsrecht zu denken. Geschäftsmodelle zu Open Access gibt es bereits und die Diskussion um ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht ist ebenfalls schon eröffnet worden.

Da letztlich auch Urheber und Verwerter ein Interesse an der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke haben, sollten sich diese nicht nur bewusst machen, dass effektive Bildungsarbeit und ein moderner Wissenschaftsbetrieb schließlich auch ihnen zugute kommt, sondern sich auch davon lösen, einen Anspruch auf ewige Beibehaltung überkommener Geschäftsmodelle zu erheben. Stattdessen sollten sie lieber in Zusammenarbeit mit Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen solche Geschäftsmodelle entwickeln, die auf die wirklichen Bedürfnisse von Bildung und Wissenschaft zugeschnitten sind und auch in der digitalen Welt bestehen können. Zu bedenken ist nämlich, dass moderne und zeitgemäße Konzepte für den Zugang zu Informationen und Wissen im Ergebnis immer darauf abzielen, die (ökonomische) Zukunftsfähigkeit von uns einzelnen und unserer Gesellschaft als Ganzes zu sichern.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Letztes Abrufdatum der Internet-Dokumente ist der 28.10.2013.

Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“.
<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/index.html.de>.

Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“: Stellungnahme des Aktionsbündnisses „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ zur Anfrage des Bundesministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009: Urheberrecht „Dritter Korb“. Stellungnahme vom 13.06.2009.
<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/docs/antwort-AB-aufBMJ-Fragebogen-PDF.pdf>.

Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“: Sollte nicht der Dritte Korb der Urheberrechtsreform ein Wissenschaftskorb sein? Pressemitteilung 03/10 vom 15.06.2010.
<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/pressemitteilung0310.html.de>.

Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“: Ein großer Schritt für Bildung und Wissenschaft - in Richtung einer allgemeinen Wissenschaftsschranke im Urheberrecht. Pressemitteilung 06/10 vom 06.07.2010.
<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/pressemitteilung0610.html.de>.

Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Über die Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Hochschulrektorenkonferenz. <http://www.hrk.de/allianz/ueber-die-allianz/>.

Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb. Stellungnahme vom 09.07.2010.
http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Allianz_Desiderate_UrhG.pdf.

Ball, Rafael: Die Position der Bibliothek in der Wertschöpfungskette der Wissenschaft. In: Die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens. Der Wissenschaftler im Dialog mit Verlag und Bibliothek. Jülich – 28. – 30. November 2001. Tagungsprogramm und Vorträge. Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH, Zentralbibliothek, 2002, S. 117 – 130. (Schriften des Forschungszentrums Jülich : Reihe Bibliothek/ Library ; Band 10).
http://epub.uni-regensburg.de/5187/1/ubr11153_ocr.pdf.

Bartlakowski, Katja/ Talke, Armin/ Steinhauer, Eric W.: Bibliotheksurheberrecht. Ein Lehrbuch für Praxis und Ausbildung. Bad Honnef: Bock+Herchen, 2010.

Berger, Christian: Die öffentliche Zugänglichmachung urheberrechtlicher Werke für Zwecke der akademischen Lehre. Zur Reichweite des § 52a I Nr.1 UrhG. In: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 2010, 1058 – 1064.

Berne Convention of the Protection of Literary and Artistic Works. WIPO-Administered Treaties: Berne Convention of the Protection of Literary and Artistic Works. World Intellectual Property Organization.
http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=283698.

- Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion: Wissen als Ressource der Informationsgesellschaft nutzbar machen. Pressemitteilung vom 13.07.2010.
http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2010/juli/wissen-als-ressource-der-informationsgesellschaft-nutzbar-machen_ID_347483.html.
- Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion: Bundesregierung lässt Kreative weiter im Regen stehen. Pressemitteilung vom 23.04.2012.
http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2012/april/bundesregierung-laesst-kreative-weiter-im-regen-steinen_ID_4383334.html.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF)/ Der Rat für Forschung, Technologie und Innovation: Informationsgesellschaft. Chancen, Innovationen und Herausforderungen. Feststellungen und Empfehlungen. Bonn: BMBF, 1995.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)/ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Informationsgesellschaft Deutschland 2006. Aktionsprogramm der Bundesregierung. Stand: Dezember 2003. Berlin: BMWA - Referat LP4 – Kommunikation, Internet - , BMBF - Referat LS 15 - Publikationen, Internetredaktion - , 2003.
http://www.bmbf.de/pubRD/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf.
- Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (Hrsg.): Bibliotheken '93. Strukturen, Aufgaben, Positionen. Berlin – Göttingen: Deutsches Bibliotheksinstitut, 1994.
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels: Prüfung weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts – Stellungnahme zu den Fragen des Bundesministeriums der Justiz vom 13. Februar 2009. Frankfurt am Main: 28.5.2009.
http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Stellungnahme_Dritter_Korb_Juni09.pdf.
[zitiert: Börsenverein: Stellungnahme Dritter Korb].
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels: Kommentar zur Stellungnahme der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen „Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für einen Dritten Korb“. Frankfurt am Main: 30.09.2010.
http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Allianz-Stellungnahme_mit_Anmerkungen_BoeV_29_9_2010.pdf.
[zitiert: Börsenverein: Stellungnahme Allianz-Papier].
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels: Stellungnahme zu den Fragen zur öffentlichen Anhörung Urheberrecht der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft am 29.11.2010. Frankfurt am Main: 22.11.2010.
http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Stellungnahme_Enquete-Kommission_Internet_2010.pdf.
[zitiert: Börsenverein: Stellungnahme Enquete-Kommission].

- CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag: Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft. Positionspapier der CDU/ CSU – Bundestagsfraktion. Stand: 25.06.2012. Beschlossen am 26.6.2012.
<http://engage.fh-koeln.de/blog/wp-content/uploads/2012/10/CDUCSU-Bundestagsfraktion-vom-25.6.20121.pdf>.
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Stellungnahme des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv) zur Anfrage des Bundesjustizministeriums der Justiz vom 19. Februar 2009: Urheberrecht „Dritter Korb“. Berlin, 15.05.2009.
http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/090515-Stellungnahme_Fragenkatalog_BMJ_2009.pdf.
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren. Positionspapier des Deutschen Bibliotheksverbands zur Urheberrechtsreform. Berlin, 20.04.2012.
http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/2012_04_20_dbv-Positionspapier_Urheberrecht.pdf.
- Deutscher Kulturrat. Was ist der Deutsche Kulturrat e.V.? Deutscher Kulturrat.
<http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=170&rubrik=1>.
- Deutscher Kulturrat: Zur Zukunft des Urheberrechts. Positionspapier des Deutschen Kulturrates. Berlin: Deutscher Kulturrat, 04.10.2012.
<http://www.kulturrat.de/pdf/2398.pdf>.
- Die Linke - Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Chancen der Digitalisierung erschließen – Urheberrecht umfassend modernisieren. Antrag im Deutschen Bundestag vom 29.06.2011. BT-Drs. 17/6341.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/063/1706341.pdf>.
- Dreier, Thomas: Schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010 zur Anhörung vor der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages am 29.11.2010 zum Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“. Ausschussdrucksache 17(24)009-A.
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20101129/A-Drs__17_24_009_A_-_Stellungnahme_Prof__Dreier.pdf.
 [zitiert: Dreier: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010].
- Dreier, Thomas W./ Schulze, Gernot: Urheberrechtsgesetz. Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz. Kommentar. 4. Auflage. München: C.H. Beck, 2013.
- Dreyer, Gunda/ Kotthoff, Jost/ Meckel, Astrid: Urheberrecht. Urheberrechtsgesetz, Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz. 2. Auflage. Heidelberg: Müller, 2009.
- Europäische Kommission: Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen. Ein Schritt in Richtung Informationsgesellschaft. Brüssel: 03.12.1997. KOM (97) 623.
http://ec.europa.eu/avpolicy/docs/library/legal/com/greenp_97_623_de.pdf.

- Europäische Kommission: Report to the Council, the European Parliament and the Economic and Social Committee on the application of Directive 2001/29/EC on the harmonisation of certain aspects of copyright and related rights in the information society. Commission staff working document. Brüssel, 30.11.2007. (SEC(2007) 1556).
http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/copyright-infso/application-report_en.pdf.
 [zitiert: SEC (2007) 1556].
- Europäische Kommission: Grünbuch Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft. Brüssel, 16.07.2008. (KOM(2008) 466 endgültig).
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0466:FIN:DE:PDF>.
- Europäische Kommission: Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft. Mitteilung der Kommission. Brüssel, 19.10.2009. (KOM(2009) 532 endgültig).
http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/copyright-infso/20091019_532_de.pdf.
- Europäische Kommission: Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums. Förderung von Kreativität und Innovation zur Gewährleistung von Wirtschaftswachstum, hochwertigen Arbeitsplätzen sowie erstklassigen Produkten und Dienstleistungen in Europa. Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel, 24.05.2011. (KOM(2011) 287 endgültig).
http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/ipr_strategy/COM_2011_287_de.pdf.
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission über Inhalte im digitalen Binnenmarkt. Brüssel: 18.12.2012. (COM(2012) 789 final).
http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/copyright-infso/121218_communication-online-content_de.pdf.
- European Copyright Code. European Copyright Code – Introduction.
<http://www.copyrightcode.eu/>.
- Fromm, Friedrich Karl (Begr.)/ Nordemann, Wilhelm (Hrsg.): Urheberrecht. Kommentar zum Urheberrechtsgesetz, Verlagsgesetz, Urheberrechtswahrnehmungsgesetz. 10. Auflage, Stuttgart: Kohlhammer, 2008.
- Förster, Achim: Fair Use. Ein Systemvergleich der Schrankengeneralklausel des US-amerikanischen Copyright Act mit dem Schrankenatalog des deutschen Urheberrechtsgesetzes. Tübingen: Mohr Siebeck, 2008. (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht ; Band 18).
- Gantert, Klaus/ Hacker, Rupert: Bibliothekarisches Grundwissen. 8. Auflage. München: Sauer, 2008.

- Gemeinsame Charta zum Verständnis von § 52a UrhG. Erarbeitet von Vertretern der Bibliotheksverbände, der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger und des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Frankfurt am Main: 02.10.2003. http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/Charta-UrhG.pdf.
- Gesamtvertrag Schule. Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG vom 30.10.2008. http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/vereinbarungen/Gesamtvertrag_Schule___53_UrhG.pdf.
- Gesamtvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG vom 14.07.2010. http://www.schule.sachsen.de/download/download_smk/gesamtvertrag_schule_52a_2010.pdf.
- Gottschalk, Eckhart: Das Ende von „fair use“? - Technische Schutzmaßnahmen im Urheberrecht der USA. In: Multimedia und Recht (MMR) 2003, 148 - 156.
- Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Medien von A bis Z. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- Hilty, Reto M./ Bajon, Benjamin: Das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (Zweiter Korb) – ein Beitrag aus Wissenschafts-sicht. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZfBB) 2008, 257 – 263.
- Hobbes' Internet Timeline 10.2. The definitive ARPAnet & Internet history. Robert H. Zakon. <http://www.zakon.org/robert/internet/timeline/>.
- Hoeren, Thomas: Urheberrecht in der Informationsgesellschaft. Überlegungen zu einem Rechtsgutachten von Gerhard Schricker et al. In: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 1997, 866 - 875.
- Hoeren, Thomas: Kleine Werke? Zur Reichweite von § 52a UrhG. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2011, 369 – 375.
- Hohoff, Ulrich (Hrsg.): Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken. 100. Deutscher Bibliothekartag in Berlin 2011. Hildesheim [u.a.]: Olms, 2012. (Kongressbände, Deutscher Bibliothekartag).
- IFLA. International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA). <http://www.ifla.org/>.
- Initiative Urheberrecht. Initiative Urheberrecht – Kreativität ist was wert. Initiative Urheberrecht. <http://www.urheber.info/initiative-urheberrecht>.
- Initiative Urheberrecht. Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit. Rechte der Urheber und Künstler stärken. Positionspapier der Initiative Urheberrecht vom November 2012. <http://www.urheber.info/sites/default/files/Positionspapier-IniUrhR-lang-11-2012.pdf>.

- Jani, Ole: Entscheidung im Musterverfahren zu § 52a UrhG. Plädoyer für eine enge Auslegung der Norm. In: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (GRUR-Prax) 2012, 223 - 226.
- Kneifel, Fabienne: Mit Web 2.0 zum Online Katalog der nächsten Generation. Wiesbaden: Dinges & Frick GmbH, 2009. (B.I.T. online – Innovativ ; Band 23).
- Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005. Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Rheinbach: Union Betriebs-GmbH, 2005.
http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/05_11_11_Koalitionsvertrag_Langfassung_navigierbar_0.pdf.
- Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009. Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode.
<http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>.
- Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII). Leibniz Gemeinschaft: Infrastrukturen. Leibniz Gemeinschaft.
<http://www.leibniz-gemeinschaft.de/infrastrukturen/kii/>.
- Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII): Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland. Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder. April 2011. Berlin: KII, 2011.
http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/KII_Gesamtkonzept.pdf.
- Kuck, Katja: Urheberrecht und Leistungsschutzrechte. In: Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht. Schwartmann, Rolf (Hrsg.). 2. Auflage. Heidelberg: Müller, 2011. S. 937 – 1030.
- Kuhlen, Rainer: Erfolgreiches Scheitern revisited – in Richtung einer allgemeinen Wissenschaftsklausel. In: Bibliothek: Forschung und Praxis 2013, 35 – 44.
- Kultusministerkonferenz. Wir über uns. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK). <http://www.kmk.org/wir-ueber-uns.html>.
- Larenz, Karl/ Canaris, Claus-Wilhelm: Methodenlehre der Rechtswissenschaft. 3. Auflage. Berlin: Springer, 1995. (Springer-Lehrbuch).
- Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: Berliner Rede zum Urheberrecht. Gehalten am 14.06.2010 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.
http://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2010/20100614_Berliner_Rede_zum_Urheberrecht.html.

- Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: Kein Grund zum Kulturpessimismus. Digitaler Fortschritt braucht ein starkes Urheberrecht, das eine freie Kommunikation und faire Nutzung frei zugänglicher Werke ermöglicht. In: Faz.net am 30.05.2012. <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/urheberrecht-kein-grund-zum-kulturpessimismus-11768490.html>.
- Lux, Claudia/ Sühl-Strohmenger, Wilfried: Teaching library in Deutschland. Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz als Kernaufgabe für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken. Wiesbaden: Dinges und Frick, 2004. (B.I.T. online – Innovativ ; Band 9).
- Matis, Herbert: Die Wundermaschine. Die unendliche Geschichte der Datenverarbeitung - von der Rechenuhr zum Internet. Frankfurt/ Wien: Redline Wirtschaft bei Ueberreuter, 2002.
- Maunz, Theodor/ Dürig, Günther (Begr.): Grundgesetz. Kommentar. München: Beck, Stand: 67. Lieferung 2013.
- Mauswiesel. Bildungsserver Hessen – Mauswiesel. <http://mauswiesel.bildung.hessen.de/>.
- Moodle. Lernerfolg mit Moodle. <http://moodle.de/>.
- Müller, Harald: Kopienversand nach § 53a UrhG und der Subito-Rahmenvertrag. In: Bibliotheksdienst 2008, 1060 – 1070.
- Müller, Harald: Rechtliche Rahmenbedingungen für Digitale Information. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZfBB) 2010, 245 – 252.
- Naumann, Friedrich: Vom Abakus zum Internet. Die Geschichte der Informatik. Darmstadt: Primus-Verlag, 2001.
- Neumann, Bernd: „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“. Zwölf-Punkte-Papier des Staatsministers für Kultur und Medien zum Schutz des geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter. Positionspapier. Berlin, 26.11.2010. http://www.miz.org/artikel/2010_November_Kulturstaatsminister_Positionspapier%20geistiges%20Eigentum.pdf.
- Pfeifer, Karl-Nikolaus: Schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010 zur Anhörung vor der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages am 29.11.2010 zum Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“. Ausschussdrucksache 17(24)009-D. http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20101129/A-Drs__17_24_009_D-_Stellungnahme_Prof__Peifer.pdf. [zitiert: Pfeifer: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010].
- Pflüger, Thomas/ Heeg, Jürgen: Die Vergütungspflicht nichtkommerzieller Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke in öffentlichen Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen – ein Plädoyer für einen einheitlichen Vergütungstatbestand. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2008, S. 649 – 656.

- Pflüger, Thomas: Positionen der Kulturministerkonferenz zum Dritten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft – „Dritter Korb“. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2010, 938 – 945.
- Plassmann, Engelbert/ Rösch, Hermann/ Seefeldt, Jürgen/ Umlauf, Konrad: Bibliotheken und Informationsgesellschaft in Deutschland. Eine Einführung. 1. Auflage. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2006.
- Poeppel, Jan: Die Neuordnung der urheberrechtlichen Schranken im digitalen Umfeld. Göttingen: V&R unipress, 2005. (Schriften zum deutschen und internationalen Persönlichkeits- und Immaterialgüterrecht ; Band 11).
- Rauer, Nils: Der elektronische Leseplatz, der Richterstuhl und der dritte Korb. In: Recht, Bibliothek, Dokumentation (RBD) 2010, 90 – 114.
- Rösch, Hermann: Wissenschaftliche Kommunikation und Bibliotheken im Wandel. Entwicklungsstationen unter dem Einfluss wechselnder Leitmedien: von der Privatbibliothek über die Universalbibliothek zum funktional differenzierten System fachlicher und interdisziplinärer Wissenschaftsportale. In: B.I.T.online 2004, 113 - 124.
- Sandberger, Georg: Behindert das Urheberrecht den Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen? In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2006, 818 – 828.
- Schack, Haimo: Schutz digitaler Werke vor privater Vervielfältigung - zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf § 53 UrhG. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2002, 497 - 511.
- Schack, Haimo: Urheberrechtliche Schranken, übergesetzlicher Notastand und verfassungskonforme Auslegung. In: Ohly, Ansgar (Hrsg.): Perspektiven des Geistigen Eigentums und Wettbewerbsrechts. Festschrift für Gerhard Schricker zum 70. Geburtstag. München: Beck, 2005. S. 511 - 521.
- Schimmel, Wolfgang: Schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010 zur Anhörung vor der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages am 29.11.2010 zum Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“. Ausschussdrucksache 17(24)009-B.
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20101129/A-Drs__17_24_009_B_-_Stellungnahme_W__Schimmel.pdf.
 [zitiert: Schimmel: schriftliche Stellungnahme vom 23.11.2010].
- Schwartmann, Rolf: Schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010 zur Anhörung vor der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages am 29.11.2010 zum Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“. Ausschussdrucksache 17(24)009-H.
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20101129/A-Drs__17_24_009_H_-_Stellungnahme_Prof__Schwartmann.pdf.
 [zitiert: Schwartmann: schriftliche Stellungnahme vom 24.11.2010].

- Sieber, Ulrich/ Hoeren, Thomas (Hrsg.): Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft. Anforderungen an das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft. Bonn: Hochschulrektorenkonferenz, 2005. (Beiträge zur Hochschulpolitik 2/2005).
- Slopek, David E. F./ Steigüber, Christian: Die digitale Kopie im Urheberrecht. Schnee von gestern oder offenes Problemfeld. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 2010, 228 – 234.
- SPD Bundestagsfraktion: Zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht. Berlin: Arbeitskreis Urheberrecht der SPD Bundestagsfraktion, 21.05.2012.
http://www.spd.de/scalableImageBlob/72492/data/20120521_spdfraktion_urheberrecht-data.pdf.
- SPD Bundestagsfraktion: Pressemitteilung: SPD engagiert sich weiterhin für Verlässlichkeit im Urheberrecht für Bildungseinrichtungen. Pressemitteilung vom 30.11.2012, Nr. 1349. Arbeitsgruppe Bildung und Forschung.
<http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/spd-engagiert-sich-weiterhin-f%C3%BCr-verl%C3%A4sslichkeit-im-urheberrecht-f%C3%BCr-bildu>.
- Spindler, Gerald: Schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010 zur Anhörung vor der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages am 29.11.2010 zum Thema „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“. Ausschussdrucksache 17(24)009-E.
http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20101129/A-Drs__17_24_009_E-_Stellungnahme_Prof__Spindler.pdf.
 [zitiert: Spindler: schriftliche Stellungnahme vom 19.11.2010].
- Sprang, Christian/ Ackermann, Astrid: Der „Zweite Korb“ aus Sicht der (Wissenschafts-)Verlage. In: Kommunikation & Recht (K&R) 2008, 6-11.
- Statistisches Bundesamt: Informationsgesellschaft in Deutschland. Ausgabe 2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2009.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingun-gen/Querschnitt/Informationsgesellschaft1030701099004.pdf;jsessionid=3F768CF84E5F887973C78B61337922B5.cae1?__blob=publicationFile.
- Stickelbrock, Barbara: Die Zukunft der Privatkopie im digitalen Zeitalter. In: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 2004, 736 - 743.
- Talke, Armin: § 53a UrhG. Auslegungsschwierigkeiten beim Kopienversand. Informationen der DBV-Rechtskommission. In: Bibliotheksdienst 2008, 288 – 297.
- Ver.di. ver.di – Komplex wie die Wirklichkeit. <http://www.verdi.de/ueberuns/organisation/++co++2ab3bae6-b914-11e0-6fc7-00093d114afd>.

Ver.di: Urheber first. Positionspapier der ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft zur aktuellen Urheberrechtsdebatte. Beschluss des ver.di-Bundesvorstandes vom 24.09.2012.

<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/++file++516e62be6f68440ea8000616/download/Faltblatt-Urheber-first.pdf>.

VG Wort: Positionspapier zum Urheberrecht. 09.05.2012.

http://www.vgwort.de/fileadmin/pdf/stellungnahmen/Positionspapier_zum_Urheberrecht_VG_WORT.pdf.

Wandtke, Artur-Axel/ Bullinger, Winfried: Praxiskommentar zum Urheberrecht. 3. Auflage. München: Beck, 2009.

WIPO. WIPO - World Intellectual Property Organization.

<http://www.wipo.int/portal/index.html.en>.

WIPO Copyright Treaty. WIPO-Administered Treaties: WIPO Copyright Treaty. World Intellectual Property Organization.

http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=295166.

WIPO Performances and Phonograms Treaty. WIPO-Administered Treaties: WIPO Performances and Phonograms Treaty. World Intellectual Property Organization. http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=295477.

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Study on Copyright Limitations and exceptions for libraries and archives. Prepared by Kenneth Crews. Seventeenth Session Geneva, November 3 to 7, 2008. Geneva: 26.08.2008. (SCCR/17/2).

http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_17/sccr_17_2.pdf.

[zitiert: SCCR/17/2].

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Second analytical document on limitations and exceptions. Document prepared by the Secretariat. Twentieth Session Geneva, June 21 to 24, 2010. Geneva: 04.06.2010. (SCCR/20/4).

http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_20/sccr_20_4.pdf.

[zitiert: SCCR/20/4].

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: The case for a treaty on exceptions and limitations for libraries and archives: Background paper by IFLA, ICA, EIFL and INNOVARTE. Document presented by Brasil. Twenty-third Session Geneva, November 21 to 25, 28, 29 and December 2, 2011. Geneva: 18.11.2011. (SCCR/23/3).

http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_23/sccr_23_3.pdf.

[zitiert: SCCR/23/3].

- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Objectives and principles for exceptions and limitations for libraries and archives. Document presented by the United States of America. Twenty-third Session Geneva, November 21 to 25, 28, 29 and December 2, 2011. Geneva: 22.11.2011. (SCCR/23/4). http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_23/sccr_23_4.pdf. [zitiert: SCCR/23/4].
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Proposal on limitations and exceptions for libraries and archives. Document presented by Brazil, Ecuador and Uruguay. Twenty-third Session Geneva, November 21 to 25, 28, 29 and December 2, 2011. Geneva: 22.11.2011. (SCCR/23/5). http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_23/sccr_23_5.pdf. [zitiert: SCCR/23/5].
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Provisional working document towards an appropriate international legal instrument (in whatever form) on limitations and exceptions for educational, teaching and research institutions and persons with other disabilities containing comments and textual suggestions. Document prepared by the Secretariat. Twenty-fourth Session Geneva, July 16 to 25, 2012. Geneva: 31.07.2012. (SCCR/24/8 Prov.). http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_24/sccr_24_8_prov.pdf. [zitiert: SCCR/24/8].
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Working document containing comments on and textual suggestions towards an appropriate international legal instrument (in whatever form) on exceptions and limitations for libraries and archives. Document adopted by the Committee. Twenty-fourth Session Geneva, July 16 to 25, 2012. Geneva: 08.08.2012. (SCCR/23/8). http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_23/sccr_23_8.pdf. [zitiert: SCCR/23/8].
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights: Conclusions. Limitations and exceptions for visually impaired persons/ persons with print disabilities. Twenty-fifth Session Geneva, 23.11.2012. Geneva: 26.11.2012 (SCCR/25/Ref/Conclusions). http://www.wipo.int/edocs/mdocs/copyright/en/sccr_25/sccr_25_ref_conclusions.pdf. [zitiert: SCCR/25/Ref/Conclusions].
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020. Berlin: Wissenschaftsrat, 13.07.2012. (Drs. 2359-12) <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2359-12.pdf>.
- World Internet Users Statistics Usage and World Population Stats. Miniwatts Marketing Group. <http://www.internetworldstats.com/stats.htm>.
- Zimmermann, Olaf: Der Tod des Autors findet auch in der digitalen Welt nicht statt. In: Bibliotheksdienst 2012, 376 - 385.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt zu haben.

Frankfurt am Main, den 04.11.2013
